

**Friedrich-Ebert-Stiftung  
Regionalbüro Sofia**

Internationale Konferenz

**Schwarzmeerkoooperation –  
Energieversorgung und  
Energiesicherheit**

*Sofia, 13. Oktober 2006*

Sofia, 2006

**Die Publikation enthält die Beiträge der Internationalen Konferenz „Schwarzmeerkooperation – Energieversorgung und Energiesicherheit“, die am 13. Oktober 2006 in Sofia vom Regionalbüro Sofia der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet wurde.**

© Regionalbüro Sofia der Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN-10: 954-9431-07-X

ISBN-13: 978-954-9431-07-0

## **Inhaltsverzeichnis**

---

**05**

**Angel Marin, Vizepräsident der Republik Bulgarien:  
„Schwarzmeerkooperation – Energieversorgung und Energie-  
sicherheit“**

---

**07**

**Hannes Swoboda, MdEP, Stellvertretender Vorsitzender der  
SPE-Fraktion:  
„Gemeinsame Strategie für eine europäische Sicherheits- und  
Energieaußenpolitik“**

---

**18**

**Gernot Eler, MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt:  
„Regionale Kooperation und Energiesicherheit“**

---

**28**

**Derek Taylor, Energieberater der Europäischen Kommission:  
„Die Energiepolitik der Europäischen Union“**

---

**50**

**Britta Thomsen, Mitglied der SPE-Fraktion im Europäischen  
Parlament und Stell - vertretende Vorsitzende des Ausschusses  
für Industrie, Wissenschaft und Energie:  
„Erneuerbare Energiequellen und nachhaltige Energiepolitik“**

---

**60**

**Galina Toschewa, Stv. bulgarische Ministerin für Wirtschaft  
und Energie:  
„Die Energiepolitik Bulgariens“**

---

**67**

**Tatjana Starodub, Chefberaterin der Abteilung für globale Si-  
cherheit und europäische Integration am Nationalen Institut  
für Probleme der internationalen Sicherheit in Kiew:  
„Die Politik der Ukraine im Bereich Energiewirtschaft“**

---

78

**Andrej Vorobjov, Stellvertretender Leiter der Informations- und Medienabteilung des russischen Außenministeriums:  
„Energiedialog Russland – Europa“**

---

87

**Liviu Muresan, Präsident der EURISC (European Institute for Risk, Security and Communication Management) in Bukarest:  
„Die EU-Strategie zur Energiesicherung und die Entdeckung der Schwarzmeerregion“**

---

93

**Giorgi Burduli, Chefberater der Georgischen Internationalen Ölgesellschaft (GIOC):  
„Die Energiepolitik Georgiens“**

---

104

**Fasil Ahmedov, Chefberater der Abteilung für Erdöl und Gas des aserbaidischen Ministeriums für Industrie und Energiewirtschaft:  
„Zustand und Perspektiven der Entwicklung des Energiemarktes in Aserbaidisch“**

---

111

**Simeon Nikolov, stellvertretender Minister für Verteidigung der Republik Bulgarien:  
„Der Beitrag Bulgariens zur Sicherheit in der Schwarzmeerregion als Voraussetzung für Energieversorgung und Energiesicherheit“**

## **Angel Marin:**

### **„Schwarzmeerkooperation – Energieversorgung und Energiesicherheit“**

---

Angel Marin ist Vizepräsident der Republik Bulgarien

---

Sehr geehrte Abgeordnete und Minister,  
sehr geehrte Exzellenzen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist für mich eine große Ehre, jedoch auch eine große Herausforderung, die heutige internationale Konferenz zu eröffnen, die der Schwarzmeerkooperation als Hauptvoraussetzung für die Energieversorgung und Energiesicherheit sowohl für die Länder der Schwarzmeerregion, als auch für ganz Europa gewidmet ist.

- Zuerst möchte ich die Organisatoren der Friedrich-Ebert-Stiftung zu ihrer Wahl der Thematik, des Zeitpunkts und des Austragungsorts dieser Konferenz beglückwünschen, weil
- die Energieversorgung und Energiesicherheit Europas und im Einzelfall der Schwarzmeerregion zwei Probleme von grundlegender Bedeutung sind und die gleichzeitig außerordentlich dringend einer Lösung bedürfen,
- die Schwarzmeerregion auf Grund ihrer geostrategischen Lage, und nach dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens auch auf Grund ihrer „unmittelbaren Nachbarschaft“, für die Energiesicherheit eines Großteils der europäischen Staaten zu einem Schlüsselfaktor werden wird,
- Bulgarien sich als einer der größten Energieproduzenten Südosteuropas sowie als Transit- und Verteilerknoten im Bereich Energieträgertransport bereits den Platz als Energiezentrum des Balkans erobert hat.

Ich denke, dass die folgenden Vorträge und Diskussionsbeiträge

detaillierter und tiefgründiger auf die schwierige Problematik des heutigen Themas eingehenden werden. Deshalb möchte ich nur einige allgemeine politische Fragestellungen ansprechen, die Präsident Georgi Parwanow sowohl in seiner Eigenschaft als bulgarisches Staatsoberhaupt, als auch als Vertreter eines Schwarzmeerstaates immer wieder unterstrichen hat.

1. Der Schwarzmeerraum und die Energiesicherheit dieser Region müssen als ein untrennbarer Bestandteil Europas betrachtet werden, dem nach der Eingliederung des Balkans in die Europäische Union im Rahmen der nächsten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft prioritäre Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.
2. Die Schwarzmeerregion hat sich auf Grund ihrer bedeutenden geografischen Lage zwischen Europa und Asien als einer der wichtigsten Transitknotenpunkte für den Transport von Energieträgern zwischen beiden Kontinenten behauptet. Dieses Potential muss durch die Erweiterung der bestehenden Transitnetze, den Bau der neuen Erdölleitungen „Burgas-Alexandroupolis“ und „Burgas-Vlora“ sowie der Gasleitung „Nabucco“ auch zukünftig weiter ausgebaut werden.
3. Neben dem Transitgeschäft können die Staaten der Schwarzmeerregion auch ihre eigene Energieerzeugung, hauptsächlich durch die Erhöhung des Anteils der Kernenergie sowie einer breiteren Nutzung von erneuerbaren Energieträgern wie Biomasse, Wasser, Sonne, Wind und Erdwärme entwickeln.
4. Die Energieversorgung und Energiesicherheit in der Schwarzmeerregion, aber auch in ganz Europa, können einzig und allein durch eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten, sowohl Energielieferanten als auch Energieverbrauchern auf der Grundlage von Vertrauen, Transparenz und fairem Wettbewerb gewährleistet werden – auf der Grundlage von Prinzipien, die in der Praxis den liberalen Energiemarkt der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums kennzeichnen.

Ich kann Ihnen versichern, dass Bulgarien an der Schwelle seines

EU-Beitritts bereit ist, im Rahmen dieser Zusammenarbeit seine Rolle und Verantwortung zu übernehmen, wie es auch seinen Beitrag zur Umwandlung der Schwarzmeerregion in eine der Säulen der Energiesicherheit in Europa leisten wird.

Abschließend möchte ich Ihnen für die heutige Konferenz, die die Marksteine der Schwarzmeerkooperation als Schlüssel für eine nachhaltige Energiezukunft Europas kennzeichnen kann, viel Erfolg und gutes Gelingen wünschen.

Alles Gute!

**Hannes Swoboda:**  
**„Gemeinsame Strategie für eine  
europäische Sicherheits- und Energieaußenpolitik“**

---

Dr. Hannes Swoboda ist Abgeordneter im Europäischen Parlament und Stellvertretender Vorsitzender der SPE-Fraktion

---

Die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie erfordert ohne Zweifel eine Gemeinsame Sicherheits- und Energieaußenpolitik. Die Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik ist in Arbeit, viele Schritte wurden bereits getan, der Großteil der Arbeit steht allerdings noch bevor. Die Verfassung würde dieser Auftrieb geben, doch auch ohne die Verfassung sollte man an einer realen gemeinsamen europäischen Strategie arbeiten.

Bezüglich der Energiepolitik hat bis vor kurzen niemand über eine gemeinsame europäische Energiepolitik gesprochen. Und wir haben bisher auch noch keine gesetzliche Grundlage für die Schaffung einer gemeinsamen Energiepolitik. Die Verfassung würde abermals sichern, dass im Sinne einer Energiepolitik zwischen der Europäischen Union als Ganzer und den einzelnen Mitgliedsstaaten unterschieden werden muss. Seit der Krise zwischen Russland und

der Ukraine zu Jahresbeginn fordern selbst Personen vom rechten Flügel, die sich zumeist gegen eine gemeinsame europäische Politik aussprechen, eine gemeinsame europäische Energiepolitik.

Die Dinge unterliegen augenscheinlich der Veränderung und darin besteht gegenwärtig die Chance, eine gemeinsame Sicherheits- und Energieaußenpolitik zu entwickeln. Einige Entscheidungen des Rates, das Grünbuch der Kommission sowie der Standpunkt des Parlaments könnten zur Formulierung einer gemeinsamen Strategie beitragen.

1.) Die Hauptaufgabe zur Schaffung einer Basis für eine gemeinsame europäische Energiepolitik im außenpolitischen Bereich ist die Erweiterung des Handlungsspielraums, besonders hinsichtlich der fossilen Energieträger. Das bedeutet, dass wir die Abhängigkeit der europäischen Staaten und der Europäischen Union insgesamt von fossilen Energieträgern verringern müssen. Was können wir tun?

a) Es ist wichtig, die Energieeffizienz zu erhöhen und klare Konzepte für die Energiesicherheit zu entwickeln. Je weniger Energie wir konsumieren, desto weniger fossile Energieträger haben wir nötig und umso größer sind unsere Chancen für unsere Energie- und Außenpolitik. Wir müssen alle möglichen Arten von nachhaltigen Energieformen entwickeln. Unabhängig davon, ob es sich dabei um Solar-, Wind-, Wellen-, Gezeiten- oder geothermale Energie oder die Entwicklung von Biomasse, und hierbei besonders der Biokraftstoffe, handelt: Alle diese Formen der Energiegewinnung müssen entwickelt werden.

b) Um alternative Energien realisierbar und kosteneffektiv zu machen, muss viel Forschungsarbeit geleistet werden. Und noch einmal: Je mehr wir den Verbrauch von Erdöl- und Erdgas senken können, desto mehr Möglichkeiten eröffnen sich uns für die alternativen nachhaltigen Energieformen.



c) Die Kohle kommt erneut in Mode. Wir haben erkannt, dass wir saubere Kohletechnologien entwickeln müssen. Kohle ist jedoch an sich keine sichere Technologie. Sie ist angesichts der enormen Anzahl von Unfällen in den Kohlegruben keine Energieform ohne Probleme. Nichtsdestotrotz ist die Entwicklung der CCS-Technologien (Carbon Capture and Storage = Technologie der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und –Speicherung) auf dem Weg, sich zu einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Technologie zu entwickeln, die sich zur Energiegewinnung der Kohle bedient, wobei es sich hier vorrangig um die Stromgewinnung, aber möglicherweise auch um die Gewinnung von Kraftstoffen für den Verkehr handelt. Man sollte die Möglichkeiten nicht unterschätzen, man sollte aber auch die Risiken in Verbindung mit der Nutzung von Kohle zur Energiegewinnung nicht verleugnen.

d) Die Kernenergie ist der letzte Punkt, den ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte. Die Europäische Union als Ganzes ermangelt es neben einer fehlenden Sicherheitspolitik auch an einer Nuklearpolitik. Die einzelnen Mitgliedsstaaten entscheiden selbst, inwieweit sie Nukleartechnologien einsetzen. Was uns im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Verbreitung von Nukleartechnologien beunruhigen sollte, ist die Frage der Sicherheit. In diesem Punkt muss die Europäische Union die höchstmöglichen Sicherheitsstandards entwickeln, Sicherheit auch besonders hinsichtlich der Verbreitung. Es muss alles dafür unternommen werden, dass die Verbreitung von Nukleartechnologien nicht zur Verbreitung von Atomwaffen führt. Deshalb sind Maßnahmen wie die Multilateralisierung der Urananreicherung einer der Wege, auf dem wir versuchen können, jedem Staat das Recht auf Nutzung von Kernenergie einzuräumen und gleichzeitig so weit wie möglich die Verbreitung von Nukleartechnologien für militärische Zwecke, für jegliche nicht-zivilen Zwecke zu verhindern.

2.) Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Frage der Diversifizierung. Meiner Meinung nach ist es absolut unerlässlich, die geografischen

Förderregionen zu diversifizieren. Die Gebiete, aus denen wir Erdöl und Erdgas beziehen, befinden sich hauptsächlich in Russland, aber auch im Mittleren Osten, in Nord- und Zentralafrika und Zentralasien. Viele dieser Länder sind instabil und risikoreich. Wenn man die noch vorhandenen europäischen Rohstoffquellen wie Norwegen außer Acht lässt, kommt man zu dem Schluss, dass hohe Mengen an Erdöl und Erdgas tendenziell mit einem hohen Grad an Instabilität und Risiko einhergehen.

Deshalb ist eine Diversifizierung als Mittel zur Streuung und Verringerung des Risikofaktors erforderlich. Selbstverständlich hat Russland Recht, wenn es argumentiert, dass es auch von den Verbrauchern abhängig ist, gegenwärtig besonders von den europäischen Verbrauchern, da die meisten der russische Rohstoffe transportierenden Pipelines in Richtung Europa führen. Wir können verstehen, dass Russland ebenfalls versucht, seinen Markt zu diversifizieren und sich in Richtung China und anderer Länder orientiert. Trotzdem bin ich der Meinung, dass Russland dieses letztendlich zu jeder Zeit tun kann und tun wird. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass Risikostreuung und Diversifizierung zu einer größeren Unabhängigkeit führen.

Die Diversifizierung geografischer Liefergebiete ist selbstverständlich nicht ausreichend und realisierbar, wenn man Vertriebsinfrastrukturen nicht erweitert und diversifiziert; das gilt besonders hinsichtlich von Erdgas: transeuropäische Netze sind nötig mit Anschlüssen an Pipelines in verschiedenen geografischen Regionen und so genannte Flüssiggasterminals (Flüssigerdgas wird auf dem Seeweg zu Flüssiggasterminals transportiert und von da aus in Form von Flüssiggas in die verschiedenen Verbraucherdestinationen transportiert). Zu einer dieser bedeutenden Verbindungen soll die Nabucco-Pipeline avancieren, die Aserbaidschan mit Ost- und Zentraleuropa (Österreich) verbinden soll und eine bedeutende Investition in die Diversifizierung darstellen würde.

Ein enormes Problem bei der Popularisierung der Diversifizierung und der Erhöhung der Unabhängigkeit ist die Frage nach der Liberalisierung der Märkte. Je mehr die Märkte liberalisiert sind, desto weniger Einfluss können die Regierungen nehmen und desto schwerer ist es, eine klare Energiepolitik zu entwickeln. Deshalb müssen wir immer darauf achten, Marktstrategien mit einigen grundlegenden politischen Lenkungsmöglichkeiten zu kombinieren, um der Politik die Möglichkeit zu eröffnen, die Bedürfnisse unserer Bürger zu befriedigen und eine ausreichende Energieversorgung für unsere Wirtschaftssysteme zu gewährleisten.

3.) Und nicht zuletzt müssen wir über wechselseitige Abhängigkeiten nachdenken. Zu Beginn habe ich bereits über die Abhängigkeit und die Bedeutung einer geringeren Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas gesprochen. Aber wir werden kaum unabhängiger von Energie insgesamt werden können. Auch wenn wir alle getroffenen Maßnahmen in Betracht ziehen, von der Energieeffizienz bis hin zur Energiesicherheit und der Entwicklung alternativer Energien, so können wir nicht glauben, dass wir heute oder in den kommenden Jahren in einem Wirtschaftssystem und in einer Gesellschaft leben werden, die nicht weiterhin massiv Erdöl und Erdgas nutzen werden. Aber um Zugang und Versorgung mit Erdöl und Erdgas zu sichern, müssen wir auf einem System der wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Verbraucher-, Hersteller- und Transitländern bestehen.

Nur wenn wir uns dessen bewusst sind, dass es hier um gemeinsame Eigentümerschaft, um gemeinsame Unternehmen und um gemeinsame Verträge geht, die den Verbrauchern garantieren, dass die Produzenten liefern, und die den Lieferanten den Absatz gewährleisten, damit sich beide Seiten sicher sein können, dass man auf freie Transitrouten ohne politische oder Blockaden anderer Art zählen kann, erst dann kann das System zum Nutzen der Weltwirtschaft und der Bürger arbeiten. Deshalb denke ich, dass eine solche wechselseitige Abhängigkeit nützlich ist für alle im Bereich der Förderung, der Finanzierung, der technologischen Zusammen-

arbeit, für den Bau und das Eigentum der Vertriebsinfrastruktur usw. Es gibt hier eine Vielzahl von Kooperationsbereichen, in denen wir eine derartige Interdependenz schaffen müssen.

Als nächstes möchte ich mich einigen der Regionen zuwenden, in denen eine spezielle Politik entwickelt werden muss. Russland ist für uns hinsichtlich der Erdöl- und Erdgaslieferungen die wichtigste Region. Aus diesem Grund müssen wir den gegenseitigen Beziehungen besondere Aufmerksamkeit schenken. Russland, die ehemalige Sowjetunion, ist seit vielen Jahren, ja sogar seit Jahrzehnten ein verlässlicher Rohstofflieferant. Hinsichtlich der Lieferung und Versorgung kamen auch nicht die kleinsten Zweifel auf, alle Verträge wurden genauestens eingehalten. Die Ereignisse in der Ukraine zu Beginn des Jahres waren die ersten Anzeichen für Vertragsänderungen. Nicht, dass es für Russland keine Gründe gegeben hätte, höhere Preise in Richtung Weltmarktpreis zu verlangen. Aber dieses ereignete sich ganz bewusst vor den Wahlen - und nicht zufällig in anderen Ländern, wie Weißrussland, in der Zeit nach den Wahlen.

Meiner Meinung nach zeigte sich hier ein politisches Element. Wenn man die Bedeutung von Gasprom für die Politiker und den Einfluss von Politikern, angefangen von Präsident Putin, auf das Unternehmen Gasprom betrachtet, ist es sonnenklar, dass für Russland die wirtschaftliche Bedeutung von Erdgas und Erdöl gleichzeitig eine hohe politische Relevanz besitzt. Und wenn man die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen hinsichtlich der größten Förderfelder betrachtet, wird man feststellen, dass die russischen Behörden und Unternehmen einen stärkeren Einfluss geltend machen wollen, teilweise durch die Forderung nach neuen, günstigeren Verträgen, teils durch die Nichtakzeptanz von Angeboten mit bislang gebräuchlichen Konditionen internationaler Organisationen und multinationaler Unternehmen bei der Teilhabe an Übertragungstechnologien, an der Finanzierung usw. bis hin zur Erschließung von Erdgas- und Erdölfeldern zu den gegenwärtig nach wie vor üblichen Konditionen.

Ein besonders kritischer Punkt ist die Tatsache, dass Russland trotz der kürzlich verabschiedeten G8- Erklärung von Sankt Petersburg Druck ausübt, um bestehende Verträge zu korrigieren. In der Erklärung über globale Energiesicherheit steht folgendes geschrieben: „Wir, die G8-Führer, verpflichten uns zu transparenten, präzisen, dauerhaften und effektiven gesetzlichen und regelnden Rahmenbedingungen, einschließlich der Aufrechterhaltung von Verträgen.“ Der Terminus „Aufrechterhaltung von Verträgen“ erscheint infolge der jüngsten Ereignisse zweifelhaft geworden zu sein.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir mit Russland sehr ernsthafte Gespräche darüber führen müssen, auf welche Weise die Energiefrage im Mittelpunkt des zukünftigen Abkommens über Partnerschaft und Zusammenarbeit (PCA) mit Russland stehen könnte. Russland hat die Energiecharta nicht ratifiziert (Norwegen aber auch nicht). Wir können das nicht ohne Alternative akzeptieren. Wir können nicht akzeptieren, dass es hier keine klaren Regeln gibt, während es in der G8-Erklärung heißt, man wolle einen regelnden Rahmen schaffen. Wir brauchen einen derartigen regelnden Rahmen in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland – das betrifft jedoch auch die Tätigkeit multinationaler Konzerne.

Wir brauchen Regeln zur Lösung von Streitfragen. In diesem Sinn brauchen wir einen Mechanismus zur Lösung von Streitfragen, der dem der Welthandelsorganisation (WTO) gleicht. Russland ist natürlich in den Regionen, die für die Europäische Union theoretisch eine Alternative für die Lieferung von Erdöl und Erdgas darstellen, besonders im Südkaukasus und in Zentralasien, sehr aktiv. Einige dieser Länder wie Aserbaidschan oder Kasachstan sind schwierig, trotzdem jedoch Partner, mit denen Verträge vereinbart werden oder erweitert werden können. Andere Länder wie beispielsweise Turkmenistan sind schreckliche Diktaturen. Gerade dieses Land verfügt über ein enormes Potential an Rohstoffvorräten, wir haben jedoch hinsichtlich moralischer und menschenrechtlicher Ge-

sichtspunkte eine Menge Probleme, die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und beispielsweise Turkmenistan zu erweitern. Wir sind gerade dabei zu überlegen, auf welche Weise diese Beziehungen ausgebaut werden sollten.

In Bezug auf den Mittleren Osten liegt klar auf der Hand, dass diese Region in erster Linie über enorme Rohstoffquellen verfügt. Diese Region ist jedoch aufgrund des nach wie vor anhaltenden Konflikts in Palästina, den jüngsten Ereignissen im Libanon und selbstverständlich wegen der Situation im Irak sehr problematisch. Wir finden hier eine sehr anfällige Situation. Umso mehr versuchen wir, die Verhandlungen zur Lösung einiger der Probleme fortzusetzen. Hier geht es in erster Linie um das palästinensische Problem, jedoch auch um das Nuklearproblem mit dem Irak, umso mehr, als dessen Lösung zur Stabilisierung der Region und zu unserer Energieversorgung beitragen würde.

Aus vielerlei Gründen ist es für Europa von Bedeutung, sich von Beginn an aktiver einzuschalten, um die von der Region ausgehenden Gefahren und Ängste einzudämmen und abzuschwächen. Das könnte nicht nur Menschenleben retten und Kriege, wie den grausamen Krieg im Irak, verhindern, sondern auch der Wirtschaft und der politischen Stabilität Aufschwung geben. Und das würde letztendlich zur Stabilität für Energielieferungen führen.

Möglicherweise ist Energie nicht das Hauptthema zur Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit der Region. Es ist aber selbstverständlich ein wichtiger Punkt, dass unsere Bürger erwarten, dass der Energiefluss aus dieser Region stabil ist, auch wenn einige dieser Länder nicht zu den Großlieferanten für Europa gehören.

Ich will jetzt nicht näher auf die anderen Regionen mit Erdöl- und Erdgaslieferanten für die Europäische Union und eine entsprechende EU-Politik eingehen. Jedoch ist in Bezug auf Nord- und auch auf Zentralafrika eines der wichtigsten Dinge selbstverständlich

die Frage nach Stabilität sowie nach dem Beitrag der Erdöl- und Erdgasgewinne zur Entwicklung dieser Länder. Das ist sehr oft ein Teufelskreis: die Ausbeutung der Vorkommen wird nicht für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft, sondern für die Bereicherung einiger Kriegsherren und kleiner Teile der Gesellschaft verwendet, was zu Unruhen in diesen Ländern führt und schließlich zu politischer Instabilität, was wiederum zur Instabilität der Energielieferungen beiträgt.

Wir brauchen eine Entwicklungspolitik im weiteren Sinne, die vor allem dazu beitragen muss, dass die hohen Gewinne aus dem Erdgas- und Erdölgeschäft dieser Länder in eine nachhaltige Entwicklung fließen, einschließlich von Investitionen in Umwelt und Bildung usw. Eine solche Politik brauchen wir auch von Seiten großer multinationaler Unternehmen, was einen sehr wichtigen Beitrag zur Stabilität in der Region darstellen und maßgeblich zu unserer Energieversorgung beitragen würde.

### *Schlussfolgerungen*

Um eine kombinierte Strategie aus einer Gemeinsamen Energiewirtschaft und einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen, müssen wir verschiedene Bedingungen erfüllen und verschiedene Instrumente entwickeln:

1. Wir benötigen stärkere Unterstützung für Maßnahmen zur Erhöhung von Energieeffizienz und Energiesicherheit.
2. Allgemein müssen wir in unseren Ländern den Anteil des nichtfossilen Kraftstoffmixes erhöhen.
3. Wir müssen die Versorgung aus den verschiedenen Regionen in einem risikoärmeren Mix sowie den Vertrieb aus den Lieferregionen diversifizieren.
4. Wir müssen die Vertriebsinfrastruktur, das heißt die Pipelines und Flüssiggasterminals, ausbauen.

5. Wir müssen den Dialog zwischen den Großabnehmern wie Europa, den USA, China und Indien vertiefen, um eine stärker gemeinsame Politik der Verbraucherländer in Richtung der Förderländer, besonders der OPEC-Staaten, aber auch Russlands, zu bekommen.
6. Wir müssen besonders hinsichtlich der Energieeffizienz, der Energiesicherheit und der Entwicklung alternativer Energieformen den Technologietransfer in diesen Bereichen fördern, einschließlich der Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung mit anderen Ländern wie Russland, China, Indien u. a., um die globale Energienachfrage zu senken.
7. Wir müssen ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland anstreben, mit präziseren und ausgeglicheneren Beziehungen zwischen Russland als Förderstaat und Europa als Konsument. Und wir müssen vor allem verbindliche Schlichtungsregeln, ähnlich denen der WTO, in dieses Abkommen aufnehmen.
8. Wir müssen enge Beziehungen zu den Nachbarstaaten, besonders zu Transitländern, unterhalten. Wir sollten eine Art EU-Schwarzmeergemeinschaft gründen, der Länder wie die Ukraine, aber auch die Türkei und Staaten des Südkaukasus angehören. Einige dieser Staaten sind EU-Mitglieder. Die Türkei hat bereits Verhandlungen mit der Europäischen Union aufgenommen. Bezüglich des Kaukasus hat man bisher keine Entscheidung getroffen. Dieses sollte uns jedoch nicht davon abhalten, gerade im Energiesektor besonders enge Beziehungen zu diesen Ländern anzustreben. Andererseits müssen wir selbstverständlich enge Beziehungen zu Staaten des Mittelmeerraums (nicht nur im Bereich Energie) unterhalten. Die EU-Mittelmeer-Partnerschaft könnte diese Zusammenarbeit fördern. In diesem Sinne sollten wir mit diesen beiden



benachbarten Regionen in enger, aber auch multilateraler Kooperation zusammenarbeiten.

9. Wir müssen eine Interdependenz-Strategie für Erschließung, Vertrieb und Konsum anstreben. Wir brauchen eine klarere Strategie, die, basierend auf einem gemeinschaftlichen System, Erpressungsmöglichkeiten ausschließt. Falls jemand versuchen sollte, einen Partner zu erpressen, müssten sofort neue alternative Versorgungs- und Vertriebsvarianten greifen. Diesbezüglich ist es erforderlich, alle in eine friedliche Entwicklung des globalen Energiesystems einzubeziehen, wobei Europa in der vordersten Reihe stehen muss. Einerseits stellt dieses die anschaulichste Strategie zur Findung von Alternativen zu Erdöl und Erdgas dar. Andererseits besteht nach wie vor ein großes Interesse an der Versorgungs- und Vertriebsstabilität fossiler Brennstoffe.
10. Wir müssen dazu beitragen, dass die Einkommen aus der Erschließung von Öl und Gas der Entwicklung der Förderländer zu Gute kommen. Es ist unverantwortlich und moralisch nicht akzeptabel, dass das Thema einer möglichen Gewinnverteilung von Staaten und Unternehmen sehr oft ignoriert und missachtet wird. Mehr Transparenz, Langzeit-Investmentfonds aus diesen Gewinnen und Beiträge der betreffenden Unternehmen im Sinne einer kooperativen sozialen Verantwortung sind von enormer Bedeutung für wachsende Stabilität in den großen Erdöl- und Erdgasfördergebieten

## **Gernot Erler: „Regionale Kooperation und Energiesicherheit“**

---

Gernot Erler ist Mitglied des Deutschen Bundestages  
und Staatsminister des Auswärtigen Amtes

---

Das Thema Energiesicherheit und Energieversorgungssicherheit erfordert immer mehr internationale Aufmerksamkeit. Es hat, nicht zufällig, den G-8-Gipfel 2006 in St. Petersburg beschäftigt. Es wird 2007 bei den Arbeitsplänen der deutschen Doppelpräsidentschaft in EU und G 8 erneut auftauchen. Das hat seine Gründe:

- Die spürbare Endlichkeit der Ressourcen fossiler Brennstoffe verknappt schrittweise das Angebot. Wirtschaftlich schnell wachsende Volkswirtschaften so genannter Schwellenländer wie China und Indien treten aber zunehmend als Konkurrenten auf dem Nachfragemarkt auf, wobei die Preise nach oben getrieben werden. Ein regelmäßiges Wettrennen um die Sicherung von Energieressourcen hat begonnen.
- In diesem Wettrennen kommen unterschiedliche Strategien zur Anwendung. Die Vereinigten Staaten als global bedeutendster Verbraucher von Energieressourcen setzen zum Beispiel traditionell auf die politisch-militärische Sicherung der strategisch wichtigen Golfregion. Ein Land wie China betreibt eine offensive bis aggressive Anteilserwerbspolitik von ganzen Förderstätten. Die Bundesrepublik setzt auf ein diversifiziertes Liefernetzwerk mit einem hohen Anteil des Lieferanten Russische Föderation und hat dabei bisher eher gute Erfahrungen gemacht.

Dabei lässt sich nicht übersehen, dass völlige Sicherheit Illusion bleiben wird. Das illustrieren jüngste Ereignisse wie der Libanonkrieg im Juli/August 2006, der gefährlich nah an der weltweit wichtigsten Förderregion stattfand, wie der Konflikt um das iranische Nuklearprogramm, der das Land mit den weltweit zweitgröß-

ten Öl- und Gasreserven betrifft, oder wie der russisch-ukrainische Gaskonflikt zu Anfang des Jahres 2006, der in dramatischer Weise auch auf die Bedeutung von Transitländern hingewiesen hat.

Diese Erfahrungen haben eine Erkenntnis bestärkt: Am ehesten lässt sich Energiesicherheit noch durch eine umfassende regionale Kooperation organisieren. Im Rahmen einer solchen regionalen Kooperation lässt sich eine Balance zwischen Liefer-, Transit- und Abnehmerländern herstellen. Darüber hinaus kann eine schrittweise Verflechtung im Energie- und Wirtschaftssektor eine nachhaltig sichere Energieversorgung auf der Basis wechselseitiger Interessen, ja wechselseitiger Abhängigkeiten erreichen. Genau das ist der politische Ansatz der Europäischen Union, der besonders sichtbar wird bei der Energiegemeinschaft mit Südosteuropa.

Der am 25. Oktober 2005 in Athen unterzeichnete Vertrag zur Gründung dieser Energiegemeinschaft hat den weltweit größten Binnenmarkt für Elektrizität und Gas geschaffen. Zu den 34 Teilnehmern dieses Vertrages gehören die 25 Mitgliedsstaaten der EU sowie neun weitere Staaten bzw. Entitäten: Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Albanien, Mazedonien, Rumänien, Bulgarien und die UN-Übergangsverwaltung im Kosovo. Das heißt, Partner bei diesem Vertrag für die EU sind mit Bulgarien und Rumänien die Neubeitrittsländer von 2007 sowie die Westbalkanstaaten, die über eine EU-Beitrittsperspektive verfügen.

Eine Ausdehnung der Energiegemeinschaft Südosteuropa auf Länder wie Moldova und Ukraine sowie mittelfristig möglicherweise auch auf die südkaukasischen Republiken könnte ein wichtiger Baustein im Rahmen einer intensivierten Nachbarschaftspolitik der EU werden. Das ist deswegen interessant, weil sich Deutschland vorgenommen hat, während der EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 einen neuen Anlauf mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu machen. Das Fachleutekürzel dafür heißt „ENP+“.

ENP ist die Abkürzung für Europäische Nachbarschaftspolitik, und da könnte dieser Gedanke eine wichtige Rolle spielen.

Ich glaube, dass die Energiegemeinschaft Südosteuropa von Anfang an in ihrer Bedeutung unterschätzt wurde. Ihre Bedeutung auch als Nukleus, als Startpunkt für eine umfassende regionale Kooperation über den Energiesektor hinaus, ist eigentlich erst allmählich und vor allem in den verschiedenen Krisen dieses Jahres deutlich geworden.

Mit dem Vertrag, den ich hier anspreche, wird den Staaten Südosteuropas nach den vier blutigen Balkankriegen der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts die Möglichkeit gegeben, in einem zentralen, und auch sehr sensiblen Politikbereich Absprachen zu treffen und anschließend eine gemeinsame politische Vision zu entwickeln. Der Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft ist ein Kernelement der EU-Strategie für Südosteuropa und ein wirksames Heranführungsinstrument zur europäischen Integration.

Ich stelle die Energiegemeinschaft Südosteuropa insofern gleichberechtigt neben die beiden anderen europäischen Strategien für Südosteuropa, nämlich den Stabilitätspakt und den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, den so genannten „SAP“. Der Vertrag über die Energiegemeinschaft hat das Ziel, die Staaten dieser Region bereits vor einem möglichen EU-Beitritt von den Vorteilen des Energiebinnenmarktes profitieren zu lassen, während gleichzeitig die Europäische Union dabei ist, diesen eigenen Binnenmarkt für Elektrizität und Erdgas rasch zu vollenden.

Für eine Ausweitung dieses Binnenmarktes über die EU-Grenzen hinaus gibt es überzeugende Argumente. Für die Erweiterung in Richtung Südosteuropa bedeutet dies die Schaffung eines regionalen Marktes und dessen nahtlose Anpassung an den allgemeinen Rahmen des EU-Energiebinnenmarktes. Die Idee eines gemein-

samen Binnenmarktes bedeutet auch, dass Einigkeit im Bereich Außenhandel herrschen muss und dass die Beseitigung von Hindernissen für den Energiebinnenmarkt umgesetzt werden muss. Das bedeutet also praktisch eine Aquis-Implementierung, eine Vergemeinschaftung in einem zentralen Bereich, die in Ländern stattfindet, die noch nicht Mitglied der EU sind, aber eine klare Perspektive für einen Beitritt zur EU haben.

Die Umsetzung der Energiegemeinschaft Südosteuropa wird zu einer sehr intensiven regionalen Kooperation führen. Viele sprechen hier sogar von einem Modellfall. Allerdings fehlt ein wichtiges Element in dieser Kooperation, oder besser gesagt: es ist zu schwach ausgebildet. Im Idealfall funktioniert regionale Energiekooperation als Verflechtung von Interessen der Produktionsländer, also der Erzeugerländer von Energie, der Transitländer und der Abnehmerländer. Von den 34 Staaten aber, die Teilnehmer der Energiegemeinschaft sind, können nur zwei als Produzentenländer gelten. Das sind die Niederlande und Großbritannien, wobei bei Großbritannien die Rolle als Energieproduzent eher ausläuft und bei den Niederlanden ein Ende dieser Rolle zumindest mittelfristig absehbar ist.

Wenn wir also über einen möglichen Beitritt der Ukraine zur Energiegemeinschaft reden und wenn Deutschland sich vorgenommen hat, während der Präsidentschaft den Energiedialog mit der Russischen Föderation zu vertiefen, dann mit dem Ziel, dieses wichtige Transitland und diesen unverzichtbaren Energielieferanten in ein solches System regionaler Kooperation mit dem Ziel von Energiesicherheit so weit wie möglich einzubinden.

Solche Überlegungen finden in Deutschland unter der Überschrift: „Annäherung durch Verflechtung“ statt. Diesen Slogan haben wir als ein programmatisches Signal für unsere Präsidentschaft und für unsere Beziehungen zu Russland entwickelt. Dahinter steckt durchaus die Bereitschaft, aber auch die Absicht, diese Energie-

kooperation soweit zu treiben, dass am Ende so etwas wie eine wechselseitige Abhängigkeit voneinander entsteht. Wir glauben, dass nur dann ein solches System von Energiekooperation sicher ist gegen zufällige politische Wechsel oder gegen mutwillige politische Veränderungen. Bei einem solchen System wechselseitiger Abhängigkeit wären die Gefahren für die Energiekooperation deutlich geringer.

Regionale Zusammenarbeit im Energiebereich findet jedoch nicht nur in Europa statt. Interessanterweise hören wir gerade, dass zum Beispiel Indien sich über Pakistan als Transitland mit iranischem Gas versorgen will. Sollte das tatsächlich stattfinden, so würde sich Indien praktisch in die Hände seines bisherigen Erzfeindes begeben. Diese regionale Zusammenarbeit wäre geradezu ein dramatischer Beleg dafür, was an Veränderungen hier durch den Druck, die Energieversorgung zu sichern, entstehen kann. Dies wäre eine auffällige politische Wende auf dem Indischen Subkontinent.

Dies zeigt, dass diese europäischen Ansätze, von denen ich eben gesprochen habe, einem weltweiten Trend entsprechen, zu dem es eigentlich vernünftige Alternativen nicht gibt. Auch solche politischen Paradigmenwechsel haben Geschichte. Ein solcher Prozess in Richtung „regionaler Zusammenarbeit“ mit einer geradezu weltgeschichtlichen Folge hat es in Europa schon einmal gegeben. Was ich meine, ist das Jahr 1951, mit der Schaffung einer „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, oft auch mit der Abkürzung „EGKS“ oder „Montanunion“ benannt. Der EGKS-Vertrag ging auf den Schumanplan, eine Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman zurück, in der er dem deutschen Kanzler Konrad Adenauer einen Vorschlag zu eben dieser Gemeinschaft für Kohle und Stahl machte. Adenauer hat diesem Vorschlag zugestimmt, denn es ging um die gemeinsame Kontrolle der Montanindustrie, also einer Energie- und Stahlindustrie der Mitgliedsländer ohne Zollerhebung. Dies bedeutete unter anderem, dass das

deutsche Ruhrgebiet, das damals einer internationalen Kommission der Siegermächte und der englischen Besatzung unterstand, und dessen industrielle Anlagen gerade weiter demontiert wurden, plötzlich eine Chance für einen neuen Aufstieg, für neues Wachstum bekam. Diese Chance wurde bekanntlich genutzt, und das Ruhrgebiet mit seiner Kohle- und Stahlindustrie im Herzen Westdeutschlands erwies sich in der Folge geradezu als Schwungrad für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Hauptziel dieses Vertrages war in der Argumentation Schumans die Sicherung des innereuropäischen Friedens durch die Vergemeinschaftung, also die gegenseitige Kontrolle der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl, sowie die Sicherstellung dieser für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidenden Produktionsfaktoren. Aus der Montanunion entstanden dann der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Vertrag über die Nutzung der Kernenergie „EURATOM“, und aus diesen wiederum später die Europäische Gemeinschaft, die sich 1992 durch den Vertrag von Maastricht zur Europäischen Union weiterentwickelte. Man kann also ohne Übertreibung sagen: An der Wiege der heutigen EU stand eine spezifische Form regionaler Zusammenarbeit im Bereich der Energieproduktion - durchaus vergleichbar mit dem Ansatz der Energiegemeinschaft mit Südosteuropa.

Heute gibt es übrigens außerhalb der Energiegemeinschaft Südosteuropa noch weitere interessante Beispiele für eine Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern. Das ist zum Beispiel der Fall im Verhältnis der Europäischen Union zu Norwegen. Norwegen strebt eine Aufnahme in die Energiegemeinschaft Südosteuropa an und leistet als Energieproduzent einen sehr wichtigen Beitrag zur Diversifizierung innerhalb der Energiegemeinschaft. Dabei nimmt Norwegen eine besondere Rolle als sicherer Hafen der europäischen und besonders auch der deutschen Energieversorgung ein.

Aber es gibt noch weitere Beispiele. Ein sehr positives ist die Zusammenarbeit zwischen USA und Kanada, also zwischen zwei Volkswirtschaften, die noch stärker integriert sind, als etwa Deutschland und die Niederlande. Bedingt durch die enormen Reichtümer an Öl in der Provinz Alberta in Kanada, die mit 24 Milliarden Tonnen Ölreserven - allerdings in Form von Ölsänden - zu den bedeutendsten Ressourcen der Erde gehören, spielt Kanada heute für die Vereinigten Staaten eine ähnlich positive Rolle wie Norwegen für die Europäische Union. Diese beiden geglückten regionalen Partnerschaften zwischen Norwegen und der Europäischen Union und zwischen den USA und Kanada umfassen allerdings keineswegs nur den Energiebereich. Vielmehr zeigt das Beispiel Kanada - USA, und auch das von Norwegen und der EU, dass eine wirkliche Zusammenarbeit nicht allein auf den Energiebereich beschränkt bleiben darf.

Zwar kann Zusammenarbeit im Energiebereich Ausgangspunkt regionaler Zusammenarbeit werden, doch erfahrungsgemäß funktioniert das nur für eine gewisse Zeit. Ist erst einmal die erste Anschubphase vorbei, braucht man eine breitere, eine erweiterte Grundlage für eine langfristige und dauerhafte Kooperation. Sonst besteht nämlich die Gefahr, dass sich die so genannte regionale Zusammenarbeit als anfällige Einbahnstraße erweist. Wenn zum Beispiel die Energiepreise sinken, dann geht das zu Lasten des Erzeugers und der Transitländer. Wenn die Energiepreise steigen, geht das zu Lasten der Energieverbraucherländer. Auf einer derartig labilen Basis allein kann man umfassende regionale Kooperation nicht aufbauen.

Um wirklich stabile regionale Gemeinschaften und damit auch Energiesicherheit zu erreichen, reicht also eine reine Energiepartnerschaft nicht aus. Es bedarf vielmehr weiterer politischer und auch ökonomischer Elemente. Zu differenzieren ist dabei zwischen der Zusammenarbeit homogener Partner, wie dies etwa zwischen der



EU und Norwegen der Fall ist, und weniger heterogener Partner, wie etwa zwischen Japan und Russland. Letzteres gilt natürlich auch für die russische Partnerschaft mit den zentralasiatischen Staaten. Eine Zusammenarbeit, die gerade für uns Europäer von großer Bedeutung ist, die aber dadurch komplizierter wird, dass Russland hier in einer Doppelrolle auftritt: einmal als Transitland für Gas aus Zentralasien, aber auch als Energielieferant für Europa, der Gas aus den zentralasiatischen Ländern in seine Lieferungen nach Europa einbaut.

Dass die Zusammenarbeit im Energiebereich im regionalen Bereich eher ein Kind der jüngeren Geschichte und keineswegs selbstverständlich ist, das zeigt das Beispiel der amerikanischen Ölfunde in Nordalaska. Hier entschied sich die US-Regierung Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gegen eine Trassenführung durch Kanada und wählte stattdessen einen rein nationalen und dabei übrigens wirtschaftlich für Amerika eher ungünstigen Ansatz. Die Zeit war damals schlicht noch nicht reif für die Einsicht in die Chancen von regionaler Energiekooperation.

Welche Folge mangelhafte Energiekooperation haben kann, zeigte Anfang dieses Jahres der russisch-ukrainische Gasstreit. Die im Fernsehen live in die ganze Welt übertragene Umlegung des Hebels zur Drosselung des Gasdurchlaufs hatte eine enorme politische Wirkung. Ich glaube, es wird noch für lange Zeit ein Geheimnis der russischen Politik bleiben, warum sie diese Wirkung nicht vorhergesehen hat. In Europa haben diese Bilder jedenfalls eine sehr intensive und keineswegs für die russischen Interessen günstige Diskussion über Diversifikation ausgelöst. Dabei waren die Experten sich aber schon länger einig, dass schon wegen diverser Kommunikationsprobleme sich dieser Konflikt angebahnt hatte und möglicherweise kaum vermeidbar war. Allerdings bleibt die Frage, warum er dann so demonstrativ ausgetragen wurde. Dieser russisch-ukrainische Gasstreit beweist aber auch in eindrucks-

voller Weise, wie stark heute die Energiesicherheit Europa eben nicht nur von Lieferländern, sondern auch von Transitländern abhängig ist. Die deutsche Bundesregierung vertraut den Aussagen der beiden beteiligten Ländern, also Russland und Ukraine, dass sich die Vorgänge des letzten Winters nicht wiederholen werden, die ja geradezu ein energiepolitisches Erdbeben ausgelöst haben – von manchen sogar verglichen mit der Schockwirkung der Ölkrise von 1973 und der zweiten Ölkrise nach dem Sturz des iranischen Schahs 1979.

Nach der regionalen Ebene ein kurzer Blick auf die globale: Mangelnde regionale Zusammenarbeit auch zwischen Produzentenländern kann in bestimmten Fällen tatsächlich globale Folgen haben. Als exemplarisch können hier die Folgen des iranisch-irakischen Krieges in den 80-er Jahren gelten, die praktisch dazu führten, dass beide Staaten ihre Öl- und Gasexporte über den Seeweg nicht mehr ausführen konnten. Nur die damals weltweit ausreichende Gesamtversorgung mit Energieträgern hat damals verhindert – wie auch beim so genannten „Zweiten Golfkrieg“ 1990/91 – dass sich erneut eine globale Ölkrise mit anschließender Wirtschaftskrise entwickelt hat. Das war anders in der regionalen Auseinandersetzung des Yom-Kippur-Krieges von 1973, durch den die erste große Ölkrise und in deren Folge eine Phase tiefer weltwirtschaftlicher ökonomischer Rezession verursacht wurde. Diese Beispiele beweisen, dass je nach aktueller Versorgungslage ein Mangel an regionaler Zusammenarbeit, ein Scheitern von Kooperation in einer regionalen Krise weltweite Wirkung entfalten kann.

Eine kurze Zusammenfassung: Wir müssen uns besser bewusst werden, wie eng sich regionale Kooperation und Energiesicherheit wechselseitig bedingen. Mit der Energiegemeinschaft Südosteuropa ist im Herbst 2005 ein modernes und in die Zukunft weisendes Instrument geschaffen worden, dessen Bedeutung erst in der krisenhaften Entwicklung des Jahres 2006 richtig sichtbar wurde. Die Umsetzung dieses strategischen Konzepts ist längst nicht mehr nur

ein Teil einer EU-Balkanstrategie, sondern inzwischen von essentieller Bedeutung für die Europäische Union selbst. Eine Radiuserweiterung der Energiegemeinschaft kann dabei hilfreich sein.

Die Schwarzmeerregion ist die entscheidende Zone der Bewährung für die Europäische Energiegemeinschaft. Denn gerade in der Schwarzmeerregion, die eine immer wichtigere Rolle für den Transit der Kaspischen Energieressourcen übernimmt, überlagern sich die Interessen und Aktivitäten von Lieferländern, Transitländern und Verbraucherländern in einer Weise, wie sonst nirgendwo auf der Welt.

In diesem Zusammenhang habe ich einen Appell an unsere bulgarischen Freunde zu richten: Aus verschiedenen Gründen wäre es ganz im Sinne der EU-Interessen, wenn Bulgarien sich entschließen könnte, in Bezug auf diese Schwarzmeerkooperation eine gewichtigere Rolle zu spielen, auch und gerade zur Umsetzung der Politik der Energiegemeinschaft Südosteuropa. Wir sehen, dass Rumänien hier – zum Beispiel mit dem „Black Sea Forum“ im Juni dieses Jahres in Bukarest – die Gunst der Stunde erkannt hat. Ich würde mich freuen, wenn sich von dieser Konferenz die Überzeugung ausbreiten würde, dass sich Bulgarien bei der zukünftigen Gestaltung der Schwarzmeerkooperation intensiver engagieren sollte.

**Derek Taylor:**  
**Energieberater der Europäischen Kommission**  
**„Die Energiepolitik der Europäischen Union“**


---

Derek Taylor ist Berater der Europäischen Kommission im Bereich Energiepolitik

---

Sehr geehrte Damen und Herren!

Über meine Teilnahme freue ich mich sehr. Das ist mein erster Bulgarienaufenthalt überhaupt und eine ausgezeichnete Gelegenheit, ein angehendes Mitgliedsland vor Ort zu betrachten. Ich glaube, dass es noch 80 Tage bis zum Beitrittsdatum sind, diese Zahl habe ich gestern auf einem Bildschirm in der Nähe des Parlamentsgebäudes gesehen.



## Sustainability

- The main environmental concern about energy at this moment is related to CO<sub>2</sub> emissions bringing about climate change
- There are two sectors in which CO<sub>2</sub> emissions are expected to grow considerably above 1990 in the future – transport and electricity production
- The presently planned “phase outs” of nuclear capacity – together with a renewed interest in coal in some Member States - will serve to exacerbate this growing problem.
- *In the following graphics (based on energy model output for the period to 2030) there is a declining nuclear share after 2010 in line with presently announced plans or policies of Member States*

Sofia 13 October 2006Energy Supply  
and Energy Security

Das Hauptthema meiner Rede ist das „Grünbuch Energie“, das von der EU-Kommission im März dieses Jahres verabschiedet wurde und das eine wirkliche Grundlage für die zukünftige gemeinsame europäische Politik im Energiesektor bilden soll. Als ein allerer-

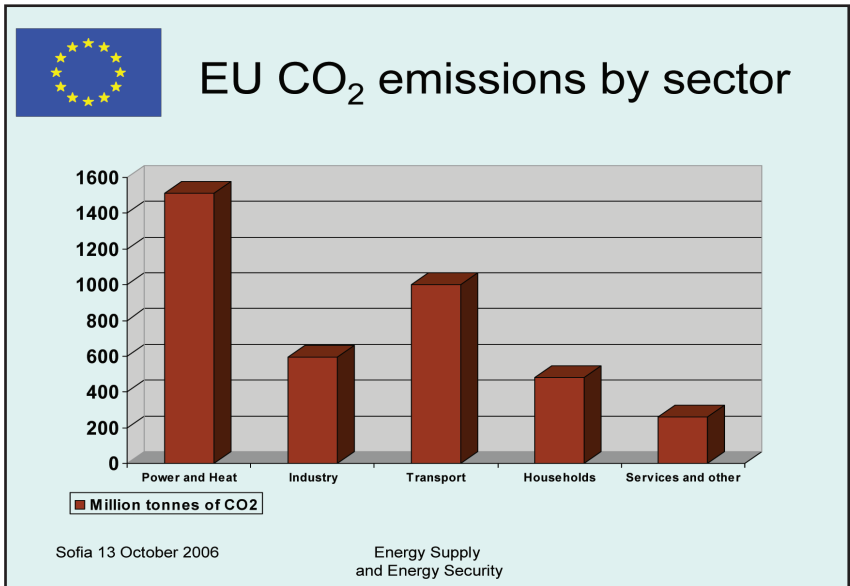
ster Schritt wird ein enormes Arbeitspotential auf uns zukommen. Ein Großteil dessen wird während der deutschen Präsidentschaft erledigt werden müssen. Dies ist jedoch nur der allererste Schritt und der durch die drei Grundprinzipien „Energienachhaltigkeit“, „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Versorgungssicherheit“ beschrieben wird. Diese Grundprinzipien sind, so denke ich, für jedes bedeutende Energie importierende Land selbstverständlich. Wenn man von Energieimporten vollkommen unabhängig ist, muss man sich zumindest über ein oder zwei dieser Prinzipien keine Sorgen machen. Für eine Region wie die Europäische Union sind jedoch alle drei von sehr großer Bedeutung.

Was bedeutet das: „Die drei verschiedenen Grundprinzipien“? Das erste Grundprinzip ist die *Nachhaltigkeit*, wobei es hier in der Hauptsache um Umweltbelange geht, die selbstverständlich vor allem mit CO<sub>2</sub>-Emissionen und dem Klimawandel verbunden sind. Klimawandel ist ein Begriff, der uns mindestens einmal am Tag zu Ohren kommt, wenn nicht sogar öfter.

Hier sind die beiden Hauptbereiche, die in der EU in Bezug zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen stehen, der zu erwartende Anstieg der Emissionen und der Anstieg der Emissionen seit dem Stand von 1990. Das Jahr 1990 ist aufgrund des Kyoto-Protokolls selbstverständlich ein Schlüsseldatum und unser Ziel ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. In zwei Bereichen, beim Verkehr und bei der Stromerzeugung, liegen wir jedoch in der CO<sub>2</sub>-Produktion über dem Stand von 1990.

Ich möchte an dieser Stelle hinzufügen, und einige meiner Kollegen auf die Tatsache aufmerksam machen, dass der gegenwärtig geplante Ausstieg aus der Kernenergie neben einem erneuten Interesse an der Kohleverbrennung in einigen Mitgliedsstaaten zur Verschärfung des wachsenden Problems der CO<sub>2</sub>-Emissionen beitragen wird. Einige der folgenden Grafiken: dieses ist das Grundmodell für unsere Prognosen für die EU-25. Wir erarbeiten

nach wie vor EU-25-Prognosen, aus denen ich diese Angaben auch bezogen habe. Diese basieren auf dem Ausstieg aus der Kernkraft, der in vielen Mitgliedsstaaten beschlossen wurde. Deshalb können Sie für die nächsten 25 Jahre eine Abnahme der nuklearen Kapazitäten erkennen. Dies sind die EU-Emissionen in den einzelnen Bereichen:

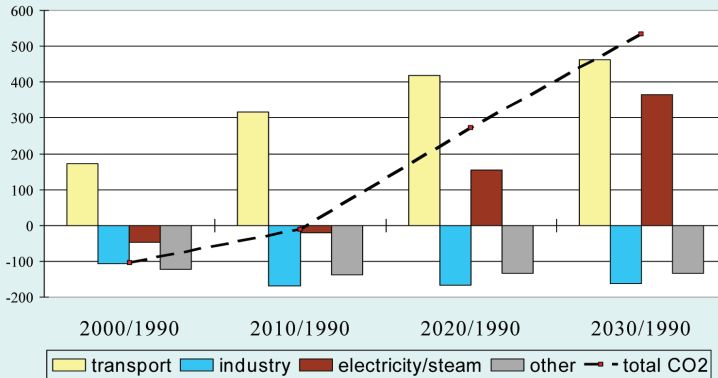


Sie können erkennen, dass in der Europäischen Union die weitaus höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Wärme- und Energieerzeugung zu verzeichnen sind. Danach folgt der Verkehr als der nächste große CO<sub>2</sub>-Emittent. Und dieses sind die Veränderungen, die ich bereits erwähnt habe:



# Changes in CO<sub>2</sub> emissions

(in millions of tonnes – relative to 1990)



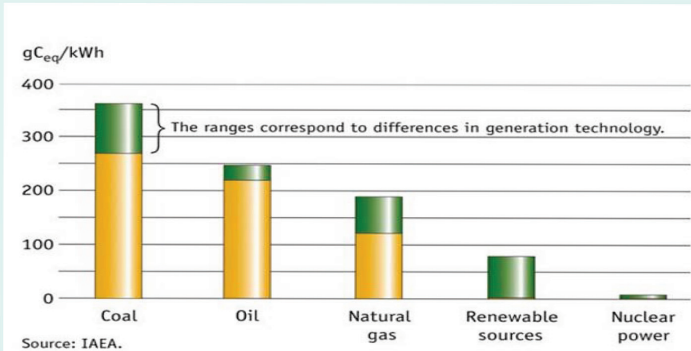
Sofia 13 October 2006

Energy Supply  
and Energy Security

Sie können sehen, dass der Verkehr, im Vergleich zu 1990, bereits im Jahr 2000 den Stand von 1990 überschritten hat und im Jahr 2010 noch höhere Werte verzeichnen wird und dass im Jahr 2020 die Stromerzeugung ebenfalls erheblich über dem Stand der CO<sub>2</sub>-Emissionen von 1990 liegen wird. Sie können ebenfalls erkennen, dass diese Werte über den Stand von 1990 kontinuierlich weiter ansteigen und die Gemeinschaft insgesamt wohl kaum in der Lage sein wird, ihre Kyoto-Zielen zu erfüllen. Die folgende Grafik scheint mir sehr aufschlussreich:



## Sources of CO<sub>2</sub>



Sofia 13 October 2006

Energy Supply  
and Energy Security

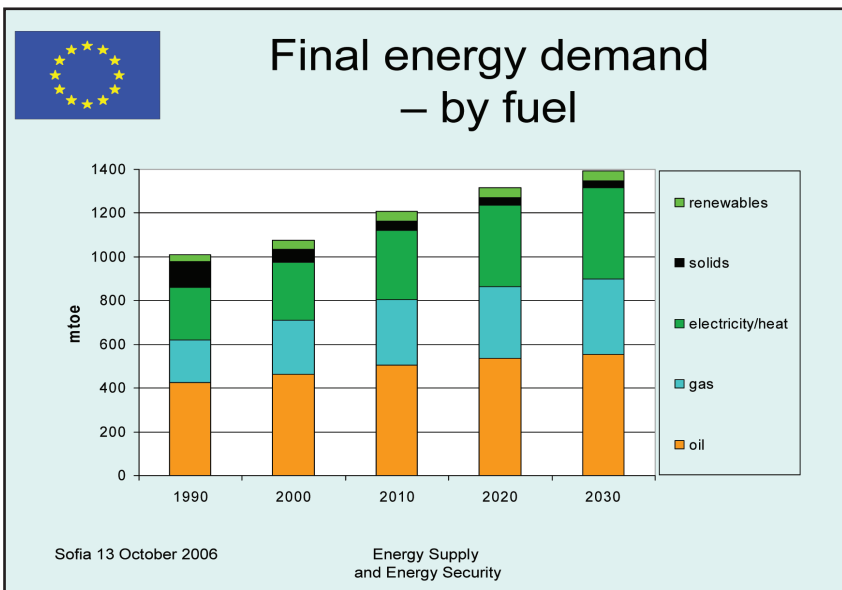
Das sind die CO<sub>2</sub>-Quellen. Man kann den Umfang des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Kilowattstunde erzeugten Stroms für den jeweiligen Energiebereich sehen und Sie können erkennen, dass die Hauptquelle natürlich die Erzeugung aus Kohle ist, gefolgt von der aus Erdöl. (Im Elektrizitätsbereich verbrauchen wir selbstverständlich keine großen Mengen an Erdöl.) Einige erneuerbare Energiequellen produzieren mehr CO<sub>2</sub> als ihr Einsatz verhindert. Die Kernkraft verzeichnet im gesamten Pool der Energiequellen zur Stromerzeugung den niedrigsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilowattstunde. So weit zur Nachhaltigkeit.

Nun zur *Wettbewerbsfähigkeit*. Selbstverständlich wird die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, ich rede hier von der Gegenwart, durch die Energiepreise beeinflusst. Je mehr unsere Unternehmen für ihre Energie zu bezahlen haben, desto weniger werden sie wettbewerbsfähig sein, es sei denn, alle anderen in der Welt bezahlen das Gleiche, das aber dürfte schwer zu erreichen sein. Wir versuchen, den Energiemarkt innerhalb der Europäischen



Union zu liberalisieren. Wir versuchen, einen gemeinsamen Strom- und Gasmarkt zu schaffen, der auf der von der Internationalen Energieagentur entwickelten Zielvorstellung beruht, dass eine Liberalisierung zu niedrigeren Preisen führt und die Versorgungssicherheit erhöht. Daher setzen wir die Liberalisierung dieser Märkte fort. Es gab bereits einige Erfolge. Eine Zeit lang konnten wir niedrigere Preise sowie eine Preiskonvergenz zwischen den Mitgliedsstaaten erzielen. Der Prozess ist jedoch noch lange nicht abgeschlossen, der Markt ist noch weit von vollständiger Liberalisierung und Öffnung entfernt und die Strompreise sind kürzlich wieder angestiegen. Sie liegen jetzt höher als vor einem Jahr.

Die Endnachfrage hinsichtlich der verschiedenen Brennstoffarten:

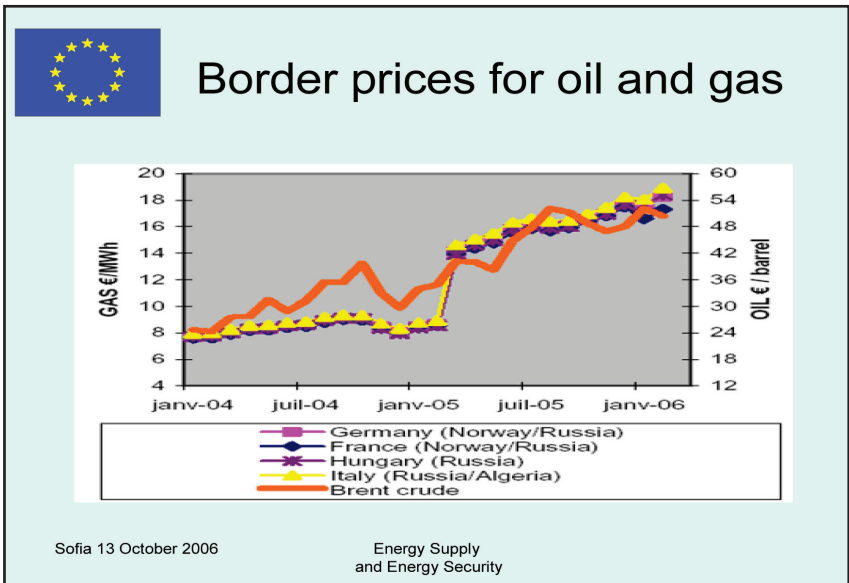


Wir sehen hier die Prognose für die nächsten fünf Jahre. Die Nachfrage nach Erdöl wird ansteigen, die Gasnachfrage wird sich fast verdoppeln. Die Nachfrage nach Strom wird ansteigen. Selbst feste Brennstoffe werden in einem relativ geringen Umfang im Bereich des Treibstoffs eine Rolle spielen. Es ist jedoch noch nicht klar

ersichtlich woher. Der Treibstoff aus festen Brennstoffen wird jedoch nur einen sehr geringen Anteil ausmachen, die erneuerbaren Energiequellen einen noch geringeren im Treibstoffbereich.

Zu den wichtigsten Faktoren im Strom- und Heizungsbereich zählen Gas, Kernkraft, jedoch auch fossile Brennstoffe und erneuerbare Energiequellen. Die erneuerbaren Energiequellen sind bei der Stromerzeugung ebenso wie Gas eine Ergänzung.

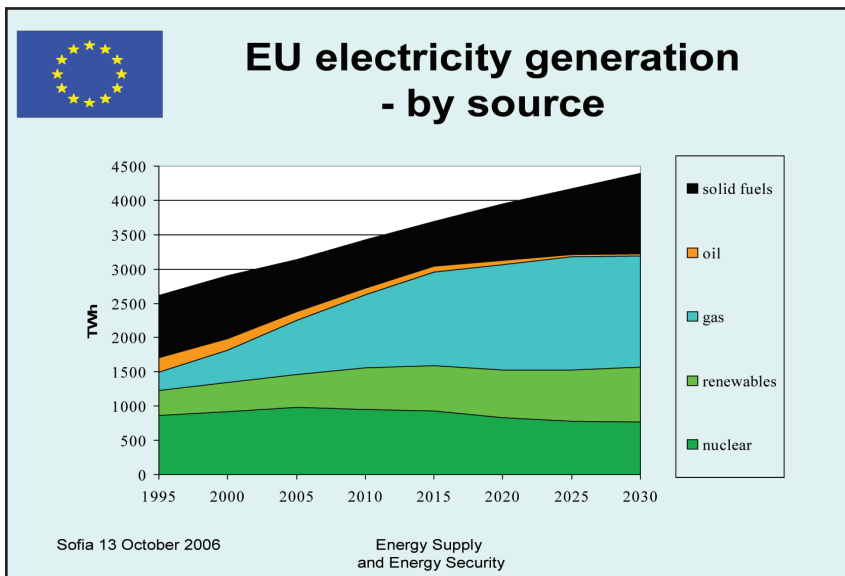
Sie erkennen eine steigende Nachfrage, was aber auch an den Preisen liegt, denn wie Sie alle wissen, sind die Preise stark angestiegen. Als diese Grafik erarbeitet wurde, haben wir alle gehofft, dass diese wieder sinken würden. Dies war aber bislang nicht der Fall.



Selbstverständlich sind die Preise nach Produktion dieser Grafik weiter angestiegen, haben aber gegenwärtig auf etwa 60 Dollar pro Barrel nachgegeben, so dass sie sich nach wie vor in der oberen Ecke dieser Grafik befinden, auch wenn sie ein wenig gesunken sind. Ein weiterer Preisrückgang ist jedoch nur schwer zu prognostizieren.

Wir können diesbezüglich nur die Daumen drücken. Auf gewisse Weise haben die hohen Preise längerfristig gesehen einen Vorteil für das Medium, da im Öl- und Gassektor nun schon eine Weile ein Mangel an Investitionen zu beobachten war, was die nur sehr geringe Überkapazität der Produktion gegenüber der Nachfrage erklärt. Die ausgesprochen geringe Expertenkapazität im Produktions- und Raffinierungsbereich des Marktes ist zum Teil für die hohen Preise verantwortlich. Deshalb sind die infolge der hohen Preise geförderten Bemühungen um eine Verbesserung der Produktionsinfrastruktur langfristig gesehen von Vorteil – hoffentlich jedenfalls, so lange uns der Zugang zu den Regionen mit Öl- und Gasfeldern erhalten bleibt. Falls uns der Zugang verwehrt ist, können wir aus den hohen Preisen in diesem Sinne keinen Nutzen ziehen.

In den letzten Jahren sind in Westeuropa die Strompreise gestiegen, in den letzten zwölf Monaten haben sie einen einigermaßen gleichmäßigen Anstieg gehabt. Der Grund dafür wird, sobald man sich die Quellen für die Stromerzeugung ansieht, halbwegs klar:



Hier ist ein ziemlich großer Anteil an Gas zu erkennen, was bedeutet, dass der steigende Gaspreis erheblich zum Anstieg des Strompreises beigetragen hat. Der Strompreis ist hauptsächlich infolge des Gasanteils am Markt stark angestiegen. In den nächsten 25 Jahren müssen wir hinsichtlich der Rohstoffquellen für die Stromproduktion nach neuen Wegen suchen. Unseren Erwartungen zufolge wird der Gasanteil stark ansteigen, was sich erneut auf die Stromproduktion auswirken wird. Eine etwas überraschende Prognose ist der zu erwartende Anstieg bei der Verwendung fossiler Brennstoffe nach 2015. Darauf werde ich ein wenig später noch zurückkommen. Sie sehen hier erneut, wie ich bereits erwähnt habe, infolge der Stilllegung von Kraftwerken einen Rückgang des Kernkraftanteils.

*Versorgungssicherheit:* Die Europäische Union deckt ihren Energiebedarf zu fast 50 Prozent durch Importe. Dieser Prozentsatz wird bis zum Jahr 2020 auf 60 Prozent- sowie bis zum Jahr 2030 auf fast 70 Prozent ansteigen.



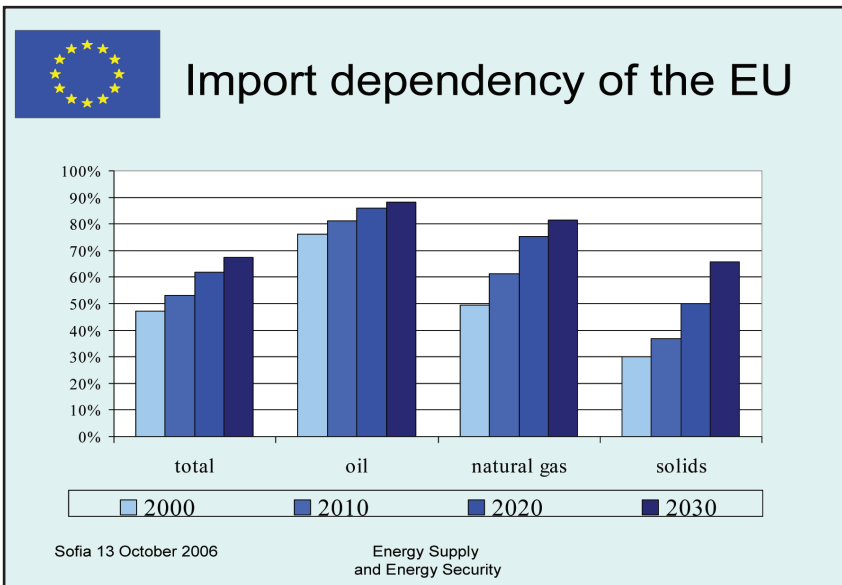
## Security of Supply

- The EU is dependent on imports for close to 50% of its energy.
- This will rise to 60% in 2020 and close to 70% by 2030.
- By 2030:
  - Oil will rise from around 75% to close to 90%
  - Gas from 55% to over 80%
  - Solid fuels from below 35% to around 65%

Sofia 13 October 2006

Energy Supply  
and Energy Security

Wir können diesem nur entgegenwirken, wenn wir unsere Politik drastisch ändern, wobei ich wirklich „drastisch“ meine. Wir müssen hierbei auf Effizienz setzen, wir müssen den Anteil der neuen und erneuerbaren Energieträger zielorientiert erhöhen. Gegenwärtig erscheint dies eher ungläubhaft. Falls es uns jedoch gelingen sollte, könnten wir die hier aufgezeigte, wachsende Abhängigkeit stoppen. Wie auch immer, ich glaube nicht, dass wir die 50-Prozent-Marke halten können. Bis 2030 wird die Gemeinschaft 90 Prozent ihres Erdölbedarfs, mehr als 80 Prozent ihres Gasbedarfs und 65 Prozent des Bedarfs an fossilen Brennstoffen durch Importe abdecken, wobei wir nur Steinkohle einführen und keine Braunkohle.



Das sind die Bezugsquellen der Europäischen Union im Jahr 2004:



## Origin of imports to EU

(in 2004)

- Main suppliers of oil
  - Russia (31%)
  - Norway (20%)
  - Saudi Arabia\* (13%)
  - Libya (10%)
  - Iran\* (7%)
- (\* Total Middle East ~22%)
- Main suppliers of gas
  - Russia (33%)
  - Norway (29%)
  - Algeria (21%)
  - Mainly LNG (12%)
- Main suppliers of coal
  - South Africa (26%)
  - Russia (16%)
  - Australia (15%)
  - Colombia (12%)

Sofia 13 October 2006

Energy Supply  
and Energy Security

Wie Sie erkennen können, war Russland der Hauptlieferant von Erdöl, wobei wir aus Russland mehr Erdöl importiert haben, als aus dem gesamten Mittleren Osten. Der Hauptlieferant von Erdgas war ebenfalls Russland. Russland hatte im Jahr 2004 in der Tat einen geringen prozentualen Importanteil, der üblicherweise etwa 50 Prozent beträgt. Aus dem einen oder anderen Grund ist die Ziffer für das Jahr 2004, gegenüber einer höheren Ziffer für Norwegen, relativ niedrig. Es ist überraschend genug, dass Russland unser zweitgrößter Steinkohlelieferant ist. Noch etwas, das der Grafik nicht zu entnehmen ist: Russland ist unser größter Einzillieferant von Uran.

Als wir also im Januar von den Problemen zwischen Russland und der Ukraine erfuhren, können Sie sich vorstellen, welche Besorgnis diese Nachricht in politischen Kreisen ausgelöst hat. Auf der anderen Seite muss ich jedoch auch hervorheben, dass uns Russland 30 Jahre lang ohne Unterbrechung mit Energie versorgt hat. Also musste man erkennen, dass dieses nicht nur eine einmalige Angelegenheit ist.

Dieses sind die drei Kernprioritäten und jetzt geht es mit den sechs vorrangigen Bereichen weiter. Wir haben drei Kernprioritäten und sechs vorrangige Bereiche, denen wir uns zuwenden müssen. Der erste Bereich ist die Umwelt. Wir brauchen einen integrierten Ansatz für den Klimaschutz. Der zweite Bereich umfasst die Vollen- dung unseres Binnenmarktes. Der dritte Bereich bezieht sich auf einen nachhaltig und vielfältig ausgerichteten Energieträgermix. Der vierte Bereich umfasst eine EU-Politik zu Fragen der Energie- versorgung, zur Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten und zu gegenseitigem Beistand, vor allem hinsichtlich der Vorräte und der Vorratslagerung zur Prävention von Versorgungsunterbrechungen.

*Energietechnologien und Innovationen:* Ein strategischer Plan muss ausgearbeitet werden für zukünftige Forschungsprojekte, selbstverständlich einschließlich des Siebten EU-Forschungsrah- menprogramms, über dessen Budget gegenwärtig debattiert wird.

Schließlich gehört natürlich die *Außenpolitik* hierher. Eine kohä- rente Außenpolitik aller 25 und bald 27 Mitgliedsstaaten kann bei Verhandlungen ein stärkeres Gewicht verleihen, als es bei indivi- duellen Verhandlungen einzelner Staaten der Fall ist.

Über die letzten drei Punkte möchte ich keine weiteren Ausführun- gen machen, zum Teil aus dem Grund, dass diese heute Morgen bereits ausführlich behandelt wurden und das Thema Forschung allein einen ganzen Vortrag in Anspruch nehmen würde, wenn man sich allen Aspekten zuwenden wollte. Ich möchte mich jedoch in meinem weiteren Vortrag auf die ersten drei Themen – Umwelt, Binnenmarkt und Energieträgermix konzentrieren.

### *Umwelt*

Selbstverständlich ist der beste Weg zum Schutz der Umwelt die Reduzierung unseres CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Wie bereits erwähnt, müssen wir uns am Kyoto-Protokoll orientieren, jedoch haben hier viele Mitgliedsstaaten große Schwierigkeiten bei der Erreichung ihrer

Ziele. Einige von ihnen werden lange brauchen, um sie zu verwirklichen. Wir verfügen über ein Emissionshandelssystem, das innerhalb der Europäischen Union bereits mehr als 10.000 Anlagen umfasst. Es ist klar, dass dies Wirkung zeigen wird. Wir können jedoch keine sicheren Aussagen über die tatsächlichen Langzeitwirkungen machen. Es könnte auch sein, dass den Menschen, in Abhängigkeit von den Preisen auf dem CO<sub>2</sub>-Markt, von einem Tag auf den anderen der Strom abgestellt wird. Wir sind nicht der Meinung, dass langfristige Investitionen durch den Emissionshandel weg von der Produktion von CO<sub>2</sub> führen werden. Um ein Problem als Beispiel für andere auf diesem Feld zu erwähnen, möchte ich den Preiscrash nennen, als sich der Preis nur innerhalb weniger Tage halbierte. Ein stabilerer Preis wäre wünschenswert. (Selbstverständlich streben die Händler von Emissionsrechten nicht wirklich einen stabilen Preis an, da sie aus den Schwankungen Profit ziehen). Aber ohne einen stabilen Preis und infolgedessen bei einer unsicheren Marktlage hat auch niemand ein Interesse daran, irgendwelche Technologien zu entwickeln. Wir sind gerade dabei, das Emissionshandelssystem zu überdenken und werden zu einem späteren Zeitpunkt einen diesbezüglichen Bericht herausgeben. Wir werden darüber nachdenken, wie der Emissionshandel erweitert werden kann und wie er in Phase zwei, also in den Jahren 2008 bis 2012 revidiert werden sollte. Außerdem werden wir darüber nachdenken, was nach 2012 unternommen werden muss.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir für den Zeitraum 2008 bis 2012 Veränderungen vorschlagen werden. Für den Zeitraum nach 2012 ist es mehr als sicher, dass diesbezüglich eine Empfehlung an die Kommission gehen wird und falls die Kommission diese verabschieden sollte (was ich glaube), so werden wir das Emissionshandelssystem über 2012 hinaus erweitern. Wie weit wir hier in die Zukunft planen werden, wird natürlich letzten Endes von der Entscheidung der Mitgliedsstaaten abhängen.

Ich möchte hier ein wenig vom Thema abweichen, da unsere Unter-



nehmen Stabilität fordern. Um planen zu können, brauchen sie einen stabilen Regulierungsrahmen. Wenn man weiß, dass ein Kraftwerk eine Laufzeit von 40, 50, oder im Fall einiger Atomkraftwerke, von 60 Jahren hat, will man sich auch im Klaren darüber sein, dass man mit einigermaßen stabilen Rahmenbedingungen rechnen kann. Man kann nicht nach einem Plan arbeiten, der innerhalb von fünf Jahren geändert werden könnte. Die Unternehmen wollen in ihren Planungen sicher sein. Daher glaube ich, dass die Kollegen aus der Generaldirektion Umweltschutz ein Datum weit genug in die Zukunft legen werden.

Ich habe vor einigen Tagen mit einigen Kollegen aus den USA gesprochen. Diese teilten nicht die Ansichten von Mr. Bush. Diese Leute hielten sogar den Klimawandel für eine Realität. Sie sind ebenfalls der Meinung, dass das Emissionshandelssystem eine gute Sache ist und glauben daran, dass auch die Amerikaner ein derartiges System einführen sollten. Der einzige Haken dabei ist, dass sie nicht erwarten, dass die US-Amerikaner ein Emissionshandelssystem in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahre einführen werden. Zwischenzeitlich fordern uns die Amerikaner jedoch auf, unser Emissionshandelssystem auch in Zukunft zu nutzen. Selbstverständlich führt das zu zusätzlichen Kosten für unsere Industrie. Meine Gesprächspartner waren jedoch der Ansicht, dass, wenn wir unser Emissionshandelssystem nicht beibehielten, es eher noch unwahrscheinlicher sei, dass Amerika irgendwann ein derartiges System einführen werde.

Die EU geht hier ein gewisses Risiko ein, nur auf diese vage Hoffnung hin mit dem System fortzufahren, weil ein Emissionshandelssystem, das nur von der EU getragen wird, nur einen begrenzten Langzeiteffekt für die Umwelt hat, aber gleichzeitig eine Last auf unseren Schultern bedeutet. Das sollten wir in Zukunft nicht aus den Augen lassen. Das System bietet einen soliden regulatorischen Langzeitrahmen, jedoch mit dem Risiko der Einbuße unserer Wettbewerbsfähigkeit, wenn die anderen sich diesem nicht anschließen.

Deshalb müssen wir diesbezüglich Druck ausüben und brauchen jegliche Unterstützung, um die anderen dazu zu bewegen, sich der Bekämpfung des Klimawandels anzuschließen. Wir können nicht ewig Alleinkämpfer auf weiter Flur bleiben.

### *Effizienz*

Der beste Weg zur Nachhaltigkeit ist die Verringerung unseres Stromverbrauchs, wann immer dies möglich ist. Gesparter Strom ist die beste Energieform. Wir müssen uns um Energieeffizienz bemühen. Wie Sie wissen, hat die Kommission ein Grünbuch veröffentlicht, in dem die Energieeffizienz schwerpunktmäßig erfasst ist. In diesem heißt es, dass wir 20 Prozent unseres Energieverbrauchs sparen können, wobei diese Einsparung für das Jahr 2020 angestrebt wird. Bezüglich der Erreichung dieser 20 Prozent befinden wir uns in der Abschlussphase bei der Erarbeitung eines Aktionsplanes für Energieeffizienz. Die aktuellen Vorschläge dürften in der nächsten Woche von der Kommission verabschiedet werden. Diese werden die Umsetzung der aktuellen Verordnungen entscheidend verbessern und aufgrund dessen, dass ein entscheidender Anteil der Einsparungen zukünftig von Privathaushalten realisiert werden muss, zu einer Erhöhung des öffentlichen Bewusstseins beitragen. Es wird hier ebenfalls um neue Verordnungen gehen, vermutlich um die Erhöhung der Energieeffizienz in Gebäuden seitens der Baubranche. Jedoch auch im Verkehrswesen muss die Effizienz gesteigert werden. Das ist selbstverständlich ein Hauptanliegen.

### *Vollendung des Binnenmarktes*

Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und sichere Energieversorgung verlangen nach einem wettbewerbsfähigen Energiemarkt. Wir brauchen den Wettbewerb zwischen Unternehmen, die den Ehrgeiz haben, europäische Unternehmen zu werden und nicht nur nationale zu bleiben. Europa sollte durch offene Märkte und nicht durch Protektion gestärkt werden. Ein wirklich offener Markt führt zu niedrigeren Preisen, erhöht unsere Versorgungssicherheit und steigert unsere Wettbewerbsfähigkeit,

wenn es uns gelingt, hier genau und sorgfältig zu arbeiten. Ein einheitlicher, effektiver europäischer Strom- und Gasmarkt könnte dies zustande bringen. Wir alle können ebenfalls zu einer solchen Entwicklung beitragen, indem wir Unternehmen dazu anhalten, ineffiziente Kraftwerke zu schließen. Das würde sich sowohl auf die Preise wie auch auf die Umwelt positiv auswirken. Kurz gesagt besteht das Hauptproblem in der unzureichenden Verflechtung der nationalen Märkte. Dieser Mangel an Vernetzung drückt sich in der EU in sehr unterschiedlichen Energiepreisen aus. Es handelt sich hierbei nicht nur um enorme Preisunterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten, in einigen Fällen gibt es innerhalb eines Mitgliedstaates selbst starke Preisunterschiede.

Nach wie vor bewegt sich der grenzüberschreitende Stromhandel innerhalb Europas auf relativ niedrigem Niveau. Das ist vor allem zurückzuführen auf bestehende Zugangsbarrieren, auf unzureichende Nutzung bestehender Infrastrukturen sowie auf unzulängliche Netzstrukturen zwischen den Mitgliedsstaaten. Das wiederum führt zu Überlastungen und Engpässen in den Verbundnetzen zwischen den Mitgliedsstaaten, wobei eine Vielzahl von Unternehmen aus dieser Überlastung Profite erzielen. Deshalb haben diese Unternehmen auch kein großes Interesse an irgendwelchen Veränderungen. Wir müssen das Netz verbessern, um einen Großteil der gegenwärtigen Überlastungen zu vermeiden. Wir müssen den Verbundgrad erhöhen, wobei wir hier beispielsweise bei der Stromkapazität ein Minimum von zehn Prozent anstreben. Zehn Prozent der Kapazität sollten durch Verbundnetze mit angrenzenden Mitgliedsstaaten abgedeckt werden.

Bis zum Jahr 2030 benötigen wir zusätzliche Stromkapazitäten von mindestens 500 Gigawatt. Manche sind übrigens der Auffassung, dass 700 Gigawatt erforderlich seien. Auf welche Weise kann man die Entstehung dieser Kapazitäten fördern? Die Unternehmen verlangen vor allem einen klaren Regulierungsrahmen. Wir müssen versuchen vorausszusehen, was auf den Energiemärkten außerhalb

der EU passiert wird. Da diese Märkte Veränderungen unterliegen, ändern sich die gesamten Rahmenbedingungen und die Spielregeln. Deshalb brauchen wir klare Grundregeln, sonst werden wir die am EU-Markt erforderlichen Investitionen nicht bekommen.

### *Faire Rahmenbedingungen*

Wir brauchen faire Rahmenbedingungen. Hier heißt das Schlüsselwort „Entflechtung“. Wir haben es über die gesetzlich vorgeschriebene Entflechtung versucht, wobei die großen Unternehmen verpflichtet wurden, ihr Eigentum an Produktion, Übertragung und Verteilung rechtsgültig auszugliedern. Das ist nicht sehr gut gelaufen. So ist das Schlüsselwort für unser nächstes Ziel, das wir wahrscheinlich in Angriff nehmen werden, „Eigentumsentflechtung“, was bei vielen der Unternehmen natürlich nicht so gut ankommt. Sie sträuben sich gegen eine Entflechtung. Aber für eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie wäre dies der beste Weg. Eine höhere Wettbewerbsfähigkeit ist auch deshalb nötig, weil manchmal einige der von uns ergriffenen Maßnahmen, die nicht nur auf den Binnenmarkt, sondern auch auf Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit gerichtet sind, einen negativen Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit haben. Wir müssen hier sehr aufpassen, dass wir das richtige Gleichgewicht halten. Das Gleichgewicht zwischen Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit ist von sehr großer Bedeutung, aber nur sehr schwer zu realisieren.

### *Der Energiemix*

Jeder Mitgliedsstaat sowie jedes Energieunternehmen entscheidet sich für seinen eigenen Energiemix. Die Entscheidungen eines Mitgliedsstaates können sich natürlich auf andere Staaten und seine Nachbarstaaten sowie die Gemeinschaft insgesamt auswirken. Zwei Beispiele aus dem Grünbuch: Wenn ein Mitgliedsstaat für die Energieerzeugung auf die weitgehende oder vollständige Verwendung von Erdgas setzt, hat dies im Fall von Erdgasknappheit erhebliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit seiner Nachbarländer. Eine Entscheidung eines Mitgliedsstaats im

Bereich der Kernenergie kann hinsichtlich der Abhängigkeit der EU von importierten fossilen Brennstoffen und selbstverständlich hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen ebenfalls erhebliche Folgen für andere Mitgliedsstaaten haben.

Ich möchte nur sehr kurz auf das Thema Energieträgermix und Kohletechnologien zurückkommen, da ich bereits erwähnt habe, dass ein Drittel des Stroms in der EU aus Stein- und Braunkohle gewonnen wird, was in etwa 15 Prozent unseres Gesamtverbrauchs ausmacht. Auf Grund des Klimawandels kann die Technologie der Braun- und Steinkohleverbrennung nur dann Bestand haben, wenn diese mit sauberen Kohletechnologien verbunden ist. Das bedeutet, die Effizienz der Kohleverbrennung ist zu verbessern und marktübliche Technologien zur Kohlendioxidsequestrierung (CCS-Technologie) müssen eingesetzt werden. Deshalb können Braun- und Steinkohle nur dann im Energiemix Bestand haben, wenn diese kohlenstoffarm oder weitgehend CO<sub>2</sub>-frei verbrannt werden. Gegenwärtig diskutiert man darüber, was wir unter zukunftsfähiger Kohletechnologie zu verstehen haben. Zukunftsfähige Kohletechnologie ist ein Mix aus sauberer Kohletechnologie und Kohlendioxidsequestrierung, die auf eine weitgehend CO<sub>2</sub>-arme Stromerzeugung ausgerichtet ist. Zwei der von uns gegenwärtig diskutierten Kennzahlen sind folgende: nach 2020 darf in Europa kein Kraftwerk ohne Kohlendioxidsequestrierungstechnologie zugelassen werden. Unser Ziel ist es, bis 2050 alle CO<sub>2</sub>-emittierenden Kraftwerke zu schließen oder aus dem Energiemix auszuschließen, das heißt, dass der Strom bis zum Jahr 2050 europaweit weitgehend emissionsfrei produziert werden soll. Diese Kennziffern wurden von der Kommission gebilligt und liegen dem Entwurf zu Grunde, der in Kürze verabschiedet werden soll. Das 7. Forschungsrahmenprogramm, das bereits erwähnt wurde, stellt sowohl auf saubere Kohletechnologien als auch auf Kohlendioxidabsorption ab, einschließlich der Definition eines emissionsfreien Kraftwerks. Es wurde ein sehr guter strategischer Aktionsplan sowie ein Forschungskonzept erarbeitet, die ich Ihnen ans Herz legen

will. Sie können diese auf der Internetseite der Kommission zur Technologieplattform ansehen. Dies ist eine Art Flaggschiff unseres Forschungsprogramms für saubere Kohletechnologien und Kohlendioxidsequestrierung.

### *Energieträgermix und Kernenergie*

Etwa ein Drittel des Stroms in der EU wird aus Kernenergie erzeugt, wobei wir der Problematik der nuklearen Abfälle und der nuklearen Sicherheit die gebührende Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Kernenergie ist gegenwärtig die größte CO<sub>2</sub>-freie Energiequelle in Europa. Eine Revision der Energiestrategie sollte im Rahmen einer transparenten und objektiven Debatte die zukünftige Rolle der Kernenergie in der Europäischen Union erfolgen. Zu wünschen ist eine transparente und objektive, nicht ideologisch polarisierte Debatte, die aber bekanntlich bezüglich des Themas Kernkraft nicht immer einfach ist. Wir sind davon überzeugt, dass die Europäische Union in nützlicher Weise dafür Sorge tragen kann, dass alle Kenngrößen der Kernenergie im Interesse einer fundierten, objektiven und transparenten Debatte aufgezeigt werden. Auch das entstammt dem Grünbuch.

In einigen Wochen dürfte ein von der Kommission verabschiedetes, anschauliches Nuklearprogramm vorliegen, in dem die Fortschritte im Bereich Kernenergie dargelegt werden sollen. Was wurde bisher getan, was muss in Zukunft unternommen werden, was sind die anforderungsrelevanten Kosten und Vorteile der Kernenergie? Diese Fragen sind zu stellen.

Ich habe bereits die Überprüfung der Energiestrategie erwähnt. Wir wollen hier ein übergeordnetes strategisches Ziel für die Energienutzung in der Europäischen Union definieren, das auf einem ausgewogenen Verhältnis freier Prinzipien basiert. Ein Ziel könnte zum Beispiel die Festlegung eines Mindestanteils sicherer und CO<sub>2</sub>-armer Energiequellen am Energieträgermix sein, ein Mindestanteil derartiger Energiequellen am Energieträgermix, der lang-

fristig weiterentwickelt werden muss. Ich habe hinsichtlich eines möglichen prozentualen Anteils CO<sub>2</sub>-armer und sicherer Energiequellen am Energiemix noch keine Informationen, in Gesprächen wurde jedoch für den Zeitraum bis 2050 von 50 Prozent und mehr gesprochen. Das Ziel ist: eine Bezugsgröße zur Widerspiegelung des potentiellen Risikos der Importabhängigkeit, die im allgemeinen Streben nach einer langfristigen Entwicklung von CO<sub>2</sub>-armen Energiequellen zum Ausdruck kommt und die im Wesentlichen interne Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele aufzeigt. Es sollte ein Leitfaden für zukünftige Regulierungsmaßnahmen entstehen, der die Maßnahmen beschreibt, die zur Lenkung der Energiepolitik in diese Richtung erforderlich sein könnten.

Wir können den EU-Mitgliedsstaaten ihren jeweiligen Energiemix nicht vorschreiben. Wir können jedoch einen Mindestanteil CO<sub>2</sub>-armer Energiequellen im Energiemix der Gemeinschaft anstreben und die Mitgliedsstaaten hoffentlich von diesem Ziel überzeugen.

#### *Was folgt aus dem Grünbuch?*

Für Dezember 2006 oder Januar 2007 plant die Kommission die Verabschiedung eines Energiepakets, das eine Reihe von Gutachten, Beratungen und Empfehlungen für die Gesetzgebung in verschiedenen Bereichen umfassen wird. Einige dieser Bereiche, wie Energieeffizienz, habe ich bereits angesprochen. Wir müssen eine Energieeffizienz von 20 Prozent erreichen, wobei vor allem neue und erneuerbare Energieträger genutzt werden sollen, auf die Frau Britta Thomsen aus dem Europäischen Parlament später eingehen wird. Des Weiteren betrifft dies die Nuklearpolitik sowie nachhaltigen Kohletechnologien. Nach dem Grünbuch wird als nächster Schritt die Überprüfung der Energiestrategie folgen. Zunächst stehen einige relativ kleine Schritte an, der nächste Schritt in Richtung Europäische Energiepolitik jedoch ist von außerordentlicher Wichtigkeit: Zehn oder zwölf Dokumente werden auf einen Schlag auf dem Tisch der deutschen Ratspräsidentschaft landen und müssen abgearbeitet werden. Ich glaube, dass dies während des nächsten

europäischen Gipfeltreffens im kommenden Jahr auf der Tagesordnung stehen wird.

Wie in den Schlussfolgerungen des Grünbuchs vermerkt wird, haben die Energiebelange der globalen politischen Agenda den Rang abgelaufen. Das ist zum Teil natürlich auf die wachsenden Sorgen über unsere Energiesicherheit, besonders unsere Importe zurückzuführen. Indien und China sind als Konkurrenten auf dem Weltenergiemarkt ein weiteres Problem geworden. Diese Länder haben eine außerordentlich dynamische Entwicklung und ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum. Sie haben eine steigende Nachfrage nach Energie und konkurrieren mit uns in vielen Fällen auf denselben Märkten. Beide Länder legen an Stärke und Kraft zu. Das gilt insbesondere für China. China taucht ganz entspannt in den Fördergebieten auf und sagt: „Wir möchten diese Ressource kaufen! Bitte, produziert sie für uns, hier ist das Geld!“ Die Chinesen machen sich über Marktpreise nicht allzu große Sorgen. Sie kommen, haben das Geld, und kaufen, was sie wollen. So ändern sie in großem Ausmaß die Spielregeln. Selbstverständlich dürfen wir die USA nicht vergessen, den weitaus größten Energiekonsumenten, mit dem wir uns näher befassen müssen.

Der Klimawandel ist eine Tatsache. Wir können ihn nicht zurückdrehen. Alles was wir tun können, ist, den Klimawandel aufzuhalten und zu lernen, damit umzugehen. Wir müssen den Klimawandel aufhalten, anderenfalls finden wir uns inmitten eines großen Experiments wieder, über das wir keine Kontrolle haben und von dem wir nicht wirklich wissen, wie es ausgehen wird.

*Befürchtungen zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie*  
Ich bin der Meinung, dass dieser Aspekt im ersten Grünbuch, das im März dieses Jahres veröffentlicht wurde, nicht ausreichend zur Sprache gekommen ist. Eine der Hauptkritiken, die ich gehört habe, ist, dass im Grünbuch zu stark auf Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit fokussiert wird und unserer Wettbewerbsfähigkeit



nur unzureichend Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Was würde passieren, wenn unsere Industrie aufgrund unserer Politik und der Energiekosten ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßte? Sie verlagert ihre Produktion ins Ausland, dahin, wo sie ihre Waren ohne Sorgen über die von ihnen produzierten CO<sub>2</sub>-Emissionen herstellen und wo sie preiswerten Strom kaufen kann. Das hat natürlich den Verlust von Arbeitsplätzen, den Verlust von Industriezweigen sowie den Verlust unserer globalen Wettbewerbsfähigkeit zur Folge. Natürlich wirkt sich das auch negativ auf die Umwelt aus, da diese Unternehmen in Übersee mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen produzieren. So stehen wir hier auf verlorenem Posten, es sei denn, wir können sicherstellen, dass unsere Aktivitäten die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie nicht beeinträchtigen.

Die große Energiedebatte in Europa ist eröffnet. Wir dürfen jedoch nicht nur reden, sondern wir müssen handeln. Wir vertrauen natürlich darauf, dass während der deutschen Ratspräsidentschaft Taten folgen werden. Wir müssen aber alle unsere Verantwortung wahrnehmen, ob als EU-Mitglied oder als EU-Beitrittskandidat. Auch unsere Hauptlieferanten und unsere Mitkonsumenten - alle müssen dafür sorgen, dass die Energiedebatte zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht wird und wir in einer Welt ohne Energieprobleme leben können.

**Britta Thomsen:**

**„Erneuerbare Energiequellen und nachhaltige Energiepolitik“**

---

Britta Thomsen ist dänisches Mitglied der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament und Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Wissenschaft und Energie

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

vorab möchte ich Ihnen für die Einladung zu dieser Konferenz danken. Wenn Sie heute die europäischen Tageszeitungen lesen, werden Sie nur schwer eine Zeitung finden, in der das Thema Energie keine bedeutende Rolle spielt. In den meisten Artikeln dominiert ein Begriff: „Erneuerbare Energie“. Das ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass wir uns unserer Energiesituation immer bewusster werden. Die Menschen können diese direkt an ihren Brieftaschen und Geldbörsen ablesen, wenn sie ihre Rechnungen für Benzin und Heizkosten begleichen. Die weltweit ansteigende Nachfrage, die besonders durch den ansteigenden Energieverbrauch Chinas getrieben wird, hat zu einer neuen Situation für europäische Produzenten und Verbraucher geführt. Die hohen Energiepreise werden weiter bestehen und wenn wir nicht auf die neue Energiesituation reagieren, werden diese Preise zu einer Benachteiligung der Wirtschaft und der Bürger der Europäischen Union führen.

Das aktuelle Grünbuch der Europäischen Kommission über eine „Europäische Strategie für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ zeichnet ein eher pessimistisches Szenarium für die zukünftige europäische Energiesituation.

Die Nachfrage nach Erdöl ist seit 1994 um 20 Prozent gestiegen, die weltweite Nachfrage nach Erdöl soll jährlich um 1,6 Prozent ansteigen. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sollen, Prognosen zufolge, bis zum Jahr 2030 um 60 Prozent ansteigen. Das hat Auswirkungen

auf unser Klima. Gemäß dem Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) haben die Treibhausgasemissionen bereits zu einer globalen Erwärmung um 0,6 Grad geführt. Falls hier nichts unternommen wird, ist bis Ende des Jahrhunderts eine weitere Erwärmung zwischen 1,4 und 5,8 Grad zu erwarten.

Die europäische Importabhängigkeit zeigt ebenfalls eine ansteigende Kurve. In den nächsten 20 bis 30 Jahren werden etwa 70 % des EU-Bedarfs aus Importen gedeckt werden, heute sind es zum Vergleich 50 %. Ein Teil der Importe wird aus instabilen und unsicheren Regionen eingeführt werden müssen.

Angesichts dieser Herausforderungen haben wir verschiedene Antworten parat. Wir sprechen über Energieeffizienz, über Energiesicherheit, über Technologien zur Kohleförderung, über Kernenergie und so weiter.

Ich habe die Absicht, mich auf erneuerbare Energiequellen als eine Antwort auf die energetischen Herausforderungen zu konzentrieren. Erneuerbare Energiequellen sind in der Tat imstande, die Probleme der Energieversorgung und eines nachhaltigen Wachstums zu lösen.

Lassen Sie uns zuerst über die Energieversorgung sprechen. Hierbei geht es um die Frage: Können erneuerbare Energiequellen genügend Energie für die ansteigende Energienachfrage bereitstellen? Lassen Sie mich die Tatsache feststellen, dass erneuerbare Energiequellen ebenso wie jede andere Energiequelle in der Lage sind, die Energieversorgungsprobleme zu lösen und dabei trotzdem wettbewerbsfähig zu sein! Es ist nahe liegend, dass das Wirtschaftswachstum zukünftig auf einem ansteigenden Anteil an erneuerbaren Energieträgern basieren muss, um der Nachhaltigkeit gerecht zu werden.

Die gegenwärtige Nutzung fossiler Energieträger ist aufgrund der Tatsache, dass diese importiert werden müssen und die Umwelt

belasten, nicht ausreichend, um die Probleme der Sicherheit, der Versorgung und eines nachhaltigen Wachstums zu lösen. Des Weiteren sind nur begrenzte Mengen an fossilen Brennstoffen vorhanden. Ob diese Vorräte nun in 30, 40 oder 100 Jahren zu Ende gehen, ist hierbei nicht wirklich von Bedeutung. Sie gehen jedoch zur Neige. Das ist gewiss.

Die Nutzung von Erdgas wird immer teurer. Gegenwärtige Studien zeigen, dass Russland, der Hauptexporteur von Erdgas, aufgrund fehlender Investitionen in die Infrastruktur nicht in der Lage sein wird, die europäische Nachfrage zu decken.

Auch bezüglich der Kernenergie sind steigende Strompreise zu verzeichnen. Der Uranpreis hat sich seit 2003 von 26 US-Dollar pro Kilogramm drastisch erhöht und im Jahr 2006 einen Preis von 94 US-Dollar pro Kilogramm erreicht. Dabei sind in diesem Preis noch nicht einmal die steigenden Kosten für die Abfallentsorgung enthalten.

Energieeffizienz und Energiesicherheit sind in der Tat wichtige Gebiete, in denen die Mitgliedsstaaten und die Europäische Union noch Aufholbedarf haben und die dringend erforderlichen Strategien umsetzen müssen. Obwohl der Energieverbrauch in der Europäischen Union die Effizienz der USA um das Doppelte-, die chinesische Energieeffizienz sogar um das Fünffache übersteigt, gibt es auch hier noch eine Menge Möglichkeiten, die Energieverschwendung in Gebäuden und bei der Energieproduktion zu reduzieren.

Ein gutes Beispiel für die Bedeutung von Energiesicherheit kommt aus Dänemark, wo wir erfolgreich unser Bruttoinlandsprodukt verdoppelt haben, ohne unseren Energieverbrauch zu erhöhen! Die Frage der Energieeffizienz ist somit Gegenstand aller Energiemix-Arten und eine Strategie, die mit verschiedenen Formen der Energieproduktion kombiniert werden kann.

Das lässt mich auf den Gegenstand der Energieproduktion aus

erneuerbaren Energiequellen zurückkommen. Ich habe bereits erwähnt, dass erneuerbare Energieträger genau so wettbewerbsfähig sind, wie andere Energiequellen, und in der Lage sind, die Energieversorgung in Europa zu sichern. Das sind nicht die Worte einer „grünen Fanatikerin“, die die romantische Vision hat, dass Mutter Natur die Arbeit für uns erledigt. Nein, eine kürzliche Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt und Energie belegt, dass die erneuerbaren Energieträger in der Zukunft der beste Weg zur Bewältigung der Probleme der Energieversorgung und eines nachhaltigen Wachstums darstellen.

Die Studie wurde im Auftrag des Industrie-, Forschungs- und Energieausschusses des Europäischen Parlaments erstellt. Hierfür waren verschiedene Energieszenarien entworfen worden, einschließlich eines Szenariums, in dem Europa auf mehr Kernenergie zurückgreift, sowie eines Szenariums mit mehr Energieeffizienz und eines Szenariums mit einem höheren Anteil an erneuerbaren Energieträgern. Alle drei Szenarien wurden mit einer Situation verglichen, die entstünde, wenn die bisherigen europäischen Politiken weitergeführt würden.

Die Analyse zeigt, dass sich das auf erneuerbaren Energieträgern beruhende Szenarium im Jahr 2030 gegenüber allen anderen Szenarien bei allen gemessenen Parametern wie sinkende Importabhängigkeit, steigende Energieeffizienz und verminderte CO<sub>2</sub>-Emissionen als deutlich überlegen erwies.

Entspricht dieses jedoch der Wirklichkeit? Hier waren in der sich der Präsentation der Studie anschließenden Debatte einige kritische Kommentare zu hören. Einige waren der Meinung, dass nicht alle Länder über die entsprechenden Voraussetzungen für die Energieproduktion aus erneuerbaren Energieträgern verfügten. Andere waren der Ansicht, dass erneuerbare Energieträger weder heute noch in absehbarer Zukunft in der Lage wären, die Kohle- oder Kernkraftwerke zu ersetzen.

Es ist wahr, dass Gebiete mit hoher Sonneneinstrahlung höheren Nutzen aus der Solarstromproduktion ziehen können, und Länder, die von Gebirgsmassiven umgeben sind, die Windenergie nicht in dem Maße nutzen können, wie es in flachen Ländern in Meeresnähe der Fall ist, z. B. in meinem Heimatland Dänemark.

Es ist ebenfalls wahr, dass wir auch über die Nutzung anderer Energieträger nachdenken müssen, wenn wir den Energiemix für unsere zukünftige Energieproduktion festlegen. Es ist jedoch nicht unsere Absicht zu behaupten, dass unsere gesamte Energieproduktion den erneuerbaren Energieträgern entstammen muss! Unsere Botschaft ist die, dass erneuerbare Energieträger genau so wettbewerbsfähig sind, wie Kohle- und Kernkraftwerke. Dies ist richtig, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass in den erneuerbaren Energiequellen noch unerschlossenes Potential schlummert. Beispielsweise unterliegen Windmühlen einer immer größeren Spezialisierung, so dass diese verschiedenen Wind- und geografischen Verhältnissen angepasst werden, wobei die erhöhte Stromproduktion bei schwächeren und mäßigen Windstärken nicht vergessen werden darf. Die Studie belegt, dass beispielsweise das Windkraftpotential in den neuen Mitgliedsländern 19 Prozent der im Jahre 2020 erzeugten Stromkraft entspricht. Es wurde weiterhin errechnet, dass die erforderlichen Investitionssummen von 2002 bis 2020 um 25 Prozent sinken werden.

In Dänemark haben wir ein Jahrzehnt lang eine offensive Politik unter besonderer Berücksichtigung der erneuerbaren Energieträger geführt. Öffentliche Investitionen in erneuerbare Energiequellen und konzentrierte Forschungsarbeit haben Dänemark, während das Land seine Energieproduktion auf erneuerbare Energiequellen umgestellt hat, eine führende Position eingebracht. Heute werden 25 Prozent des dänischen Stroms aus erneuerbaren Energieträgern produziert. Unser Land hat das Potential, diesen Anteil auf 50 Prozent zu steigern.

Das größte Hindernis für die Windkraft ist der Anschlussbedarf und der Ausbau der Stromnetzinfrastuktur. Es muss dennoch eingeräumt werden, dass die Notwendigkeit von Investitionen in die Infrastruktur nicht nur für die Windenergie relevant ist, sondern allen Systemnutzern zu Gute kommt. Eine Modernisierung der europäischen Stromnetzinfrastuktur ist in der Tat für alle Arten des Energiemix erforderlich und wird in Zukunft das Potential für erneuerbare Energieträger erhöhen, nämlich dann, wenn andere Mitgliedsstaaten in der Lage sein werden, Strom aus Wasserkraft aus Norwegen, Strom aus Windkraft aus Deutschland sowie aus Sonnenkraft aus Spanien zu beziehen. Folglich sind erneuerbare Energiequellen viel besser als ihre Reputation.

Ein anderes heißes Thema sind, wenn es um erneuerbare Energiequellen geht, Biomasse und Biobrennstoffe. Die Biomasse bringt für die Stromerzeugung mehrere Vorteile, wie einen steigenden Anteil erneuerbarer Energieträger bei der Stromproduktion, eine verringerte CO<sub>2</sub>-Emissionen und verringerte Erdölabhängigkeit. Die Europäische Union deckt gegenwärtig vier Prozent ihres Energiebedarfs aus Biomasse. Falls man dieses Potential vollständig ausschöpft, könnte man diesen Anteil bis 2010 mehr als verdoppeln. Dieses ist auch im Kommissionspapier über Biomasse aus dem Jahr 2005 verankert.

Ein enormes Potential liegt in Biobrennstoffen. Während die oben erwähnten Energieträger hauptsächlich für die Energieproduktion verwendet werden, können die Biobrennstoffe in einer Industrie eingesetzt werden, die enorm energiehungrig und sehr umweltverschmutzend ist, nämlich im Verkehr. Der Verkehrssektor ist in der EU für 21 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Um die globale Erwärmung aufzuhalten und den Kriterien des Kyoto-Protokolls nachzukommen, ist es künftig zwingend erforderlich, die fossilen Brennstoffe im Verkehrswesen zu reduzieren.

Diesbezüglich ist Bioethanol aus Zuckerrohr der wettbewerbsfähige

higste Biobrennstoff. Sein Anbau erfordert tropisches Klima, was bedeutet, dass wir nicht die für den Bedarf der Europäischen Union erforderlichen Mengen herstellen können und einen Großteil aus anderen Ländern wie Brasilien importieren müssen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass wir eine Art der Energieabhängigkeit gegen eine andere eintauschen müssen. Eine der viel versprechenden Biobrennstoff-Technologien der zweiten Generation – die Verarbeitung von Holzzellulose – ist in ihrer Entwicklung bereits sehr weit fortgeschritten.

Innerhalb der Europäischen Union wurden drei Pilotwerke gebaut – in Schweden, in Spanien und in Dänemark. Andere Technologien zur Synthetisierung von flüssigen Biobrennstoffen (BtL) aus Biomasse schließen den Fischer-Tropsch-Biodiesel und Bio-DME (Dimethylether) ein. Demonstrationsanlagen sind in Deutschland und Schweden im Einsatz.

Um die groß angelegte Nutzung im Kostenbereich wettbewerbsfähiger Biokraftstoffe vorzubereiten, sind kontinuierliche Forschung und Entwicklung zur erfolgreichen Umsetzung neuer Technologien erforderlich. Die Europäische Plattform über Biokraftstoffe sowie andere Technologieplattformen können bei der Umsetzung dieser Vorhaben eine entscheidende Rolle spielen. Die Anstrengungen sollten ebenfalls durch die Entwicklung geeigneter Ausgangsmaterialien und die Erhöhung der Auswahl an Rohmaterialien unterstützt werden, die zur Herstellung von Biokraftstoff verwendet werden können.

Fortgeschrittene Biokraftstoff-Technologien könnten ebenfalls ein Sprungbrett zur Herstellung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energieträgern sein, was die Aussicht auf einen nahezu emissionsfreien Verkehr eröffnen würde. Wie auch immer, Wasserstoff-Kraftstoffzellen und neue Antriebstechnologien erfordern enorme Investitionen in Anlagen, um den Wasserstoff herzustellen und ein neues Verteilersystem zu etablieren. Das bedeutet, dass eine Verla-



gerung in Richtung Wasserstoff-Technologie zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine groß angelegte Langzeitstrategie erforderte.

Was enthält die Europäische Strategie und welche Schritte sollten hinsichtlich der erneuerbaren Energieträger gemacht werden?

Seit 1997 arbeitet die Europäische Union an der Verwirklichung des ehrgeizigen Ziels, bis zum Jahr 2010 einen Zwölf-Prozent-Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoinlandsverbrauch zu erreichen. Bedauerlicherweise kommt dieser Prozess nur sehr schleppend voran. Im Jahre 1997 belief sich der Anteil erneuerbarer Energien auf 5,4 Prozent, im Jahre 2006 ist dieser gerade einmal auf sechs Prozent angestiegen. Im Turmes-Bericht konstatierte das Europäische Parlament, dass die erneuerbaren Energien einen beträchtlichen und steigenden Anteil an unserem Energiemix einnehmen könnten und sollten. Die fehlende Umsetzung von Richtlinien über erneuerbare Energien sollte nicht als Aufforderung für bremsende politische Entwicklungen gewertet werden. Im Gegenteil: Eine weitere Konzentration von Ressourcen ist erforderlich.

Das aktuelle Grünbuch der Kommission unterstreicht die Notwendigkeit eines sofortigen Handelns, wenn die Europäische Union ihre Energieversorgung für die nächsten Jahre sichern und den Anforderungen des Kyoto-Protokolls nachkommen will. Meine Fraktion, die Europäischen Sozialdemokraten, setzt sich für bindende Vorgaben für eine geringere Energieproduktion auf Kohlebasis und mehr erneuerbare Energien im Grünbuch ein. Wir müssen heute über eine Langzeitstrategie verfügen, um der globalen Erwärmung entgegenzuwirken und die Auswirkungen der ansteigenden Temperaturen auszugleichen. Wir müssen handeln, um unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Jedoch nichts kommt von allein!

Um die angestrebten Ziele im Bereich erneuerbarer Energien sowie die europäischen Klima- und Versorgungssicherheitsziele zu erreichen, sind weitere Forschungen für eine breite Vielfalt von

Technologien zur Produktion erneuerbarer Energien erforderlich. Wir müssen begreifen, dass alle nicht voll entwickelten Energietechnologien in den ersten Entwicklungsjahren verschiedenartiger Unterstützung bedürfen.

In Bestätigung dessen fokussiert die Resolution des Parlaments vom 29. September 2006 hinsichtlich einer verstärkten Finanzierung erneuerbarer Energiequellen sowie der Energieeffizienz ebenfalls auf die Erfordernisse des Siebten Rahmenprogramms für Forschung und technische Entwicklung (für den Zeitraum 2007-2013) und fordert im Rahmen der spezifischen Programme des FP7 die Bereitstellung umfangreicher Finanzmittel für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Eine festgelegte Aufteilung des Budgets würde das Risiko einer diskontinuierlichen Finanzierung der Forschung verringern und könnte so die erforderlichen Sicherheiten bieten, um die Industrie von langfristigen strategischen Investitionen in Technologien zur Gewinnung erneuerbarer Energie zu überzeugen.

Heizung und Kühlung auf der Basis erneuerbarer Energiequellen sind im ansonsten beeindruckenden politischen Rahmenprogramm über erneuerbare Energien, das im vergangenen Jahr verabschiedet wurde, der einzig fehlende Sektor. Aber der Heizungs- und Kühlungssektor schluckt fast 50 Prozent des gesamten primären Energieverbrauchs. Im Gegensatz zu Biokraftstoffen und Stromsektor jedoch, wo klar formulierte Ziele und Strategien verabschiedet wurden, hat die Europäische Union bisher keine konkrete Linie für den Heizungs- und Kühlungssektor entworfen.

Das Europäische Parlament hat hier versucht, aktiv zu werden. Auf Eigeninitiative des Parlaments wurde von Frau Mechthild Rothe ein Bericht über „Heizung und Kühlung auf der Grundlage erneuerbarer Energiequellen“ verfasst, der Anfang des Jahres 2006 vom Parlament verabschiedet wurde. Bisher gibt es seitens der Kommission keine Reaktion. Das Parlament hofft, dass wir einen Pro-

zess ins Rollen gebracht haben, der für einige der erforderlichen EU-Politiken sorgen wird.

Daher, sehr geehrte Damen und Herren, befinden wir uns in einem entscheidenden Augenblick in der Geschichte der Energieversorgung. Ist, literarisch ausgedrückt, Licht am Ende des Tunnels zu sehen, oder bewegen wir uns in Richtung ewiger Finsternis? Jeden Tag begegnen uns neue Geschichten, die uns die enorme Aufgabe vor Augen halten, der wir hinsichtlich der zukünftigen europäischen Energieversorgung gegenüberstehen. Die Erdöl- und Erdgaspreise klettern in die Höhe und nur wenige erwarten in absehbarer Zukunft einen Preisrückgang. Das Risiko von Versorgungslücken nimmt zu, wie wir in den ersten Wochen dieses Jahres anhand des Gaskonflikts zwischen Russland und der Ukraine feststellen mussten. Gleichzeitig wächst unsere Nachfrage, während die eigenen konventionellen Energieressourcen Europas allmählich zur Neige gehen.

Ich glaube mit allem Ernst, dass erneuerbare Energien genau so wettbewerbsfähig sind, wie alle anderen von uns genutzten Energieträger. Die Wissenschaft und aktuelle Entwicklungstendenzen lassen mich diese Behauptung aufstellen. Die Frage stellt sich, wo wir als Politiker Prioritäten setzen. Wir müssen sicherstellen, dass Energie für unsere Bürger verfügbar ist. Wir müssen weiterhin dafür sorgen, dass unsere Energieversorgung für die europäischen Haushalte und Unternehmen erschwinglich ist. Und letztendlich müssen wir sicherstellen, dass unsere Energieversorgung umweltverträglich ist und wir keine ökologische Zeitbombe legen, deren Entschärfung zukünftigen Generationen Kopfzerbrechen bereiten wird. Mit anderen Worten: Wir tragen heute auch die Verantwortung für die Europäer der Zukunft. Angesichts der gegenwärtigen Energiesituation stehen wir einer enormen Aufgabe gegenüber.

Ich bin davon überzeugt, dass es mit dem Willen in unseren Herzen und der Entschlossenheit in unserer Stimme möglich ist, diese Herausforderung zu meistern und ein Europa zu schaffen, in dem

Energieproduktion und Energieverbrauch durch Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gekennzeichnet sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine erfolgreiche Konferenz.

**Galina Toschewa:**  
**„Die Energiepolitik Bulgariens“**

---

Galina Toscheva ist Stellvertretende Ministerin für Wirtschaft und Energiewirtschaft in der bulgarischen Regierung

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie mir zuerst hervorzuheben, dass es für mich eine Ehre ist, an dieser, von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Konferenz zum Thema „Die Schwarzmeerkooperation – Energieversorgung und Energiesicherheit“ teilzunehmen, die für Bulgarien, die Europäische Union und die Staaten der Schwarzmeerregion von großer Bedeutung ist. Von Bedeutung vor allem auf Grund der Tatsache, dass Bulgarien als Schwarzmeeranrainer im Rahmen der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeerregion“ seit jeher aktiv an Initiativen im Energiesektor sowie an der Realisierung grundlegender Infrastrukturprojekte in der Schwarzmeerregion und Südosteuropa teilnimmt .

Die Frage der Energiesicherheit, dem Hauptthema der heutigen Initiative, ist ein grundlegendes Element der nationalen Energiepolitik aller Staaten. Die grundlegenden Prioritäten der bulgarischen Energiepolitik sind auf die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen nationalen, regionalen und gesamteuropäischen Energiemarktes unter Beachtung des Umweltschutzes und der Gewährleistung einer

sicheren Energieversorgung gerichtet. Die im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen unter Kapitel 14 „Energiewirtschaft“ von Bulgarien eingegangenen Verpflichtungen haben zu einer beschleunigten Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Energiesektor beigetragen, die erforderlichen Reformen wurden durchgeführt und Maßnahmen zur Liberalisierung des Energiemarktes eingeleitet.

Bulgarien beteiligt sich aktiv an der EU-Debatte über die neue Energiepolitik der Gemeinschaft und unterstützt die dem neuen Grünbuch „Europäische Strategie für eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energie“ vom 8. März 2006 zugrunde liegenden Prioritäten und Ziele. Die im Grünbuch identifizierten sechs prioritären Bereiche (Vollendung des EU-Binnenmarktes, breiter Energiemix, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zwecks Energiesicherheit, nachhaltige Entwicklung, Innovationen, gemeinschaftliche Energieaußenpolitik der EU) entsprechen vollkommen der bulgarischen Vorstellung über die zukünftigen Entwicklungstendenzen im Energiebereich.

Bulgarien leistet einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung eines regionalen Energiemarktes der Länder Südosteuropas und hat entscheidend zur Unterzeichnung des Gründungsvertrages der Energiegemeinschaft Südosteuropa am 25.10.2005 und dessen Inkrafttreten am 1. Juli 2006 beigetragen.

In verschiedenen Zeitabschnitten der letzten Jahre deckte Bulgarien zwischen 45 und 100 Prozent des Energiedefizits der Netto-Importeure Südosteuropas und leistete damit einen bedeutsamen Beitrag zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der Region. Die regionale Bedeutung des bulgarischen Energiesektors wird weiterhin durch die Tatsache untermauert, dass ein wesentlicher Anteil der in Südosteuropa getätigten Investitionen im Energiebereich in Bulgarien realisiert wird. In diesem Jahr werden im bulgarischen Energiesektor laufende Projekte mit gesicherter Finanzierung in einem Gesamtwert von 3,2 Milliarden Euro rea-

lisiert, bis Ende 2007 wird ein Investitionsvolumen von mehr als 6 Milliarden Euro erwartet, wobei ein bedeutender Anteil dieser Investitionen von privaten und öffentlichen Unternehmen ohne staatliche Garantien getätigt wird.

Angesichts des zu erwartenden Anstiegs der Energiepreise, der zunehmenden Unterschiede in den Preisniveaus der Länder und der wachsenden Notwendigkeit von Investitionen stellt sich hier in erster Linie die Frage, auf welche Weise ein höheres Niveau an Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden kann, um eine höhere Effizienz und eine bessere Qualität der Energiedienstleistungen zu erreichen und gleichzeitig jedem Beteiligten maximalen Nutzen aus dem Energiebinnenmarkt zu sichern.

Im Rahmen der mannigfaltigen Herangehensweisen, die die entsprechenden Europäischen Richtlinien einräumen, muss jeder Staat seine eigenen spezifischen Lösungen zur Erhöhung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit finden, die - im Hinblick der Schaffung von Bedingungen für einen steigenden Wohlstand der Verbraucher - auf Analysen sowie der Anwendung bewährter Praktiken, einschließlich Umstrukturierungen, basieren müssen.

Ein grundlegendes Prinzip ist die Vertiefung der regionalen Integration, die Beseitigung von physischen und Handelsschranken für Energielieferungen zwischen Nachbarstaaten, was zu einer breiteren Diversifizierung der Versorgungsstruktur, einer höheren Marktliquidität und einer aktiveren gegenseitigen Unterstützung zur Überwindung negativer äußerer Einflüsse auf Lieferkosten und Versorgung beitragen wird.

Ein erhebliches Problem für Europa, ein noch größeres jedoch für Bulgarien und die Region, ist die Findung geeigneter Mechanismen zur Umsetzung der Europäischen Umweltrichtlinien, einschließlich der sich aus der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls ergebenden Verpflichtungen. Ein grundlegendes Ziel sind gezielte

Anstrengungen zur Erreichung wettbewerbsfähiger Positionen der Kohleindustrie.

Die nationalen Ziele der bulgarischen Energiepolitik sind in Einklang mit diesen regionalen und nationalen Tendenzen auf effiziente und bezahlbare Energiedienstleistungen ausgerichtet, die das Wirtschaftswachstum fördern und zur sozialen Prosperität der Bevölkerung beitragen sollen. Die bezüglich der Schaffung eines funktionierenden und zuverlässigen Energiemarktes anstehenden Veränderungen erfordern koordiniertes Handeln auf regionaler Ebene.

Bei der Überwindung von physischen Barrieren und Handelschranken sowie bei der Sicherung eines gleichberechtigten Zugangs zur Energieinfrastruktur sind die derzeit im bulgarischen Energiesektor stattfindenden Umstrukturierungen in Einklang mit den EU-Richtlinien für Elektrizität und Gas und für Netzbetreiber zu bringen. Dies soll klare und faire Regeln für den Netzzugang sichern und einen möglichen Missbrauch seitens bestimmter Strukturen – natürlicher Monopolisten – vor allem durch eine effektive regulatorische Aufsicht verhindern. Weitere Umstrukturierungen in der Folgezeit beabsichtigen in Einklang mit europäischen Praktiken, bei Einhaltung der Wettbewerbsregeln und einer klar reglementierten Marktrolle der Beteiligten den Zusammenschluss von Unternehmensstrukturen.

Eine außerordentliche Bedeutung wird der effektiven regulatorischen Kontrolle zukommen, da es von den diesbezüglichen Anstrengungen der Regulierungsbehörde abhängen wird, inwieweit die Entwicklung des Binnenmarktes gefördert wird. Zusätzliche Marktoptionen auf Regulierungsniveau werden in der Folgezeit zu einer wesentlichen Verringerung des Handelsrisikos und wachsender Konkurrenz beitragen.

In Bezug auf den Umweltschutz und die Erfüllung der ökologischen Verpflichtungen - ohne dass diese die Wettbewerbsfähigkeit

der bulgarischen Energiewirtschaft beeinträchtigen - konzentrieren wir unsere Anstrengungen auf die Erfüllung langfristiger ökologischer Verpflichtungen auf nationalem Niveau, deren Allokation auf Sektorebene und entsprechend auf Unternehmensebene – den eigentlichen Umweltverschmutzern. Die nächste wichtige Aufgabe ist die Erstellung eines Gutachtens über die Finanzparameter der ökologischen Verpflichtungen und die Erarbeitung geeigneter Finanzmechanismen für Umweltinvestitionen sowie die Förderung von Mechanismen für den Emissionshandel. Daher ist das bulgarische Interesse auf eine schnelle Realisierung von Rehabilitations- und Modernisierungsprojekten bereits bestehender Produktionskapazitäten gerichtet. Gleichzeitig wird den Projekten zur Schaffung neuer Kapazitäten, wie dem Atomkraftwerk „Belene“, dem Wärmekraftwerk „Mariza-Iztok 1“ und dem Wasserkraftwerk „Zankow Kamak“ sowie Projekten zur Erweiterung und Modernisierung des nationalen Stromleitungsnetzes besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Eine weitere Priorität ist die Entwicklung ökologischer Alternativen, mit der Beschleunigung der Gasfernversorgung mittels Entwicklung eines Gasverteilernetzes, der Förderung der Stromerzeugung aus Wasserkraft mit dem Ziel, bis 2011 einen Anteil von 11% des Gesamtstroms aus Wasserkraft zu produzieren, mit einer nachhaltigen Entwicklung des Fernwärmemarktes und mit der Förderung einer kombinierten Produktion von Elektro- und Wärmeenergie.

In dieser Beziehung wird auch der Energieeinsparung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hinsichtlich der Energieeinsparung haben wir noch großen Nachholbedarf, wofür koordiniertes Handeln zur Erreichung folgender Ziele erforderlich ist: höhere Effektivität bei der Nutzung primärer Energieressourcen zur Wärmeversorgung der Endverbraucher, höhere Effizienz der Energieumwandlung sowie die Förderung von energieeffizienten Investitionen seitens der Endverbraucher. Eine rechtzeitige Mobilisierung dieser



neuen, modernen Energiequelle wird sowohl zu einer ansteigenden Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, als auch zu einer Entlastung im Bereich der Umweltverschmutzungen beitragen und ein wirtschaftliches Wachstum bei einem geringern Anstieg des Stromverbrauchs ermöglichen.

An nächster Stelle werden zusätzliche Anstrengungen zur Gewinnung neuer Investitionen unter Marktbedingungen unternommen. Ein Hauptziel ist die Ausrichtung der Investitionsaktivitäten des Landes auf die Förderung grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte, die im Vorfeld unseres Beitritts zur Aufhebung physischer Barrieren beitragen und die Vorteile unserer günstigen geografischen Lage im Rahmen der Beteiligung Bulgariens an den gemeinschaftlichen Energiebinnenmärkten optimieren werden.

Analysen zeigen, dass die Bekämpfung der Abhängigkeit von Energieimporten die verstärkte Suche nach Mechanismen zur Gewährleistung der Sicherheit von Energielieferungen, vor allem mittels Möglichkeiten zu deren Diversifizierung erfordert. Diesbezüglich wurden von der Regierung die laufenden Infrastrukturprojekte von besonderer Bedeutung in der „Nationalen Strategie zur Entwicklung der Infrastruktur“ ab 2006 erfasst. Hierbei handelt es sich um folgende Projekte:

*Im Bereich Elektroenergie sind die Projekte entlang des Europäischen Korridors Nr. 8 (Bulgarien – Republik Mazedonien – Albanien – Italien) für Bulgarien von prioritärer Bedeutung, einschließlich der sich im Bau befindlichen E-Leitung zwischen der Verteilerstation Tschervena Mogila (Bulgarien) und der Verteilerstation Stip (Republik Mazedonien), sowie der zweiten E-Leitung zwischen der bulgarischen Verteilerstation Maritza-Iztok und den griechischen Verteilerstationen Philipi oder Nea Santa.*

*Im Bereich Erdgas ist die Umsetzung des auch für die Europäische Union prioritären Erdgasleitung-Projektes „Nabucco“ zum jetzi-*

gen Zeitpunkt die grundlegende Möglichkeit für eine zukünftige Diversifizierung der Erdgas-Bezugsquellen des Landes. Bulgarien gehört zu den Hauptteilnehmern des Projektes, dessen Realisierung den Transport von Erdgas aus dem kaspischen Raum, dem Iran, Irak und Ägypten (nach Anschluss der trans-arabischen Erdgasleitung) über die Türkei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn nach Österreich und von dort aus nach Zentral- und Westeuropa gewährleisten soll.

Bulgarien misst auch den *Gaspipeline-Projekten entlang des Europäischen Korridors Nr. 8* (Bulgarien - Republik Mazedonien – Albanien - Italien), der so genannten *Trans-Adriatischen Gaspipeline*, prioritäre Bedeutung zu, was aus der am 4. Oktober 2006 zwischen Enel und Bulgargaz unterzeichneten Absichtserklärung über die Unterstützung der Umsetzung dieses Projektes seitens Bulgariens hervorgeht.

Im Bereich *Erdöllieferungen* arbeitet Bulgarien an der Realisierung der beiden für Südosteuropa, die Europäische Union und die Schwarzmeerregion strategischen Projekte – *den Erdölleitungen „Burgas-Alexandropolis“ und „Burgas-Republik Mazedonien-Vlora“ (AMBO)*, wobei der Bau diese Erdölpipelines in wirtschaftlicher und geopolitischer Hinsicht einen außerordentlich hohen Stellenwert einnimmt.

Angesichts der aufgezeigten Ziele sowie der realen Möglichkeiten zu deren Verwirklichung, erfordert die wettbewerbsfähige Positionierung und die wirtschaftlich fundierte Beteiligung Bulgariens an diesen grenzüberschreitenden Initiativen enorme nationale Anstrengungen und Mittel. Langfristig gesehen wird jedoch die Umsetzung dieser Projekte zu unserer praktischen Integration in den regionalen und gemeinschaftlichen Energiemarkt der Europäischen Union beitragen.

**Tatjana Starodub:**  
**„Die Politik der Ukraine im Bereich Energiewirtschaft“**

---

Tatjana Starodub ist Chefberaterin der Abteilung für globale Sicherheit und euro-päische Integration am Nationalen Institut für Probleme der internationalen Sicherheit beim Nationalrat für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine

---

Sehr geehrte Damen und Herrn!

Der Prozess der Neukonzipierung von Platz und Rolle der Energiesicherheit im gesamten Schutzsystem nationaler Interessen, im Zusammenhang mit den anderen Systemen zum Schutz nationaler Interessen und im Zusammenhang mit den anderen Subsystemen der nationalen Sicherheit ist noch nicht abgeschlossen. Er wird durch die Entwicklung der Rahmenbedingungen auf den unterschiedlichen Gebieten geprägt und deckt vorläufig nicht alle Realitäten der sozialpolitischen und Integrationsprozesse, die in den letzten Jahren in der Ukraine stattfanden. Grundsätzlich muss die Definition des Begriffes „Energiesicherheit“ nach Branchen konkretisiert werden. Dabei hat man manchmal den Eindruck, dass der Begriff „Energiewirtschaft“ nur die gewinnbringenden und die Energie erzeugende Branchen (GEB) meint.

Wir schlagen für Energiesicherheit (der Ukraine) folgende Definition vor, da sie alle die Energiewirtschaft betreffenden Fragen enthält: Energiesicherheit ist die Gesamtheit von Bedingungen zur Sicherung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Ukraine bei der Beschaffung von Energieressourcen, bei der Sicherung einer stabilen und harmonischen sozialen und politischen Entwicklung der Gesellschaft, bei Befriedigung des laufenden und zukünftigen Bedarfs an Energie mit guter Qualität und zu wirtschaftlich erschwinglichen Preisen, unter Berücksichtigung des Funktionierens der GEB in Krisenfällen und der Fähigkeit des Staates, derartigen Situationen, die durch interne

oder externe Faktoren verursacht werden, zu begegnen.

*Gefahren für die Energiesicherheit der Ukraine im Bereich Elektroenergie:*

- hohes Exportvolumen und nichtoptimale Konfiguration der Infrastruktur des Stromnetzes;
- ungünstige Struktur der Energie erzeugenden Kapazitäten im Rahmen des gesamten elektrischen Energiesystems der Ukraine bezüglich des Verhältnisses zwischen den Kapazitäten für den Basisverbrauch und dem Verbrauch in Spitzenbelastungszeiten zur Regulierung des nicht gleichmäßigen Verbrauchs im Rahmen eines Tages oder bedingt durch die Jahreszeit, sowie die Frequenz und das geplante Importvolumen von elektrischer Energie;
- katastrophaler Verschleiß von Maschinen in der Wärmeenergieerzeugung;
- Kürzung der Energieerzeugung von Wärmekraftwerken und näher rückende Termine zur Schließung von Energieeinheiten (in der Mehrzahl der Kernkraftwerke).

*Die Entwicklung von negativen Tendenzen im staatlichen Energiesystem kann in der Zukunft zu diesen Folgen führen:*

- Defizit an Kapazitäten für die Energieversorgung der Volkswirtschaft, was zu einer Abhängigkeit von Importen von Energieträgern führen würde;
- schlechte Wirtschaftsdaten in der Branche;
- negative ökologische Folgen durch die Absonderung von Staub durch unsere GEB, was auf Grund hoher ökologischer Ansprüche der EU und grenzüberschreitender Schadstoffemissionen die Prozesse der europäischen Integration behindern kann.

Eine sehr effektive Möglichkeit für die Lösung der oben genannten Probleme ist die Entwicklung von dezentralisierten Energiekapazitäten im Rahmen der regionalen Energiesysteme in der Struktur der GEB.

Voraussetzung für die Errichtung von dezentralisierten Kapazitäten für die Energieerzeugung ist ihre Stationierung in der Nähe der Verbraucher. In diesem Fall ist der Bau von Hochspannungsnetzen (HSN) nicht erforderlich.

*Die Entwicklung einer dezentralisierten Energiewirtschaft führt zu:*

- geringeren Verlusten bei der Stromlieferung für die Verbraucher;
- einer Verminderung der Investitionen für Aufbau und Instandhaltung der Netzinfrastruktur für Energie sparende Betriebe.

Damit haben wir einen Überblick über die inneren Aspekte der Energiepolitik. Aber im Prozess der Realisierung der neuen Regionalpolitik der Ukraine einschließlich des Energiesektors muss man den konkreten Projekten in der Schwarzmeerregion besondere Aufmerksamkeit schenken. Es geht um das ukrainische Projekt „Energie- und Verkehrsbrücke der Donauregion“. Dieses Projekt wurde der Ukraine von den GUAM – Mitgliedsstaaten (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien) im Jahr 2005 vorgeschlagen. In diesem Kontext muss man einen Absatz aus dem Protokoll des Treffens der Minister für Wirtschaft, Energiewirtschaft und Verkehr und den Leitern der Zollbehörden der GUAM–Staaten vom 22. Mai 2006 zitieren und zwar: „...den Regierungen der GUAM–Länder vorzuschlagen, innerhalb von 3 Monaten das Konzept des Wirtschaftsprojektes ‘Energie- und Verkehrsbrücke der Donauregion’ zu analysieren und Vorschläge zu einer Weiterentwicklung und zur Koordinierung an die ukrainische Seite weiterzuleiten.“

*Das Projekt „Energie- und Verkehrsbrücke der Donauregion“ ist auf die Lösung folgender Grundaufgaben gerichtet:*

- Konsequente Durchführung konkreter praktischer Maßnahmen, um aktuelle Probleme der GUAM–Länder zu lösen und die politische, wirtschaftliche und energetische Sicherheit der Mitglieder zu steigern;

- stufenweiser Aufbau der technischen und der Rohstoffbasis, um in die Lage zu kommen, die Souveränität der GUAM-Länder im Energiebereich zu sichern und die Verkehrs- und Kommunikationskapazitäten sowie die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu erweitern;
- Erarbeitung einer koordinierten Strategie der GUAM-Länder mit dem Ziel einer abgestimmten Politik in den Bereichen Energiewirtschaft, Verkehr und Kommunikation unter außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Aspekten.

*Prioritäten des Projektes und seiner Realisierung sind:*

- Schaffung von Voraussetzungen für eine Energieunabhängigkeit und Steigerung des Niveaus der Energiesicherheit der GUAM-Länder;
- Entwicklung gemeinsamer Energiemärkte und ihre Liberalisierung;
- Optimierung der Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen auf der Basis moderner Logistik und Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur;
- Unterstützung bei der Lösung wirtschaftlicher und sozial-politischer Probleme der GUAM-Länder.

*Projektgrundlinien:*

- Im Bereich energetische Unabhängigkeit und Steigerung der Energiesicherheit der GUAM-Länder:
- Erweiterung der geologischen Suche im Nordwestschelf des Schwarzen Meeres nach Erdöl und Gas, Förderung der Rohstoffe und Entwicklung der Infrastruktur für deren Transport und Verarbeitung;
- Optimierung und Steigerung der Zuverlässigkeit des Stromnetzes unter Voraussetzung einer Eingliederung in das Netz der SMWK- (Schwarzmeer Wirtschaftskooperation) Länder;
- Aufbau eines Systems für strategische Energieressourcen (Erdöl und Erdölprodukte) zur Vorbeugung vor Krisensituationen;
- Aufbau einer produktionstechnologischen Infrastruktur für die

Produktion von Energieressourcen auf der Basis eigener Rohstoffe, Abfälle und anderer nichtkonventioneller Energiequellen.

*Im Bereich Entwicklung gemeinsamer Energiemärkte und ihrer Liberalisierung:*

- Analyse und Beseitigung vorhandener Streitigkeiten im Bereich des Transports von Energie zwischen den GUAM-Ländern;
- Aufbau zusätzlicher Energiekapazitäten zur Optimierung des Energieverbrauchs in der Donauregion und Erweiterung des Exportpotentials in Richtung Rumänien → Balkan → Türkei;
- Formulierung der Prinzipien und Grundlagen für den Aufbau gemeinsamer Energiemärkte in der Schwarzmeer-Donau-Region.

*Im Bereich Optimierung der Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen:*

- Analyse und Beseitigung vorhandener Streitigkeiten im Bereich der Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen der GUAM-Länder, mit dem Schwerpunkt auf der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit;
- Entwicklung neuer logistischer Projekte mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit der GUAM-Länder am Verkehrs- und Kommunikationsleistungsmarkt zu steigern, sowie den Transitverkehr Ostsee → Schwarzes Meer in Richtung Europa → Zentralasien → Kaukasus mit maximaler Einbindung der vorhandenen Substanz in Richtung Zentralasien → Donauregion → Zentraleuropa zu optimieren;
- Voraussetzungen für eine Teilnahme der GUAM-Länder an den Projekten der SMWK für den Schwarzmeerverkehrsring zu schaffen;
- im Bereich der Unterstützung zur Lösung anderer Probleme und Konflikte:
- Im Sozial- und Humanitärbereich müssen Voraussetzungen für eine sichere Versorgung der Gesellschaft mit Energieressourcen und Verkehrs- und Kommunikationsleistungen nach europäischen Normen geschaffen werden;

- im Wirtschaftsbereich müssen Voraussetzungen für ein stabiles und zuverlässiges Funktionieren der Volkswirtschaften der GUAM-Länder und ihrer Regionen geschaffen werden;
- im Bereich Konflikte müssen Mechanismen geschaffen werden, die Auseinandersetzungen bei der Realisierung konkreter Projekte von der politischen Ebene auf die Ebene der allgemeinen Wirtschaftsinteressen verlagern.

*Die Mechanismen zur Realisierung der Projekte* enthalten auch eine *organisatorische Unterstützung*, die politische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Aspekte umfasst.

*Politischer Teil:*

- Unterstützung bei der Realisierung des Projektes auf dem Niveau der Parlamentarischen Versammlung der GUAM-Länder
- Unterstützung bei der Realisierung des Projektes durch das Komitee der nationalen Koordinatoren der GUAM – Länder
- Begleitung des Projektes durch den Sicherheitsrat der GUAM – Länder.

*Wirtschaftlicher Teil:*

- Gründung einer Agentur für Energie der GUAM – Länder – einer Organisationseinheit für den Entwurf und die Realisierung einer einheitlichen regionalen und zwischenregionalen Politik für die Bearbeitung und Abstimmung der Vorschläge der entsprechenden nationalen Arbeits- und Expertengruppen bezüglich Realisierung der Projekte im Bereich Energie, Organisation und Koordinierung der Handels- und Produktionstätigkeiten in dieser Richtung;
- Gründung eines Internationalen Zentrums für Verkehr, Kommunikation und Logistik der GUAM-Länder - einer geschäftlichen Organisationseinheit, die für Fragen der effektiven Beziehungen in den Bereichen Verkehr, Kommunikation, Handel und Wirtschaft zuständig ist;
- Begleitung des Projektes durch die bevollmächtigten Gremien



der Regierungen der GUAM-Länder.

*Wissenschaftlich-technischer Teil:*

- Gründung eines internationalen wissenschaftlich-technischen Zentrums für Energetik – einer gemeinsamen Organisationseinheit für die Organisation und Durchführung von F&E, die Produktion von Ausrüstungen und Schulung von Personal für die GUAM – Länder.

*Rechtliche Rahmenbedingungen:*

- Sicherstellung entsprechender Normen, Richtlinien usw., die für die GUAM-Länder bindend sind, sowie internationale Richtlinien und Normen der nationalen Gesetzgebung;
- Schaffung rechtsförmiger Prozeduren für die Buchführung über die Tätigkeit am Ort der Realisierung des Projektes laut Protokoll Nr.2 der Europäischen Rahmenkonvention über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den territorialen Kommunen oder den Vertretern des Staates bei einer interterritorialen Zusammenarbeit.

*Wissenschaftlich-methodologische und wissenschaftlich-technische Unterstützung:*

- Formulierung der Grundlinien und Prinzipien der Organisation des Börsenhandels als eines immanenten Bestandteils beim Aufbau der Marktinfrastruktur in der Energiewirtschaft;
- Formulierung der konzeptuellen Grundlagen beim Aufbau eines Systems von Energiereserven und vor allem von Erdöl;
- Vorbereitung und Begleitung der Implementierung von energiesparenden Technologien;
- Implementierung von nichtkonventionellen Energiequellen, um eine Unabhängigkeit von Importen im Energiebereich der GUAM – Länder sicherstellen zu können.

*Die Informations-statistische Unterstützung* bei der Realisierung des Projektes sieht die Schaffung eines effektiven Systems für

Monitoring, Produktion, Beschaffung, Transport, Verbrauch und Bezahlung für den Verbrauch der Energieressourcen und die Bereitstellung von Verkehrs- und Kommunikationsleistungen durch folgende Maßnahmen vor:

- Gründung einer internationalen GUAM-Datenbank;
- Gründung eines Internationalen Zentrums für Prognosen und Analysen beim GUAM-Informationsbüro.

*Unterstützung im Bereich Produktion und Technologien:*

- Entwicklung der Infrastruktur – Verkehr und Kommunikation - in den GUAM-Ländern,
- Erweiterung der Kapazität des Donau–Schwarzmeer-Kanals, um die wirtschaftlichen Präsenz der GUAM-Länder in den anderen Staaten der Schwarzmeerregion und im europäischen Markt zu fördern;
- Aufstellung neuer Energiekapazitäten und Entwicklung des Potentials für Export und Transit von Energieträgern;
- Zusammenarbeit mit Unternehmen bei der Herstellung von Spezialausrüstungen.

*Die Basis von Material und Technik wird gesichert durch:*

- existierende und neue zusätzliche Kapazitäten der GUAM-Länder;
- maximale Ausnutzung der nationalen Wirtschaftskomplexe, Lizenzen;
- Import von Ausrüstungen, falls keine eigene Produktion vorhanden ist.

*Finanzierung:*

- Budget der GUAM-Länder;
- Stabilisierungsfonds, der aus den Einnahmen aus Produktions-tätigkeit und Handel finanziert wird;
- Mittel der neu gegründeten GUAM-Investitionsbank;
- ausländische Investitionen.

*Erwartete Ergebnisse:*

- Steigerung des Niveaus der Sicherheit in den Bereichen Poli-

- tik, Wirtschaft und Energie;
- neue Perspektiven in der Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern;
  - Entwicklung der Zusammenarbeit im Rahmen von SMWK;
  - neue zusätzliche Möglichkeiten zur Entwicklung der Ostsee-Schwarzmeer-Allianz;
  - Konkretisierung und Verbesserung der Energiesparte in der Außenpolitik der GUAM-Länder;
  - zusätzliche Möglichkeiten zur Lösung von Streitigkeiten und ungelösten Konflikten.
  - Auf dieser Weise kann nach der Realisierung des Projektes „Energie- und Verkehrsbrücke der Donauregion“ eine einflussreiche regionale Organisation in den Bereichen Außenpolitik und Wirtschaft geschaffen werden.
  - Es gibt ein weiteres Projekt, welches man im Detail betrachten sollte und zwar die *Pipeline Odessa (Ukraine) – Brodi (Ukraine) – Plozk (Polen)*.

*Nach Überzeugung der Ukraine ist dieses Projekt in der Lage:*

- zusätzliche Mengen von Erdöl aus der kaspischen Region heranzuschaffen und mit zusätzlichen 9 – 14 Millionen Tonnen in Richtung Zentraleuropa, Ostseeregion und Skandinavien zu transportieren, um so die Kapazität des Kaspischen Pipeline Konsortiums besser auszulasten,;
- die Verkehrsbelastung der türkischen Meerengen um 28 - 45 Prozent zu senken.

*Aus politischer Sicht ist die Ukraine der Auffassung, dass die Realisierung dieses Projektes weiter zu folgenden Ergebnissen führen wird:*

- Diversifizierung nicht nur der Wege der Erdöllieferungen nach Europa, sondern durch die Eröffnung von Möglichkeiten für andere Produzenten, Energieträger nach Europa, Skandinavien und in die Ostseeländer zu liefern, auch eine Diversifizierung der Energiequellen;

- Entwicklung der Marktmechanismen für die Energielieferung, ihre Liberalisierung und die Abschaffung der Monopolstellung Russlands;
- endgültige Lösung der Energiesicherheitsprobleme der Länder Osteuropas; zuverlässige Lieferungen, Senkung der EU-Kosten für die Einhaltung der europäischen Normen in den neuen Mitgliedstaaten;
- Senkung der politischen Risiken infolge der Abhängigkeit Europas von russischen Erdöllieferungen.

Offensichtlich erfordert dieses Projekt eine neue Formulierung, um eine Balance der Interessen beider Seiten sicherzustellen. Dies gilt nicht nur für das traditionelle „Interessen-Dreieck“ vergangener Jahre: „Hersteller – Transporteur – Verbraucher“ ungeachtet, ob Vereinbarungen und Verträge vorhanden sind oder nicht. Wir sind der Auffassung, dass das Konzept heute etwas anders aussehen kann.

Wir schlagen vor, in Osteuropa und im eurasischen Raum ein transnationales Industrie- und Technologie-Konsortium zu gründen, auch mit der Teilnahme der Ukraine. Dieses Konsortium könnte auf dem Niveau einer staatlich-privaten Partnerschaft eine komplexe Aufgabe erfüllen: von der Gewinnung, über Energietransporte, Energietransit, Ölverarbeitung, Ölchemie, Chemie bis hin zu anderen Tätigkeiten in der Branche, sowie Erforschung und Gewinnung von Kohlewasserstoffprodukten in den mit dem Projekt verbundenen Territorien. Hierbei, bei einer Koordinierung der Beteiligten und positivem politischen Willen könnten manche Vorteile entstehen, wie z.B.

- freie Wirtschafts- und Handelszonen;
- gemeinsame Entwicklungsstrategien und gemeinsame Verantwortung für deren Realisierung.

*Ein Weg zu einer solchen Zusammenarbeit könnte die Realisierung eines konkreten Wirtschaftsprojektes im Rahmen der GUAM -Tä-*

*tigkeit sein. Und zwar:*

- eine Vereinigung der Kräfte Georgiens, der Ukraine, Aserbaidshans und Moldawiens kann, bei einer Lieferung von 4-6 Millionen Tonnen Erdöl durch die Pipeline Odessa–Brodi–Plozk, schadlos die Interessen dieser Staaten sichern, einschließlich von 2-3 Millionen Tonnen aus den Reserven der an der Donau liegenden Gebiete und Teilen des Schwarzmeerschelfs;
- eine Zusammenarbeit zwischen der Ukraine, Aserbaidshan und Georgien im Bereich Erdöltransport ermöglicht es, die entsprechende Infrastruktur der Küstenterminals – z.B. Komplex Süd (Ukraine) - mit Erdöllieferungen nach Europa auszulasten;
- eine Zusammenarbeit der GUAM–Länder mit den Ländern Zentral- und Osteuropas (Slowakei, Tschechien, Polen u. a.) kann im Rahmen der Strategie für Energiesicherheit Voraussetzungen für die Entwicklung von ölverarbeitenden Kapazitäten, Stromproduktion etc. schaffen;
- die Einbeziehung Russlands in dieses Projekt kann die Gewinnung und den Transport von zusätzlichen Mengen an Rohstoffen sicherstellen und wird zusätzliche Garantien für die Realisierung des Projektes geben.

So löst die Ukraine heute die Energieprobleme vollkommen in Übereinstimmung mit ihrer neuen regionalen Außenpolitik. Die Realisierung dieser Außenpolitik entspricht nicht nur den Interessen der Ukraine, sondern auch den Interessen aller Länder der Schwarzmeerregion.

**Andrej Vorobjov:**  
**„Energiedialog Russland – Europa“**

---

Dr. Andrej Vorobjov ist Stellvertretender Leiter der Informations- und Medienabteilung des russischen Außenministeriums

---

Erlauben Sie mir, vor allem dem deutschen Organisator der Konferenz, der Friedrich- Ebert-Stiftung, meine große Dankbarkeit für die Einladung nach Bulgarien auszusprechen. In diesem Land, in dem ein russischer Mensch von einem Klima des guten Willens umgeben ist, habe ich einige Jahre gearbeitet, Jahre die mir unvergesslich in Erinnerung geblieben sind. Ich muss hier erwähnen, dass auch russische Energieunternehmen in Bulgarien ein derart günstiges Klima vorfinden. Jedenfalls ist “Lukoil” dank einer Entscheidung der Regierung von Ivan Kostov schon fast zehn Jahre in Bulgarien tätig.

Ich habe heute die Beiträge der Kollegen aufmerksam verfolgt und kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass in vielen der Diskussionsbeiträge – vielleicht weil der Winter bevorsteht - eine ernste Besorgnis über Probleme der Energiesicherheit des Kontinents zu spüren ist. Ich glaube, dass Russland in jahrzehntelanger Zusammenarbeit in diesem Bereich keinen Anlass gegeben hat, an seinem Ruf als zuverlässiger Partner zu zweifeln. Die sichtbare Besorgnis unserer Kollegen aus Europa in Betracht ziehend, möchte ich auf die Ihnen bekannte Tatsache verweisen, dass wir seit einigen Jahren einen fundierten und vielseitigen Energiedialog anstreben.

Bestandteile dieses Energiedialoges sind der Besuch des EU-Kommissars für Energie, Andris Piebalgs, im Oktober in Moskau, das informelle Gipfeltreffen der EU in Lahti, zu dem auch der russische Präsident geladen war, sowie der für November dieses Jahres geplante EU-Russland-Gipfel. Unbestritten ist die heutige Konferenz ein Teil unseres Dialoges.

Grundlegende Voraussetzung für einen „Energiedialog“ sind objektive gemeinsame Interessen und eine gegenseitige Abhängigkeit. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts verweisen Russland und Europa auf eine wirtschaftliche Verbundenheit wie noch nie zuvor in der gemeinsamen Geschichte. Der Grund dafür ist, dass Russland über die weltweit größten Gasvorkommen verfügt. (Unser Exportumfang betrug im Jahr 2005 152,4 Milliarden Kubikmeter Gas, was im Vergleich zu 2004 einer Steigerung von acht Prozent gleichkommt. Der Export von Erdöl belief sich im selben Zeitraum auf 470,2 Millionen Tonnen, was im Jahresvergleich eine Steigerung von 2,5 Prozent ausmacht.) Europa besitzt dagegen nur drei Prozent der Weltvorräte. Weltweit gibt es auch nicht mehr so viele stabile Förderregionen. „Stabil“ sind vor allem Russland und einige Staaten des kaspischen Raumes. Dieses muss man, besonders vor dem Hintergrund eines verringerten Zugangs zu perspektivischen Projekten zur Erschließung und Abbau von Kohlenwasserstoffen, ebenfalls in Betracht ziehen. (Zum Vergleich - in den 60er Jahren hatten die internationalen Konzerne freien Zugang zu 85 Prozent der Fördergebiete, heute sind es nur noch 16 Prozent.)

Das Kernstück des Energiedialogs zwischen Russland und der EU ist die Gasbranche. Erstens verzeichnet Europa hinsichtlich des Anteils von Gas am Gesamtenergieverbrauch gleichmäßige Wachstumsraten. Zweitens sind es die Gaslieferungen, die auf Grund der ständigen Einschränkungen von Transportmechanismen Verbraucher und Lieferanten miteinander verbinden und die Bildung regionaler Allianzen fördern.

In der gegenwärtigen Situation ist der Gasmarkt ein Markt der Käufer und nicht der Verkäufer. Alle russischen Pipelines führen nach Europa, da das russische Gas ein Drittel der europäischen Nachfrage ausmacht. Mit der Erhöhung der Gasnachfrage in Europa, der Ausschöpfung der Gasvorräte in der Nordsee und der Weiterentwicklung der Volkswirtschaften der EU-Staaten steigt im breiten Sinne des Wortes der Preis der russischen Lieferungen, besonders

in den einzelnen Ländern. Bezeichnend dafür ist die folgende Statistik: Deutschland deckt seinen Gasbedarf zu 42 Prozent, Italien zu 32 Prozent, Frankreich zu 30 Prozent, Österreich zu 75 Prozent und Finnland zu 100 Prozent. Hohe Kennziffern sind auch bei den Lieferungen von russischem Erdöl in diese Länder zu verzeichnen. (Bemerkenswert ist gleichfalls der Anstieg der Energieressourcen-Einfuhr seitens der USA, die im vergangenen Jahr für acht Milliarden US-Dollar russisches Erdöl importierten.)

Die Bedeutung der russischen Gaslieferungen nach Europa erscheint noch größer, wenn man den Preisunterschied zwischen Verkäufer und Käufer betrachtet. Das aus Sibirien zu einem ersten Großhandelspreis ins Zentrum Europas gelieferte Gas erreicht den Endverbraucher zu einem wesentlich höheren Preis, der von der Steuer- und Sozialpolitik der EU bestimmt ist. Der Gaspreis an der Bohrung in Sibirien beträgt sieben Euro pro 1.000 Kubikmeter, im Gasherd des europäischen Verbrauchers ist er auf 450 Euro pro 1.000 Kubikmeter gestiegen. Das müssen wir immer im Gedächtnis behalten, wenn es um den Zugang ausländischer Unternehmen zu russischen Energiequellen geht bzw. um verschiedene Formen von Kontrolle über die nationalen Vorkommen.

Entsprechender Druck wird seit langem auf uns ausgeübt, bisher wurde jedoch eine Art gegenseitiger Neutralität gewahrt. Einerseits blockierten die EU und die USA den Eintritt russischer Unternehmen in den Binnenmarkt der Großhändler und verhinderten den Kauf der zu privatisierenden Transportinfrastruktur in osteuropäischen Ländern (Ungarn, Tschechien) und den Ländern der ehemaligen UdSSR (Ukraine). Andererseits ließ Russland keine ausländischen Unternehmen am Abbau russischer Vorkommen teilhaben. Heute unterliegt diese Balance der Nichteinmischung der Veränderung. Wir sind mit einer Öffnung des bisher unzugänglichen russischen Energiemarktes einverstanden, jedoch nur dann, wenn ein proportionaler Zutritt zum europäischen Transit- und Verarbeitungsmarkt gewährleistet wird.



Es gibt bereits Präzedenzfälle für die paritätische Erschließung - und zwar mit deutschen Partnern. Ausländern wurde der Zugang zu Gasprom-Aktien ermöglicht. (Die amerikanische „Conoco Philips“ hat die Absicht, sich zu einem strategischen Investor zu entwickeln.) „Shell“ hat „Gasprom“ 25 Prozent seiner Aktiva an „Sackalin Energy“ abgetreten und bekam dafür 50 Prozent eines in Westsibirien liegenden „Gasprom“-Vorkommens. Auf diesem Weg sind wir bereit, eine gegenseitig nützliche Zusammenarbeit zu entwickeln, wobei wir Verständnis für die kommerziellen Interessen unserer Partner haben, unsere Interessen jedoch verteidigen. In diesem Zusammenhang glaube ich, ist es für alle hier anwesenden Experten höheren Ranges ersichtlich, dass die in der letzten Zeit stattgefundenen Politisierung der Probleme um „Sachalin-2“ vollkommen unberechtigt ist. Es handelt sich hierbei um einen harten Kampf kommerzieller Interessen hinsichtlich eines perspektivischen Bussines-Projekts. Es ist gar nicht so lange her, als dies von der Britischen Expertengemeinschaft bestätigt wurde. Sie gaben zu, dass „Shell“ von Anfang an den Wert des Projektes gesenkt habe, um diesem einen besonderen kommerziellen Reiz zu verleihen und jetzt einen Ausweg auf fremde Kosten suche. Wir haben nicht vor, die Lizenz für die Erschließung der Sachalinvorkommen einzuziehen. Es besteht jedoch nicht nur seitens Russlands ernste Besorgnis über die ökologische Seite des Projektes, sondern auch seitens der internationalen Finanzinstitutionen. So analysiert beispielsweise die EBRD nicht zum ersten Mal das Problem der Kreditierung der zweiten Phase sowie die Vereinbarung über die Produktionsverteilung bei der Aufstellung der Plattform im Schelf von Sachalin. Die Entscheidung ist wieder auf unbestimmte Zeit verschoben worden und zwar wegen ökologischer Probleme.

Genau so offensichtlich ist auch der sonst so unsichtbare kommerzielle Grund bei den Stockmann-Vorkommen. Die laufende Probebohrung hat einen derartigen Gasfluss ergeben, dass die Vorkommen neu bewertet werden mussten. Adäquate Aktiva im Tausch gegen einen Anteil am Stockmann-Vorkommen, was für beide Sei-

ten von Nutzen wäre, konnte uns keines der sich bewerbenden Unternehmen bieten. Das bedeutet aber nicht, dass das Vorkommen für ausländische Unternehmen, die bereit sind, Verträge für dessen Ausbeutung zu unterzeichnen, tabu ist.

Auf Grund der Anwesenheit von Vertretern des EU-Parlamentes und der EU-Kommission bleibt es mir nicht erspart, die Probleme der Europäischen Energiecharta anzusprechen. Es ist kein Geheimnis, dass nicht nur Russland dieses Dokument bisher nicht ratifiziert hat. Es wäre von Interesse zu erfahren, ob auch auf Norwegen, den größten Produzenten von Energieressourcen, der gleiche Druck ausgeübt wird, die Charta zu unterzeichnen. Man hat den Eindruck, dass es die vorsichtigen Norweger vorziehen, die Ergebnisse dieses Experiments mit Russland abzuwarten, bevor sie endgültig entscheiden ob sich das Risiko lohnt...

Eine der wichtigsten Richtungen des Energiedialoges zwischen Russland und der EU ist nach wie vor die Frage über die Angleichung der innerrussischen Preise für Gas und andere Energieträger an das Niveau des Gemeinsamen Europäischen Marktes. In den Beziehungen mit der EU ist diese heikle Frage längst nicht abgeschlossen und wird auch nach Abschluss der WTO-Verhandlungen nicht vom Tisch sein. Dem Charakter nach ist diese Frage eigentlich auf das Beziehungsmodell „Russland-EU“ zugeschnitten, was sich im Konzept über den „gemeinschaftlichen Raum“ niederschlägt. Objektiv betrachtet ist das Preisbildungssystem einer der Parameter des gemeinsamen Energieraums (als Teil des „Gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums“). Die EU wollte „Energie-Dumping“ vermeiden, weil die russischen Industrieverbraucher Zutritt zu Gas haben, dessen Preis im Vergleich zum Exportniveau um das Fünffache niedriger liegt. Auf diese Weise, sagt man in der EU, subventioniert der russische Staat seine Industrie „zum Nachteil der internationalen Konkurrenz“. Einen wesentlichen Anteil am russischen Exportmix in die EU haben Produkte mit einem hohen Energieanteil in der Kostenstruktur, wie z.B. Me-

talle und Chemieprodukte. In der EU hätte man es gern, dass deren Preis höher liegt.

Der Standpunkt der Kollegen aus der EU ist für uns verständlich und wir sind zu Kompromissen bereit. In der Presse waren inoffizielle Informationen zu lesen, dass die EU für russische Industrieverbraucher einen Preis von 60 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter anstrebe. Heute erwerben innerrussische Verbraucher 1.000 Kubikmeter von Gasprom zum Preis von 40 US-Dollar - zu einem von der Regierung festgesetzten Preis. Wir meinen, dass in etwa vier Jahren ein Preisniveau von 60 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter denkbar ist, wobei eine Reihe von Industriebranchen heute schon Gas für 80 US-Dollar kauft (z.B. RAO EES).

Wenn dies geschähe, würden die russischen Energieproduzenten zu mehr Einnahmen kommen, deren Großteil sie für Investitionen in neue Exportprojekte verwenden könnten, was zu einer abnehmenden Konkurrenz für die europäische Metallurgie und chemische Industrie führen würde.

In diesem Zusammenhang muss man sich jedoch wundern, warum diese Argumente nicht für die Gaslieferpreise für die Ukraine gelten. Hier liegt die Subventionierung der ukrainischen Metallurgie und der chemischen Industrie mit jährlich 70 Milliarden Kubikmetern an der Obergrenze. Der Verbrauch in Polen beläuft sich bei gleicher Bevölkerungsanzahl auf nur etwa 14 Milliarden Kubikmeter.

Zu einem weiteren wichtigen Aspekt unseres Energiedialogs hat sich in den letzten Jahren die Perspektive für russische Energielieferungen in die Region Asien - Stiller Ozean (RAS) entwickelt, einschließlich gewisser Versuche zu deren Verhinderung. Natürlich hat dieser Widerstand vor allem indirekten Charakter. Erstens ist die EU daran interessiert, die derzeitige Abhängigkeit des russischen Energiesektors von Europa aufrecht zu erhalten, da dieser heute praktisch nicht in der Lage ist, sein Gas anderswo zu

verkaufen als in Europa. Zweitens gibt es im Westen insgesamt, und da vor allem in den USA, Kräfte, die daran interessiert sind, den wachsenden Wirtschaftssystemen Chinas, Indiens und anderer Länder der Region Asien - Stiller Ozean strategisch Einhalt zu gebieten. Die Energiedefizite dieser Wirtschaftssysteme, die in der Arbeitsteilung der Welt eine „Globalfabrik“ darstellen, ist nach wie vor ein wichtiger Faktor für die Kontrolle über deren Entwicklung seitens derjenigen, die bestrebt sind, über die Entwicklung dieser Länder die Aufsicht zu behalten.

Indien, China, Japan und andere Länder der Region Asien-Stiller Ozean zeigen großes Interesse an der Lieferung russischer Brennstoff- und Energieressourcen und sind bereit, in die entsprechende Infrastruktur zu investieren. Die Chinesen sind, was für uns sehr wichtig ist, zu einem Austausch von Aktiva bereit. Ein derartiges Zusammenwachsen wird uns die Möglichkeit eröffnen, nicht nur im Rahmen der Gasförderung in Ostsibirien effektiv zusammen zu arbeiten. Hier muss ich noch anmerken, dass die Chinesen aktiv in den Kaspischen Raum streben und zwar durch den Kauf von zweitrangigen Outsider-Unternehmen, vor allem in Kasachstan und Aserbaidschan. Vor nicht allzu langer Zeit hat sich die Nationale Chinesische Erdölgesellschaft mit dem Vorschlag über einen gemeinsamen Kauf der Aktien des bankrott gegangenen Yukos-Unternehmens auch an Gasprom gewandt.

Das heißt, wenn wir die Energieträger nicht in die Region Asien - Stiller Ozean liefern, werden diese Länder ohne uns an den zentralasiatischen Markt vordringen. Und dann wird das Erdöl aus dem größten kasachischen Erdölvorkommen Kaschagan in östlicher Richtung fließen und nicht nach Europa. Dann werden viele globale Pläne nur noch für die Archive taugen. Denn die Existenz der groß gepriesenen Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan ist nur dann sinnvoll, wenn sie mit kasachischem Öl gespeist wird. Es stellt sich hier die Frage, ob der unvorhersehbare kaukasische Kurs Priorität für den kasachischen Export haben wird. N. A. Nasarbajew

wird dem offensichtlichen wirtschaftlichen Nutzen wohl kaum zweifelhafte politische Spiele vorziehen. Man darf hierbei auch den ökologischen Faktor nicht vergessen. Am Öltransport durch die kaspische Region wetzen alle Greenpeace-Organisationen der Welt, allen voran die amerikanische, ihre Zähne. Die Transportprojekte aus Zentralasien in östlicher Richtung sind jedoch für diese Organisationen kein Auslöser von Allergien.

In diesem Zusammenhang sollte man auch die Versuche zum Aufbau einer „nichtrussischen“ Infrastruktur für Energielieferungen in die EU im postsowjetischen Raum in Betracht ziehen. Hier werden neue regionale Allianzen wie die GUAM-Staaten (Georgien, Ukraine, Aserbajdschan, Moldawien) gebildet. Ich möchte betonen, dass wir alle realen Projekte unterstützen, selbst Baku–Tiflis–Ceyhan. Ich denke, dass viele der Anwesenden bemerkt haben, dass es gar nicht so lange her ist, als in Aserbajdschan Vorschläge über eine aktive Beteiligung Russland bei der Auslastung dieser Pipeline zu hören waren.

Gleichzeitig möchte ich daran erinnern, dass Russland über große Erfahrung bei der Senkung der Transitzkosten bis in den unteren Grenzbereich verfügt. Im Februar wurde der Bau der Ostseepipeline abgeschlossen. Gegenwärtig werden über die Häfen des Leningrader Bezirkes im weiträumigen Umland 65 Millionen Tonnen Erdöl gepumpt. Die ersten beiden Etappen haben uns erlaubt, aus den Häfen Wentspils, Parwoo, Muugu und Butinge auszusteigen, da sie zu Sowjetzeiten eine Monopolstellung im Erdölexport inne hatten, was ihnen die Möglichkeit gab, pro Tonne transportierten Erdöls fünf US-Dollar mehr zu kassieren als andere Häfen. Infolge der Ostseepipeline werden die Einbußen der Ostseeländer nicht gerade gering ausfallen, da 25 Prozent ihrer Haushalte aus Einnahmen für den Transit russischen Erdöls bestanden. Die Ostseepipeline wird es uns erlauben, die durch die Ukraine verlaufende „Drushba“-Pipeline zu entlasten. Am Beispiel des Baus der nordeuropäischen Pipeline werden spätestens in den nächsten fünf

Jahren alle Exportschemata des russischen Exportes vollkommen umstrukturiert. Neue Transitrouten und Stützpunkte wurden geschaffen sowie der Übergang zum Druckgasbetrieb realisiert. Es ist deshalb klar ersichtlich, warum gerade die Transitländer versuchen, etwas gegen den Bau der nordeuropäischen Pipeline zu unternehmen. Viele der Länder haben sich bereits an die Einnahmen aus dem Reexport gewöhnt. (Weißrussland und Polen agieren als Re-Exporteure, die Ukraine tätigte sogar unerlaubte Exporte von hochwertigem Gas, was im Winter offen vom ehemaligen ukrainischen Präsidenten zugegeben wurde.)

Russland und Europa sind für eine Zusammenarbeit bestimmt. Es ist erfreulich, dass diese unbestreitbare Tatsache in vielen europäischen Hauptstädten anerkannt wird. Was Russland angeht, auch zu der Zeit, als es verzweifelte Diskussionen zwischen den Anhängern des europäischen und des traditionellen Weges für die Entwicklung Russlands gab, vertraten die so genannten „Westler“ den Standpunkt von A. S. Homjakow, der schrieb: „Wissen Sie, meine Herren, was Europa ist? Es ist eine schreckliche und heilige Sache...“. Und in diesen Worten ist etwas Heiliges.

Ich denke, dass wir mit den Ergebnissen unserer Konferenz zufrieden sein können. Zweifelsohne war sie ein Teil unseres inhaltsvollen Energiedialogs und ein mühsames Stück Arbeit zur Schaffung einer Allianz zwischen Russland und der EU, was in beiderseitigem Interesse ist. Offensichtlich muss und soll eine solche Allianz auf den Grundlagen gemeinsamen Nutzens, auf gegenseitiger Abhängigkeit und gemeinsamen Entwicklungsperspektiven basieren. Nur eine solche Perspektive wird den Normen der europäischen Modernisierung entsprechen.

**Liviu Muresan:**  
**„Die EU-Strategie zur Energiesicherung  
und die Entdeckung der Schwarzmeerregion“**

---

Dr. Liviu Muresan ist Präsident der EURISC (European Institute for Risk, Security and Communication Management) in Bukarest

---

Um die Probleme der Schwarzmeerregion im Jahr 2006 zu erörtern, ist es erforderlich, drei wichtige, die Region betreffenden Ereignisse in Erinnerung zu rufen:

*Erstens* hat das Schwarzmeerforum (im Juni 2006) in Bukarest nicht nur die Stärken und Schwächen der Veranstalter, sondern auch der Region selbst beschrieben. Das Forum soll sich im Laufe der Jahre zu Gipfeltreffen entwickeln, die nach dem Rotationsprinzip jedes Jahr von und in einem anderen Land der Region veranstaltet werden sollen.

Die Ergebnisse liegen bereits auf der Hand – das zunehmende Potential für Zusammenarbeit, das Interesse an neuen Annäherungen, an Stabilität, Sicherheit und Entwicklung der Region – die zum Teil durch einige beunruhigende Signale aus Russland und der Türkei überschattet wurden. (V. Socor, 6. Juni 2006)

Aber, neben einigen Enttäuschungen konnte während des Schwarzmeerforums die Notwendigkeit des Dialogs für die Region herausgearbeitet werden, ebenso wie die Chance, gemeinsame Projekte in Angriff zu nehmen und Signale in Richtung Brüssel, Washington oder andere Hauptstädte zu senden, dass die Schwarzmeerregion in wichtigen zukünftigen Strategien über die unscharfe Verbindungslinie zwischen Europa und Asien permanente Berücksichtigung finden muss.

*Zweitens* stellt die Eröffnung der BTC-Pipeline nicht nur ein erfolgreiches wirtschaftliches Potential in Aussicht, sondern auch

das einer politisch neuen, ungestümen „angewandten Geoökonomie“. Die Türkei hat aufgrund ihrer einzigartigen geografischen Lage als einer der Hauptakteure sowie als einer der Architekten neuer regionaler Kooperationsinitiativen und -strukturen ihr Potential als zukünftiges EU-Mitglied unter Beweis gestellt. Neben dem kürzlich vereinbarten NABUCCO-Projekt kommt der Türkei hinsichtlich der Energiesicherheit der von Erdöl- und Erdgas abhängigen europäischen Staaten eine bedeutende Rolle zu.

Nicht zuletzt könnte der G8-Gipfel in Sankt Petersburg, bei dem Energiesicherheit ganz oben auf der Tagesordnung stand, als *dritte* Ereignis betrachtet werden. Auch wenn auf diesem Gipfel kein Vertreter aus dem Schwarzmeerraum anwesend war, war er doch für die Region durch die Schwerpunktsetzung auf die Verbindung zwischen Energie und Sicherheit von sehr großer Bedeutung.

Sankt Petersburg ist die russische Stadt, in der 1917 die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet wurde, die gewaltige Auswirkungen auf das internationale politische Umfeld hatte. Neun Jahrzehnte später zieht Sankt Petersburg die internationale Aufmerksamkeit auf die Evolution der Energieproblematik – auf die Große Energierevolution. Russland spielt, gestützt auf seine Stellung sowie sein Potential an Bodenschätzen, mit den Karten einer Energie-Supermacht sowie eines robusten globalen Akteurs, der die fast zwei Jahrzehnte lang dauernde Abhängigkeit von westlicher Hilfe überwunden hat.

### **Das Schwarze Meer – Was erwartet die Region als Dreh- und Angelpunkt?**

Aus dem Gesichtspunkt der Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte sowie hinsichtlich des Potentials für die zukünftige Entwicklung kann die Schwarzmeerregion als Kreuzungspunkt von vier verschiedenen geopolitischen Achsen betrachtet werden.

Die erste Achse, die vorrangig für den Energietransport genutzt wird, ist die Achse Kaspisches Meer – Schwarzes Meer – Mittel-



meer. Sie ist eine Verbindungslinie zwischen zwei Gebieten mit einer Vielfalt von Rohstoffen und Anlagen für Transport, Verarbeitung und Nutzung von Energierohstoffen, die bemerkenswerte Herausforderungen und Möglichkeiten eröffnen. Das Gebiet südlich der Achse erstreckt sich von Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, dem Nahen und dem Mittleren Osten, bis nach Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan. Das Gebiet nördlich der Achse schließt Kasachstan, die Ukraine und Russland, Aserbaidschan, den Kaukasus, Moldawien, Bulgarien, Griechenland, den Westbalkan und Zentraleuropa ein.

Besonders in einigen Ländern südlich der Achse entstammt ein übermäßig hoher Anteil von mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus der Erdölindustrie, was in ein sicheres Chaos führt: eine Arbeitslosenrate von mehr als 20 Prozent, ein übermäßiges demografisches Wachstum (die Jugend unter 25 Jahren macht mehr als 55 Prozent der Gesamtbevölkerung aus), Korruption, islamistische Anschläge, ein allgemeiner Belagerungszustand. Die Nutzung von Nukleartechnologien, chemischen und biologischen Waffen und ballistischen Langstreckenraketen, ist von Region zu Region unterschiedlich. Vom Risiko eines von oder in der Region ausgeübten terroristischen Anschlags unter Einsatz von ABC-Waffen sind die Gebiete nördlich und südlich der Achse gleichermaßen betroffen. Die Dynamik der Regionen, die diese geopolitische Achse durchläuft, unterliegt der Interessendynamik dreier globaler Akteure: Russlands, der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union.

Russland hat einen dramatischen Wandel durchlebt – von einer globalen Großmacht im Zweipolssystem bis zu einem großen Land mit mehr Problemen als Lösungen, Gegenstand von Zweifeln über seine Möglichkeiten, ohne ausländische Unterstützung, wieder zu Kräften zu kommen. Aber vielleicht verschafft sich Russland nun ein neues Image. Mit seinem unerwarteten Comeback bestimmt es jetzt die Bedingungen der Energiesicherheit einer Reihe von Staaten.

Das neue Russland wird von der NATO und der EU nicht als eine „Integration zweiter Klasse“ betrachtet, sondern ist nun eine der Richtgrößen für Transformationen der NATO und der EU... Die langfristige Vision sollte nicht die Frage einer Mitgliedschaft an sich sein, da eine derartige Fragestellung auf der Grundlage der gegenwärtigen Sachlage zwangsläufig zu der Schlussfolgerung führt, dass eine Mitgliedschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt undenkbar sei. Die EU (und die NATO) unterliegen Veränderungen, Russland unterliegt Veränderungen. Auf die Art der Beziehungen – ob in Form einer Mitgliedschaft oder in Form anderer Übereinkommen – wird man sich aufgrund der zukünftigen Sachlage zu einigen haben.“ (Lyne, Roderic, Talbot, Strobe, Watanabe, Koji, “Engaging with Russia: The Next Phase”, A Report of the Trilateral Commission, 2006, page 120)

Als der zweite große Akteur in dieser Region könnten sich die Vereinigten Staaten erweisen, die ihre Präsenz mittels zivil-militärischer Institutionen aufbauen, indem sie sich auf die These der Verantwortung gegenüber einer Reihe von Ländern, die nach dem Zweiten Weltkrieg dem kommunistischen System ausgeliefert waren, sowie die Notwendigkeit berufen, diesen Teil der Welt „zuverlässig, demokratisch und sicher wie die Westhälfte des Kontinents“ Ronald D. Asmus, Konstantin Dimitrov and Joerg Forbrig – A New Euro-Atlantic Strategy for the Black Sea Region”, page 115) zu gestalten. Realistischer erscheint hier die Vision der EU: “Nicht zuzulassen, dass die erweiterte Schwarzmeerregion in dieser Form transformiert wird, wie es zuerst in Mitteleuropa und danach in Südosteuropa praktiziert wurde.“

Die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 wird sich hinsichtlich der Erschließung dieser neuen geopolitischen Achse als Augenblick der Wahrheit erweisen, nicht nur für die Deutschen selbst, sondern auch für die Interessen der Union. Wir sehen im „Klonen“ der deutsch-russisch-baltischen Partnerschaft in dieser Region keinen Anlass zu Befürchtungen.

Das zweite Beispiel ist die Ost-West-Achse, die entlang der legendären Seidenstrasse verläuft, und sich nun durch ein „neues Vehikel“ für regionale Zusammenarbeit, die Shanghai Cooperation Organisation (SCO), formalisiert hat. Dieses ist die umfangreichste Initiative Chinas in Richtung Schwarzes Meer. Von gemeinsamen Zielsetzungen über eine gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität ausgehend, haben sich diese zu einer breiten Plattform entwickelt, von der einige Signale gegen die US-amerikanische Präsenz in Zentralasien ausgehen. Hinsichtlich der Präsenz Chinas am Schwarzen Meer durch die SCO sollte man auf die interessante Tatsache verweisen, dass dies China die dritte „Nachbarschaft“ mit den USA einbringt. Wir sind der Ansicht, dass die erste Nachbarschaft USA-China im pazifischen Raum- und die zweite im Weltraum besteht, wo sich China nun neben Russland und den USA etabliert hat.

Als die dritte potentielle geopolitische Achse könnte der West-Ost-Korridor der Europäischen Union bezeichnet werden: die Rhein-Main-Donau-Schwarzmeer-Achse. Die bisher aber nur schleppend vorankommende Entwicklung dieser Achse könnte mit fehlendem Interesse seitens Deutschlands und Österreichs erklärt werden. Die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im Jahr 2007 könnte für die Entwicklung dieses komplexen Wassertransportsystems jedoch eine neue Chance bieten.

Die vierte Achse ist die Nord-Süd-Verbindung zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Diese wurde lange Zeit als Beispiel für einen „internationalen Korridor“ des Transfers demokratischer Erfahrungen, regionaler Zusammenarbeit u. a. hingestellt. Die neue europäische Nachbarschaftspolitik verfügt über Potential, das über die Sicherung der Ostgrenze der Europäischen Union durch Polen im Norden sowie Rumänien und Bulgarien im Süden hinausgeht. Diese könnte ein Generator für neue regionale Kooperationsinitiativen, gemeinsame Projekte (wie beispielsweise im kritischen Infrastrukturbereich) mit Staaten sein, die noch nicht der EU angehören.

ren. Sie bietet gleichzeitig eine Vielzahl von Möglichkeiten für die Realisierung von EU-Programmen und Initiativen, die die Länder im Ostteil des Alten Kontinents unterstützen sollen.

Es ist nicht einfach, die Diskrepanz zwischen den Realitäten der erweiterten Schwarzmeerregion, verschiedenartigen regionalen Initiativen, wie der BSEC (Black Sea Economic Cooperation) und den EU-Initiativen im Ostteil des Alten Kontinents, wie der ENP (Europäischen Nachbarschaftspolitik), zu verstehen. So zeigt man in Brüssel noch zu Beginn der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft ein nur unzulängliches Verständnis für das Potential der Schwarzmeerregion als Ostgrenze Europas.

Eine Initiative, auf der Grundlage eines die Kritischen Infrastrukturen umfassenden Konzepts könnte für die strategische Entwicklung in der Schwarzmeerregion hilfreich sein und dem bisher erreichten Fortschritt neue Impulse verleihen. Eine zukünftige energiepolitische Strategie Europas muss die Problematik der Kritischen Infrastrukturen vom Kooperationspotential bis hin zur Notwendigkeit des zunehmenden Schutzes sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene einschließen. Russland hat das Potential seiner Kritischen Infrastruktur, deren Nutzen- und Schadenspotential, bereits erkannt. Im Bereich der Energiesicherheit wird der Rolle der Transitstaaten allerdings noch nicht die erforderliche Bedeutung beigemessen.

Die Welt hat sich seit der Entwicklung des Konzepts über „Energiesicherheit“ in den 70er Jahren stark verändert. Gemäß Daniel Yergin (Wall Street Journal, 11. Juli 2006) bedeutet „eine Übereinstimmung hinsichtlich deren Wichtigkeit noch nicht eine Übereinstimmung über die eigentliche Bedeutung.“ In diesem Kontext hat NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer während eines Treffens mit dem rumänischen Präsidenten Traian Basescu zum Ausdruck gebracht, dass das Thema Energiesicherheit auf der Tagesordnung des vom 28. bis 29. November in Riga stattfindenden

NATO-Gipfels stehen wird. De Hoop Scheffer verwies darauf, dass „der freie Energiefluss ein wichtiger Bestandteil des Strategieplans der NATO sei“ und fügte hinzu: „Ich würde es sehr begrüßen wenn die Staats- und Regierungschefs in Riga eine Erklärung beschließen würden, dass die NATO (in den Debatten über Energiesicherheit) diesen zusätzlichen Faktor in Betracht zieht.“

Als eine Initiative mit bedeutendem Potential ist das Konzept über Zusammenarbeit zwischen den Transitländern anzusehen. „Die Transitstaaten sollten in Bezug auf den Transit russischer Energie nach gemeinsamen Problemen suchen und während der Verhandlungen mit Russland nach gemeinsamen Wegen zu Kooperation und sie sollten ein einheitliches Vorgehen anstreben. Solange die Transitländer ihre Verhandlungen mit Russland isoliert führen, werden sie der regionalen Hegemonie Russlands nichts entgegenzusetzen haben.“ (Sturgis. Milan)

### **Giorgi Burduli: „Die Energiepolitik Georgiens“**

---

Botschafter a. D. Giorgi Burduli ist Chefberater der Georgischen Internationalen Ölgesellschaft (GIOG)

---

Es besteht kein Zweifel, dass die Energiesicherheit nicht nur für die neuen, sich entwickelnden Demokratien, sondern auch für andere Länder, die entscheidenden Akteure der internationalen Bühne, vorrangige Priorität hat. Eine Demokratie ist nicht möglich ohne die Befriedigung von grundlegenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten, zu denen auch das Kernelement Energieversorgung gehört.

Die heutigen Tendenzen auf dem globalen Energiemarkt schaffen die Grundlage und fördern die Bemühungen für eine größere Energiesicherheit. Das ist ein Anliegen nicht nur für die kleinen, jungen

Länder wie Georgien, sondern auch für die starke und mächtige EU. Geleitet von einer wachsenden Nachfrage und einer starken Marktstruktur können die europäischen Staaten über Pipelines Gas aus verschiedenen Quellen einführen. Es muss darauf hingewiesen werden, dass Georgien auf Grund seiner geografischen Lage und aus strategischen Gründen einen natürlichen Teil des Konzepts zur sicheren Energieversorgung darstellt, jegliche Transitmöglichkeit anbietet sowie gleichzeitig eine eigene Strategie für Energiesicherheit und Unabhängigkeit verfolgt.

Die Projekte von regionaler Bedeutung könnten zur Erreichung dieser Ziele eine wichtige Rolle spielen. Wie Sie wissen, haben die Türkei, Aserbaidshan und Georgien gemeinsame Initiativen ins Leben gerufen, wobei jede dieser Initiativen als ein Erfolg betrachtet werden kann. Die Inbetriebnahme der Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan in diesem Jahr und die geplante Fertigstellung der Pipeline Baku-Tiflis-Erzurum sind einige der wichtigsten Neuentwicklungen im Bereich der Energiesicherheit in der Region.

Offen gesagt haben die derzeitigen Tendenzen auf dem Energiemarkt und die so genannten „Winterereignisse“ die lang ignorierten, aber sich häufenden Probleme der Energiesicherheit der Europäischen Union und ihrer Partner deutlich gemacht. Die Schaffung einer gemeinsamen Energieversorgungspolitik oder zumindest einer Energiesicherheitsstrategie ist zum zentralen Thema geworden. Das Bild hat sich nicht nur für ein Land wie Georgien, das über keine Energieressourcen für den Eigenverbrauch verfügt, geklärt, sondern auch für die EU-Staaten, denen allmählich bewusst geworden ist, dass Energiesicherheit nur auf der Grundlage einer konstruktiven Erweiterung von Versorgungsquellen, mittels eines direkten Zugangs zum ostkaspischen Raum durch die Schwarzmeerregion als Hauptelement und mit der Sicherung einer internationalen multinationalen Aufsicht über die Energietransportsysteme in Europa erreicht werden kann.

Nachdem in der interregionalen Geopolitik eine Schlüsselposition erreicht wurde und nun ein offenkundiges Wachstum des Energiebedarfs folgt, sind die Inbetriebnahme der Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan sowie der Südkaukasus-Pipeline für Georgien von großer Bedeutung. Außer dass sie dem Land in Form von Budgeteinnahmen beträchtliche finanzielle Vorteile und auch einen generellen wirtschaftlichen Nutzen für die einheimische Bevölkerung bringen, haben diese Pipeline-Projekte gleichzeitig einen großen strategischen Wert.

Die Bedeutung des Baus der Südkaukasus-Pipeline ist schwer zu unterschätzen. Das Projekt läuft auf vollen Touren und soll bis Ende des Jahres vollendet werden. Auf der Grundlage neuester Erfahrungen ist Georgien an einer rechtzeitigen Inbetriebnahme der Pipeline Baku-Tiflis-Erzurum interessiert. Bei einer vollständigen Auslastung der Südkaukasus-Pipeline erlangt Georgien nicht nur im Prozess der Diversifizierung seiner Gasbezugsquellen bedeutende Vorteile, sondern trägt auch zu einer übergreifenden strategischen Energiesicherheit der Region bei. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, die wichtigen Staaten des Kaspischen Raumes in größerem Umfang in die Ost-West-Energiekorridor-Projekte einzubeziehen. Kasachstan hat seit langem seine Teilnahmebereitschaft erklärt – zwischen Kasachstan und Aserbaidschan wurden Vereinbarungen über Formalitäten, Verschiffung und andere Formen des Transports von kasachischem Erdöl aus Aktau an die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC) vorbereitet. Ein Anschluss an die BTC-Pipeline wird sich nicht nur für die beteiligten Länder vorteilhaft und gewinnbringend auswirken, sondern gleichzeitig das Ziel einer zukünftigen Funktionserweiterung bereits bestehender Energietransportrouten durch eine Verbindung des kaspischen Raumes mit der Schwarzmeerregion haben.

Eine transkaspische Pipeline durch das Meer „würde die Energiesicherheit Europas gewährleisten und Europa gegen die Monopolstellung Russlands absichern“, sagte der aserbaidshische Prä-

sident I. Alijew. „Europa hat begriffen, dass es naiv ist, all seine Hoffnungen auf das russische Gas zu setzen. Die Ereignisse der letzten Monate, als Russland seinen Monopolstatus anschaulich demonstriert hat, deuten auf einen weiteren Anstieg der Preise hin. Folglich ist es jetzt an der Zeit für die Aufnahme von Verhandlungen“ (AP; Trend, Ekho [Baku], 29. März).

Die transkaspische Gaspipeline von Turkmenistan und Kasachstan durch den Südkaukasus an die europäischen Märkte ist auch für die oben erwähnten Länder, für die das Projekt hinsichtlich der Diversifizierung der Bezugsquellen sowie bezüglich vernünftiger Preise von immenser Bedeutung ist, von Vorteil. Turkmenistan und Kasachstan zur Teilnahme drängend, ohne die Zustimmung der anderen kaspischen Staaten abzuwarten (eine Anspielung auf Russland und Teheran), bemerkte Präsident Alijew, dass alle Hindernisse gegen eine durch das Meer führende Pipeline politischer und nicht technischer Natur seien.

Nach unterschiedlichen Berechnungen werden sich die Baukosten für eine Pipeline mit einer Jahreskapazität von 30 Milliarden Kubikmetern Gas, das von der ostkaspischen Küste durch das Meer nach Aserbaidschan und weiter über Georgien in die Türkei gepumpt werden soll, auf einen Umfang zwischen vier und fünf Milliarden US-Dollar belaufen. Mit der Türkei als Transit-Korridor könnte das Gas in die EU-Länder Süd- und Zentraleuropas weitergeleitet werden. Georgien steht fest hinter dem ursprünglich von den USA favorisierten Projekt, während die Türkei einige Schwierigkeiten beim Start des Verhandlungsprozesses hat und Turkmenistan Zurückhaltung an den Tag legt. Aber wie auch immer, Turkmenistan hat, den jüngsten politischen Entwicklungen folgend, Bereitschaft gezeigt, die Initiative zu unterstützen.

Um die Energiesicherheit der Region sowie der gesamten EU zu sichern, muss das regionale Energietransportkonzept auf folgende Weise aktualisiert werden: Es ist notwendig, die Rolle der Türkei



innerhalb des internationalen Transportprojekts total zu verändern. Von ihrer Eigenschaft als Verbraucherstaat ausgehend, sollte sie sich zu einem primären Transportknoten und Kanalweg für die Lieferung von Energiere Ressourcen in der Region entwickeln.

Daneben sollte Georgien als vollwertiger Partner in das Energiekorridor-Konzept einsteigen, während es die Diversifizierung der Bezugsquellen zu seinem eigenen Nutzen weiter maximiert. Gleichzeitig sollte man die Gelegenheit wahrnehmen, Kasachstan aktiver in Energietransportinitiativen einzubeziehen. Darüber hinaus wird die massive Einspeisung aus dem aserbajdschanischen Schah-Denis-Gasfeld in die geplante Pipeline via Türkei nach Europa die Einbeziehung eines Offshore-Gasfelds ermöglichen, für das eine jährlich Ausbeute von 20 Milliarden Kubikmetern veranschlagt wurde, was im Vergleich zu früheren Prognosen fast eine Verdoppelung bedeutet. Und schließlich wird hoffentlich das Nabucco-Projekt (Türkei-Bulgarien-Rumänien-Ungarn-Österreich) vorankommen und damit die Integration einer neuen kaspischen Gaspipeline, die die beiden geplanten Trassen nahe dem osttürkischen Erzurum verbinden soll.

Es sollte angemerkt werden, dass wegen der Position Russlands, dessen derzeitige Energiepolitik, besonders nach dem Abschluss ehrgeiziger Energiegeschäfte mit Deutschland und China, auf einen permanenten Zugriff auf billiges zentralasiatisches Gas ausgerichtet ist, Hindernisse für die vorgeschlagenen Projekte vorprogrammiert sind. Die Schaffung einer Russland umgehenden Gasexportroute würde für Russland wahrscheinlich steigende Preise für zentralasiatische Energie nach sich ziehen. Deshalb ist zu erwarten, dass die Moskauer Energiegiganten nichts unversucht lassen werden, den Bau einer transkaspischen Pipeline zu verhindern.

Gegenwärtig erfreut sich Russland der Kontrolle über die Exportrouten für zentralasiatische Energie. Die Trasse des Kaspischen Pipeline Konsortiums (KPK) verbindet Ölfelder in Westkasach-

stan mit dem russischen Hafen Noworossisk. Gas aus Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan wird auf die gleiche Weise durch Russland transportiert. Eine oder mehrere Offshore-Pipelines durch das Kaspische Meer würden gewissermaßen die russische Dominanz über die Exportrouten zwischen den wichtigsten zentralasiatischen Energieproduzenten – Kasachstan und Turkmenistan – und den westlichen Märkten brechen.

Dem Interesse Kasachstans an einer Beteiligung an der Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan liegen teilweise die jüngsten Versuche Moskaus zur Erweiterung seines Einflusses im Kaspischen Pipeline Konsortium zu Grunde, dem außer den russischen und kasachischen Regierungen auch bedeutende westliche Energiekonglomerate angehören. Im Jahr 2005 wurden mehr als 30 Millionen Tonnen kasachischen Erdöls durch die KRK-Pipeline gepumpt. Eine geplante Erweiterung könnte die Kapazität innerhalb nur weniger Jahre auf geschätzte 67 Millionen Tonnen erhöhen. Wie auch immer: die Kontroversen zwischen den Gesellschaftern über die von Russland und den Konsortiumsstrukturen erhobenen Transitgebühren könnten einen Aufschub der Pipeline-Erweiterung nach sich ziehen.

Um auf die Energiesicherheit Georgiens zurückzukommen, muss man selbstverständlich von dessen direkter Abhängigkeit von den Methoden und der Politik Russlands im Allgemeinen ausgehen., was gegenwärtig, angesichts der schärfsten Krise in den Beziehungen beider Länder, besonders relevant ist. Dennoch hat Russland nie davon Abstand genommen, sich verschiedener Hebel wirtschaftlichen, politischen und militärischen Charakters zu bedienen, um Georgien für jeden seiner Versuche, einen unabhängigen politischen Kurs einzuschlagen, zu „bestrafen“. Es scheint, dass es an der Zeit ist, daran zu erinnern, dass Russland eine einseitige Visumpflicht einfuhrte, der Bevölkerung der abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasiens und Südossetiens die russische Staatsbürgerschaft zu Füßen legte, Georgien den Gashahn zudrehte und Vereinbarungen über einen militärischen Rückzug verletzte.

Diese Ereignisse können jedoch schwerlich mit der antigeorgischen Hysterie verglichen werden, deren wir gegenwärtig Zeuge sind. Die Verhaftung von vier Offizieren des russischen Militärgeheimdienstes (GRU) löste eine präzedenzlose Welle von Anschuldigungen, Beleidigungen und Sanktionen nicht nur gegen den georgischen Staat und Regierungsbeamte, sondern auch gegen die einfachen georgischen Staatsbürger aus, die gegenwärtig in Russland leben. Die antigeorgische Kampagne schließt ein eine vollständige Verkehrsblockade, die Abschiebung und Verfolgung ethnischer Georgier, den Boykott georgischer Güter und Waren, den Ausschluss von georgischen Studenten aus Schulen und Universitäten, aggressive und brutale Appelle in der Duma und in Massenmedien, Drohungen, die Unabhängigkeit der abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien anzuerkennen oder diese in die Russische Föderation einzugliedern. Ergebnis und logischer Abschluss dieser Hysterie sind etliche ermordete georgische Bürger. Bemerkenswert ist, dass die Beteiligten an dieser Kampagne, einschließlich höchster Beamter wie dem Präsidenten, den Ministern für Auswärtigen Angelegenheiten und Verteidigung in einer Sprache sprechen, die für die zivilisierte Welt unüblich und nicht gerade alltäglich ist.

Es war nicht schwer zu prognostizieren, und dies mit fast hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit, dass die Einstellung der Strom- und Gaslieferungen für Georgien als ein Teil der antigeorgischen Kampagne folgen werde – zumindest waren derartige Drohungen öfters zu hören - neben noch aggressiveren, rein militärischen Drohungen. Dies ungeachtet der Tatsache, dass derartige Maßnahmen das pro-russische südkaukasische Land Armenien unausweichlich unter Druck setzen würden.

Seit 1991, oder nach dem Zerfall der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks als Ganzem, wird der Energiehebel zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen gegenüber Estland, Litauen, Lettland, der Ukraine, Weißrussland, Moldawien und Ge-

orgien, dass in der Folgezeit europaweit am meisten betroffen war, angesetzt. Die Anzahl der Zwischenfälle, das heißt, die Einstellung von Lieferungen, Übernahmen, eine aufgezwungene Preispolitik, Erpressungen oder Drohungen, hat insgesamt die Zahl fünfzig überschritten (darunter etwa vierzig Abschaltungen). Während der neunziger Jahre sowie in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends fielen die Einstellung der Lieferungen mit besonderen Ereignissen wie Wahlen, zweiseitigen Verhandlungen oder dem Beschluss Georgiens seitens Russlands zusammen, gelegentlich unter dem Vorwand, Rechnungen seien nicht bezahlt worden. Auch in den Jahren 2002 und 2003 wurde der Stromschalter mehrfach umgelegt. Etliche dieser Aktionen wurden mit Zwischenfällen, schlechten Wetterbedingungen oder mangelhafter Instandhaltung erklärt, wobei jedoch in den meisten Fällen Sabotage der Grund war. Auch die Gas-Pipelines aus Russland waren auf russischer Seite Zielscheibe für Sabotageakte.

Nachdem Gasprom im November 2005 verkündet hatte, dass es infolge einer veränderten Marktsituation den Gaspreis für Georgien von 63 auf 110 US-Dollar anheben werde, gab Russland zu erkennen, dass es die Gaslieferungen gänzlich einstellen könne. Die Drohung kam kurz vor dem Treffen des Energierates der GUS-Staaten in Tiflis, wo Georgien ohne irgendwelche Vorbehalte alle Bedingungen Russlands für einen Beitritt zum gemeinschaftlichen Energiemarkt der GUS-Staaten akzeptierte. Deshalb versprach Russland Georgien eine sichere Gasversorgung. Es ist schon in gewisser Weise ironisch, dass nach diesen Garantien die russischen Energieexporte nach Georgien im Januar 2006 zum Erliegen kamen, nachdem die Hochspannungsleitung Kavkasioni sowie die russisches Gas transportierenden Gasleitungen auf dem Gebiet der russischen Republik Nordossetien zerstört worden waren. Es war unklar, wer hinter diesen Sabotageakten steckte, jedoch bezichtigte der georgische Präsident Saakaschwili Russland der vorsätzlichen Erpressungsversuche gegenüber Georgien, mit dem Ziel, dessen Energieinfrastruktur in die Hand zu bekommen.

Beim Thema „Zwischenfälle“ ist es ersichtlich, dass diese gleichmäßig auf die Regierungsperioden Jelzins und Putins verteilt sind, die Anzahl der Unterbrechungen ist jedoch unter Putin um die Hälfte zurückgegangen. Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass die Regierung Putin gegenüber dem so genannten „Beinahe-Ausland“ anspruchsloser und weniger aggressiv sei. Über den Staat sind die gegenwärtigen russischen Machtinhaber bei der Erkundung vielfältiger Mechanismen und Methoden im negativen Sinn des Wortes flexibler, um ihren Einfluss gegenüber den „ungezogenen“ Nachbarn geltend zu machen. (Das jüngste Beispiel: Vor nur einigen Tagen ratifizierte die russische Duma mit großer Stimmenmehrheit ein Abkommen mit Georgien. Hierbei ging es um die Schließung der russischen Militärbasen auf georgischem Gebiet – eine sehnlichst erhoffte Entscheidung, die von der russischen Regierung lange Zeit ignoriert worden war. Mit den beiden Machtbereichen Legislative und Exekutive im Rücken setzt man die Attacken gegen Georgien an allen Fronten fort.)

„Zweifelsohne sollte die von Russland diktierte Energiepolitik in einem langfristigen geopolitischen und strategischen Kontext verstanden werden, im Rahmen dessen politische, wirtschaftliche und marktwirtschaftliche Akteure nebeneinander bestehen. Die Strategie Russlands ist auf die Aufrechterhaltung seines Einflusses auf die GUS-Staaten ausgerichtet, wobei die russische Energiepolitik nur eines der diesem Zweck dienlichen Mittel ist. Die strategische Untermauerung erklärt, warum die „Marketisierung“ hauptsächlich dann erfolgt, wenn diese politisch zweckmäßig und gegen geeignete politische Objekte gerichtet ist sowie aus politisch angemessenen Gründen. Wenn sie politisch nicht gebilligt wird, erfolgt die Marketisierung nur in seltenen Fällen.“ Dieses ist ein Auszug aus einer Forschungsarbeit, die von einer Gruppe schwedischer Wissenschaftler unter dem Titel „Die Energiepolitik Russlands“ erarbeitet wurde. Man kann diesen Einschätzungen und Schlussfolgerungen schwerlich widersprechen.

Wie dem auch sei, die russische Handlungsweise in der gegenwärtigen Krise übersteigt alle zivilisierten Normen und schafft einen sehr gefährlichen Präzedenzfall. Sie veranschaulicht plastisch die Veränderungen in der Außen- und in der Innenpolitik Russlands. Es sieht so aus, als ob die Macht über den Energiesektor (und über andere Bereiche) kontinuierlich auf den Kreml und dessen loyale Beamte im Unternehmensbereich und in den staatlichen Strukturen konzentriert wird. Formale Machtbefugnisse wurden ebenfalls den Sicherheitsdiensten, beispielsweise dem FSB, übertragen.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Forschungsarbeit der schwedischen Wissenschaftler zurückkommen, die einräumt, dass die Machtkonzentration und Putins „Vertikale der Macht“ eine Fata Morgana der Stabilität geschaffen haben. Die Unberechenbarkeit hingegen existiert sowohl auf struktureller Ebene wie auch in der Politik, was zu widersprüchlichen Tendenzen führt, die die politische und wirtschaftliche Stabilität untergraben. Dies, kombiniert mit den Auffassungen, Vorhaben, Ressourcen, dem Erfahrungsschatz, dem Mangel an Demokratie und den (fehlenden) Rechtsgrundsätzen Russlands verschärft die Probleme der Abhängigkeit von russischer Energie. Die negativen politischen und demokratischen Tendenzen unterstreichen in Kombination mit der strukturellen Instabilität und der unberechenbaren Politik Russlands, dass die Ungewissheiten ein viel größeres Ausmaß angenommen haben als anfänglich vermutet wurde.

Das von unseren Kollegen gemalte Bild sieht nicht sehr optimistisch aus, jedoch dies ist die Realität und wir müssen lernen, mit ihr zu leben. Es ist ziemlich offensichtlich, dass die strategischen Ambitionen Russlands auf die Nutzung seiner Energiepolitik als Schwert sowie als Schutzschild für seine Sicherheitspolitik ausgerichtet sind. Russland verfügt über die entsprechende Macht, eine sich in seinem Interessenbereich entwickelnde Situation zu beeinflussen. Diese Macht wird jedoch relativ oft in Quertreiber-Manier angewandt, um ungewollte Aktivitäten zu korrigieren oder zu bestrafen.

Im Fall Georgien setzt Russland seinen Energie-Hebel sehr massiv und manchmal ziemlich zynisch ein, obwohl das nicht das Einzige ist, was Russland gegen Georgien zur Verfügung steht. (Ich denke, dass dieses Forum ein angemessener Ort ist, um über die so genannten „eingefrorenen Konflikte“ zu diskutieren, im Rahmen derer Russland sichtlich eine unikale Dreifachrolle spielt – als Vermittler, als Friedenswächter und nicht zuletzt als Partei.) Formell hat Russland die territoriale Integrität Georgiens nie in Zweifel gezogen. Die besonders in letzter Zeit an den Tag gelegten Aktivitäten deuten jedoch auf das Gegenteil hin. Die politische Elite Russlands zeigt hinsichtlich der Entscheidungsfindung zu zentralen Fragen seitens der georgischen Regierung mehr Herzhaftigkeit. Das Streben Georgiens nach einer Mitgliedschaft in der NATO scheint in der russisch - georgischen Beziehung der größte Stachel im Fleisch des politischen Establishments über das gesamte politische Spektrum hinweg. So wird klar, dass die Inhaftierung der russischen Offiziere nur ein Vorwand für eine direkte Reaktion Russlands auf die Entscheidung des NATO-Rates war, Georgien einen „Intensiven Dialog“ anzubieten.

Georgien verfügt über geringe Ressourcen an Kohlenwasserstoffen, jedoch wird sein strategischer Einfluss am Energiemarkt durch seine geographische Lage und seine Bedeutung als Transitland untermauert, zum Beispiel für Gas von Russland nach Armenien sowie Öl und Gas aus dem Kaspischen Becken nach den westlichen Märkten. Es besteht kein Zweifel daran, dass mein Land die Vorteile dieser Tatsachen vor dem Hintergrund einer ständigen Suche nach diversifizierten Bezugsquellen vollständig nutzen wird (was selbst die Möglichkeit der Nutzung von Kernenergie nicht ausschließt). Wir haben den erforderlichen politischen Willen und sind bereit, diesen in die Praxis umzusetzen.

**Fasil Ahmedov:**

**„Zustand und Perspektiven der Entwicklung des Energiemarktes in Aserbaidschan“**

---

Fasil Ahmedov ist Chefberater der Abteilung für Erdöl und Gas des Ministeriums für Industrie und Energiewirtschaft der Republik Aserbaidschan

---

Sehr geehrte Konferenzteilnehmer,  
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist wichtig, das große Interesse des Ministeriums für Industrie und Energiewirtschaft der Republik Aserbaidschan an dieser Konferenz hervorzuheben. Dieses Treffen ist ein wichtiges Ereignis für den Energiemarkt des Kaspischen Meeres und der Schwarzmeerregion. Die Durchführung solcher Treffen spielt eine große Rolle sowohl für geschäftliche Kontakte in der Region wie auch für die globale wirtschaftliche Integration. Die sozialwirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist sehr vom Zustand der strategischen Energiebranche und insbesondere von der Erdöl- und von der Gasindustrie abhängig. Im 20. Jahrhundert haben sich Erdöl und Gas zu strategischen Rohstoffen für die Weltwirtschaft entwickelt und das wird offensichtlich auch im 21. Jahrhundert so bleiben. Die kaspische Region spielt auf Grund ihrer geografischen Lage und den umfangreichen Vorräten an Kohlenwasserstoffen eine große Rolle in der Weltwirtschaft.

Die Erdöl- und Gasindustrie ist eine Basisbranche der Wirtschaft in Aserbaidschan. Im Bezug auf den steigenden Energieverbrauch hat Aserbaidschan die Grundlagen für eine neue Erdöl- und Gasstrategie gelegt. Am 20. September 1994 wurde der so genannte „Vertrag des Jahrhunderts“ über die Erschließung der Lagerstätten Aseri – Chirag – Güneschli mit führenden ausländischen Unternehmen unterzeichnet. So wird einerseits die Energiesicherheit



von Aserbaidschan gewährleistet und andere Regionen der Welt können mit Energieressourcen beliefert werden. Dieser Zeitraum ist durch hohe Wachstumsraten bei der Gewinnung von Erdöl und Gas aus bestehenden- und der Ausschöpfung neuer Kapazitäten, durch die Inbetriebnahme neuer Elektroenergie- und Transportkapazitäten und durch neue Investitionen in die Energiewirtschaft gekennzeichnet.

Bis heute sind mit 35 Unternehmen aus 15 Ländern, unter ihnen die USA, Großbritannien, Russland, Norwegen, die Türkei, Frankreich, Italien, Iran, die Interesse an den Erdöl- und Gasvorkommen sowie an den zukünftigen Strukturen in Aserbaidschan haben, 25 Erdöl-Verträge unterzeichnet worden. Die Investitionen belaufen auf über 70 Milliarden US-Dollar. In die Entwicklung der Erdöl- und Gasindustrie Aserbaidschans wurden mehr als 18 Milliarden US-Dollar investiert.

Es wird intensiv an den wichtigsten Projekten in der Erdöl- und Gasbranche gearbeitet und zwar:

- Die letzte Etappe der Phase 2 des Vorkommens Aseri – Chirag – Güneschli hat begonnen. Es sind bereits die neuen Bohrin-seln „Zentralaseri“ und „West- und Ostaseri“ montiert worden. Die Unterwasser-Pipelines der Bohrin-seln zum Sangatschal-Terminal wurden verlegt. Die Vorräte dort belaufen sich auf 1 Milliarde Tonnen Erdöl, 120 Milliarden Kubikmeter Gas und 8 Millionen Tonnen Kondensat. Im Vorkommen „Schachdenis“ werden die Vorkommen auf 1 Trilliarde Tonnen Gas und mehr als 150 Millionen Tonnen Kondensat geschätzt. Laut Projekt sind nach der vollständigen Erschließung des Vorkommens Aseri – Chirag – Güneschli eine jährliche Ausbeute von 50 Millionen Tonnen zu erwarten.
- Im 1. Halbjahr 2006 wurde der Bau der Hauptexportpipeline (HEP) „Baku – Tiflis – Ceyhan“ (BTC) abgeschlossen und der

Betrieb aufgenommen. Die Pipeline hat eine Länge von 1.768 Kilometern und verfügt über eine Kapazität von einer Million Barrel pro Tag, das sind 70.000 t. Am 28. Mai ging der erste Tanker mit aserbaidischischem Erdöl vom türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan aus nach Europa auf die Reise.

- Die Verhandlungen eines Vertrages zwischen Aserbaidschan und Kasachstan über die Bedingungen und die grundlegenden Prinzipien für den Transport von kasachischem Erdöl zwischen Akatau und Baku und weiter über die BTC befinden sich in der Schlussphase. Es geht dabei um 25 Millionen Tonnen. Auf diese Weise wird die Idee eines Transits von kasachischem Erdöl durch die HEP realisiert, was ein wichtiger Schritt zur Steigerung der Effektivität des Projektes ist.
- Heute wird intensiv an der Realisierung der ersten Phase des Projektes „Schachdenis“ mit Gas- und Kondensatvorkommen gearbeitet. An der Lagerstätte ist bereits eine Selbsthebeplattform TPG-500 aufgestellt worden. Diese Plattform kann gleichzeitig bohren und fördern. Mit der „halbversenkten“ Bohreinheit „Istiglal“ wurden bereits vier Vorbohrungen durchgeführt. Fertig ist auch der Bau einer Unterwasserpipeline für Gas (26 Zoll) und einer Unterwasserpipeline für Kondensate (12 Zoll), die die Plattform mit dem Sangatschal-Gasterminal verbinden. Im Rahmen des Projektes Frühgas wird bis Ende 2006 Erdgas ausgeführt und auch auf dem Binnenmarkt verkauft. Im Rahmen dieses Projektes ist in der ersten Etappe bis 2009 eine Förderung von bis zu 9,8 Milliarden Kubikmeter Gas und 2 Millionen Tonnen Kondensat jährlich mit TPG-500 vorgesehen. Nach der Vollendung der zweiten Etappe des Projektes „Schachdenis“ im Jahre 2011 wird die Gasproduktion auf 9 bis 12 Milliarden Kubikmeter pro Jahr steigen. Das Gas wird über die südkaukasische Pipeline „Baku–Tiflis–Erzerum“ exportiert. Die Pipeline hat eine Länge von 915 Kilometern und verfügt über eine Kapazität von 20 Milliarden Kubikmetern.

Derzeit laufen die letzten Arbeiten vor der Inbetriebnahme.

- Außer den oben genannten Pipelines nutzt Aserbaidtschan für den Erdöllexport auch andere Transportmöglichkeiten, wie z.B. die „Nordroute“ Baku–Novorossisk mit einer Jahreskapazität von mehr als 6 Millionen Tonnen, die „Westroute“ Baku–Supsa mit einer Jahreskapazität von mehr als 6 Millionen Tonnen und die Eisenbahnlinie Baku–Batumi.

In Bezug auf die Gewährleistung der eigenen Energiesicherheit und der Einhaltung der Vereinbarungen über Gaslieferungen in andere Regionen wird in Aserbaidtschan über die Erweiterung und Modernisierung der Kapazitäten nachgedacht. Es geht hierbei um unterirdische Lagerkapazitäten. Das aktive Volumen der vorhandenen Lagerkapazitäten muss um 3 Milliarden Kubikmeter erweitert werden und es müssen neue Lagerkapazitäten mit einem aktiven Volumen von 10 Milliarden Kubikmetern geschaffen werden.

Am 14. Februar 2005 wurde mit einer Verordnung des Präsidenten Aserbaidtschans das „Staatliche Programm über die Entwicklung des Kraftstoff- und Energiekomplexes der Republik Aserbaidtschan in den Jahren 2005–2015“ bestätigt. Daraus folgt, dass im Zeitraum von 2006 bis 2008 die Forschungsarbeiten für die Vorkommen Garabag und Aschrafi abgeschlossen und diese zur Erschließung freigegeben werden müssen. In den Jahren 2007 und 2008 sind Forschungsarbeiten für die perspektivischen Vorkommen Umid und Babek vorgesehen. Es sollen auch Vorarbeiten für Bohrungen in Nachtschiwan durchgeführt werden. Außerdem sieht das Programm vor, im Zeitraum 2005 bis 2015 an neuen Vorkommen von Erdöl und Gas zu arbeiten.

Die Realisierung dieser Projekte in der Republik Aserbaidtschan wird es möglich machen, im Jahr 2010 die Förderung von Erdöl auf 60 Millionen Tonnen und von Gas auf 20 Milliarden Kubikmeter pro Jahr zu steigern.

Das elektroenergetische System von Aserbaidschan ist das älteste und am weitesten entwickelte im Südkaukasus. Das Produktionspotential der Elektroenergiewirtschaft beläuft sich auf etwa 5.750 Megawatt, einschließlich 4.780-Megawatt-Wärme- kraftwerke (87 Prozent) und 970-Megawatt-Wasser- kraftwerke (13%). In der Praxis ist eine Kapazität von 4.040 Megawatt vorhanden. Die Netze, mit einer Spannung von 0,4 bis 500 Kilovolt, haben eine Gesamt- länge von 110.000 Kilometern, einschließlich der Hochspannungs- netze mit 110-550 KV mit einer Länge von 6.800 Kilometern. Das Energiesystem von Aserbaidschan ist mit den Energienetzen der Nachbarländer verbunden.

Im Jahre 2005 belief sich die Produktion von elektrischer Energie auf 22,35 Milliarden Kilowattstunden, wobei der Anteil der Wärmekraftwerke 19,34 Milliarden Kilowattstunden betrug. Der Import belief sich auf 2,1 Milliarden Kilowattstunden, der Export auf 0,9 Milliarden Kilowattstunden. Für das Jahr 2006 wird eine Produktion von 23,9 Milliarden Kilowattstunden, einschließlich des Anteils von Wärmekraftwerken von 21,2 Milliarden Kilowattstunden, ein Importvolumen von etwa 2,45 Milliarden Kilowattstunden und ein Exportvolumen von etwa 1,45 Milliarden Kilowattstunden erwartet. Bei den Brennstoffen wird vor allem auf Erdgas zurück- gegriffen. Der Erdgasanteil liegt bei etwa 67 Prozent, das ist mehr als das Doppelte des Schwerölanteils.

Die Elektroenergiewirtschaft entwickelt sich derzeit in folgender Richtung:

- Schaffung neuer Kapazitäten;
- Umbau, Erweiterung und Modernisierung der vorhandenen Kapazitäten;
- Schaffung von Voraussetzungen für den Export von elektrischer Energie in die Nachbarländer und von Möglichkeiten für parallele Aktivitäten mit den Energiesystemen anderer Länder;
- Umweltschutz;
- Nutzung alternativer Energiequellen.

Gemäß den im Nationalen Programm zur Nutzung alternativer Energiequellen vorgesehenen Maßnahmen wurde im Mai ein Memorandum über die Realisierung des Projektes zur Nutzung der alternativen Energiequellen einschließlich der Windenergie zwischen der Asiatischen Bank für Entwicklung und dem Ministerium für Industrie und Energiewirtschaft der Republik Aserbaidschan unterzeichnet. Gespräche werden auch mit der Weltbank und anderen Finanzinstitutionen sowie mit Unternehmen, die in Pilotprojekte investieren möchten, geführt. Vor allem im Bereich Wind- und Wasserkraftwerke wird eine weitere Zusammenarbeit mit diesen Organisationen angestrebt.

Die Prognosen für die Entwicklung Aserbaidschans bis 2015 sehen ein stabiles Wachstum und eine Steigerung des Elektroenergieverbrauchs vor. Das bedeutet, dass im Jahr 2010 die Kapazitäten im Vergleich zu 2000 um das Anderthalbfache und bis 2015 um das Doppelte steigen müssen. Dabei ist der Alterungsprozess der vorhandenen Kapazitäten berücksichtigt.

Um das Problem des Kapazitätsdefizits zu lösen, muss das Produktionspotential erweitert werden. Das bedeutet eine Modernisierung der vorhandenen Kapazitäten oder ihre technische Umrüstung sowie den Bau neuer Kapazitäten.

Es handelt sich hierbei um:

- die Modulwärmekraftwerke in verschiedenen Regionen des Landes mit einer Gesamtkapazität von 460 Megawatt, die 2006 in Betrieb genommen werden sollen;
- die Wärmekraftwerke Sumgait, Sewernii und Sangatschal mit einer Gesamtkapazität von 1.240 Megawatt, die 2007 bis 2009 in Betrieb gehen sollen;
- das Wärmekraftwerk Ali – Bairamli mit einer Kapazität von 800 - 900 Megawatt, das 2007 bis 2011 in Betrieb genommen werden soll;

- das Windkraftwerk Gobustan mit einer Kapazität von 50 Megawatt und weitere Projekte.

Eine Grundlage für die Reform des Energiesektors ist das Prinzip der Trennung der Monopolektoren von denen mit möglicher Konkurrenz. In den Monopolektoren wie Produktion, Übertragung und Verteilung der Energie bleibt die Kontrolle des Staates erhalten. In den Konkurrenzsektoren (Produktion kleiner Kraftwerke sowie Kauf und Verkauf von Elektroenergie) wird die Teilnahme des Staates geringer, die Marktmechanismen im Sektor werden sich entwickeln.

Alle diese Projekte sind Früchte der Politik der Republik Aserbaidschan, die auf regionale Zusammenarbeit im Bereich Energiewirtschaft, den Transport der Kohlenwasserstoffe der Kaspischen Region an den Weltmarkt, die Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation der Schwarzmeer-Wirtschaftsgemeinschaft und anderer internationaler Wirtschaftsorganisationen ausgerichtet ist.

Ich bin sicher, dass die in Aserbaidschan realisierten Pipelines und andere Projekte zur Stärkung der Sicherheit in der Region und zu einem neuen, höheren Niveau der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern im Bereich Energiewirtschaft beitragen werden.

- Schließlich schenken wir folgenden Bereichen große Aufmerksamkeit:
  - der ökologischen Sicherheit;
  - der Sicherheit im Bereich Technik und Technologie;
  - dem Aufbau von neuen, alternativen Routen für die Lieferung von Energieträgern anderer Länder.

Wir denken, dass wir das Problem unserer Energiesicherheit bereits gelöst haben und sehen der Erfüllung unserer Vereinbarungen über die Lieferung von Kohlenwasserstoffen in andere Regionen und Länder optimistisch entgegen.

**Simeon Nikolow:**

**„Der Beitrag Bulgariens zur Sicherheit in der Schwarzmeerregion als Voraussetzung für Energieversorgung und Energiesicherheit“**

---

Simeon Nikolov ist Stellvertretender Minister für Verteidigung der Republik Bulgarien

---

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
Verehrte Damen und Herren,

ich bin sehr erfreut, an dieser hochrangigen Konferenz teilnehmen zu dürfen. Erlauben Sie mir, den Initiatoren der Konferenz – dem Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sofia - meinen Dank auszusprechen und meiner tiefen Überzeugung über die Notwendigkeit der Durchführung derartiger Foren Ausdruck zu geben, die die Möglichkeit eröffnen, wichtige aktuelle Probleme zu erörtern, zu denen die Schwarzmeerkooperation und die regionale Sicherheit zweifelsfrei gehören.

Ich bin davon überzeugt, dass dieses Forum nicht einfach nur in die Archive eingeht, sondern Impulse in Form neuer Ideen setzen wird. Ideen, die uns grundlegende Herangehensweisen zur Erarbeitung moderner und anwendbarer Mechanismen zur Umgestaltung der Region von einer Schranke - was sich auf ihren Charakter als Seegrenze bezieht - in einen Brückenkopf zur Verwirklichung des enormen Kooperationspotentials aufzeigen werden. Die Definition „enorm“ ist in diesem Fall keinesfalls nur eine rhetorische Ausdrucksweise, da, sowohl geografisch als auch wirtschaftlich betrachtet, die Schwarzmeerregion neben dem Kaukasus, Zentralasien und dem Mittleren Osten tatsächlich über beachtliche Möglichkeiten verfügt, die jedoch in der Praxis verwirklicht werden müssen.

Ich hoffe, dass unser Meinungsaustausch dazu beitragen wird, zu den wichtigsten und grundlegenden Fragen der regionalen Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit gemeinsame Ideen, Berührungspunkte zwischen unseren Ansichten und Herangehensweisen zu finden.

Ich möchte mich vorrangig zu Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der politischen, eher der militärpolitischen Sicherheit, als erforderliche Voraussetzung für Energieversorgung und Energiesicherheit äußern. Diese Herangehensweise bedeutet selbstverständlich nicht, dass die übrigen Komponenten, wie Wirtschaft, Energie, Infrastruktur, Umwelt und andere, die zur Sicherheit des Schwarzen Meeres beitragen, unterschätzt werden könnten. Über die Sicherheit als Bedingung und Voraussetzung sprechend, muss ich leider auch an die vorliegenden Expertenprognosen erinnern, dass sich die Sicherheit in den nächsten 10 bis 15 Jahren wohl kaum erhöhen wird und dass, ganz im Gegenteil, auch die Möglichkeit einer Verschlechterung besteht, was natürlich auch für die Energieversorgung von Bedeutung ist.

Weiterhin muss ich einschränkend bemerken, dass wir, geopolitisch gesehen, die Schwarzmeerregion in der Regel in untrennbarem Zusammenhang mit den anliegenden Zonen, wie dem Mittelmeerraum und dem Kaukasus betrachten, sowie die Rolle der Staaten der Region ohne Zugang zum Schwarzen Meer (Westbalkan, Moldawien, Armenien, Aserbajdschan), dem so genannten erweiterten Schwarzmeerraum, berücksichtigen. Kürzlich hat der Direktor des Forschungszentrums der NATO-Militärakademie Jean Dufourc in einem Forschungsbericht die Auffassung bestätigt, dass den vier grundlegenden Teilregionen, in die der Mittelmeerraum bedingt unterteilt werden kann, eine fünfte, die Schwarzmeerregion, hinzugefügt werden könne und er begründete dies mit ihrer zunehmenden geostrategischen Bedeutung und ihrer Anbindung an die Nachbarregionen.

Von entscheidender Bedeutung ist die Akzeptanz einer breiten



Auslegung des Sicherheitsbegriffs, der das gesamte Spektrum an Fragen einschließt – von der Entwicklung demokratischer Prozesse und Reformen bis hin zu Problemen des illegalen Handels, des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Den von den sechs Schwarzmeerstaaten im Rahmen der BLACK-SEAFOR als asymmetrische Gefährdung, organisiertes Verbrechen und Umweltrisiken definierten Risiken und Gefahren müssen gemeinsame konkrete Maßnahmen - politische, militärische, grenzpolitische, zollpolitische und andere - zur Reduzierung der Risiken und der Gewährleistung eines höheren Sicherheitsniveaus folgen.

Gerade diese breitere und systematische Herangehensweise kann hinsichtlich aller Komponenten der Sicherheit eine adäquate Bewertung sowie die von uns angestrebte effiziente Politik gewährleisten.

In diesem Kontext, sehr geehrte Damen und Herren, hat die Schwarzmeerregion nach der Einschätzung eines Großteils von Experten sowohl für die eurasische Region, als auch im Weltmaßstab strategischen Charakter, der im Ergebnis des Globalisierungsprozesses an neuer und zunehmender Bedeutung gewinnt. Die strategisch-geografische Lage, die strategischen Verkehrskorridore, der interkontinentale Energietransport, verschiedenartige Interessen sowie der Grad der Demokratisierung in den anliegenden Staaten und nicht zuletzt das Vorhandensein einer beachtlichen Anzahl „eingefrorener Konflikte“ stellen bei der Bestimmung des Charakters und der Rolle dieser Region in der internationalen Politik und Wirtschaft die Hauptdeterminanten dar.

Manchen erscheint die Schwarzmeerregion als Grenze oder Grenzzone, und dies war sie wohl auch, jedoch verwandelt sie sich infolge der politischen Veränderungen immer mehr von einer Grenze und Barriere zu einer Hauptverkehrsstrasse in einer Zone der Kooperation, deren Instandhaltung zunehmende kollektive Anstrengungen im Bereich Zusammenarbeit erfordert, um die

Sicherheit und die Stabilität zu erhöhen.

Angesichts der strategischen Prioritäten Bulgariens, des unmittelbar bevorstehenden EU-Beitritts und der Mitgliedschaft des Landes in der NATO, halten wir eine möglichst breite Teilnahme beider Gemeinschaften zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region für erforderlich. Zielgerichtete, gemeinsame und strategisch langfristig ausgerichtete Aktivitäten sind im Interesse beider Organisationen, denen auch wir angehören. Diese haben bereits selbst, auch bedingt durch eine aktive Gegenwehr gegen die Gefahren für die globale Sicherheit, eine neue Rolle übernommen. Unabhängig von der Formierung unterschiedlicher Interessengruppen in der Region sind immerhin drei der sechs Schwarzmeerränder Mitglieder der NATO. Russland und die Ukraine verweisen auf eingespielte Kooperationsmechanismen mit der Allianz und zählen zu den Hauptpartnern der Schwarzmeerregion, Georgien vertritt eine klare Position, wenn auch im Schatten der russisch-amerikanischen Interessen.

In dieser Richtung unterstützen wir alle Aktivitäten, die auf eine breite Anwesenheit und Teilnahme europäischer und euroatlantischer Strukturen in der Schwarzmeerregion ausgerichtet sind. Wir erachten die Erarbeitung einer koordinierten oder gemeinsamen Herangehensweise hinsichtlich der Stabilität und Entwicklung der Länder dieser Region seitens der NATO und der Europäischen Union als sachdienlich. Das Fehlen einer derartigen Herangehensweise ist ständig präsent und wird sich in den nächsten Jahren immer stärker bemerkbar machen.

Die Anstrengungen Bulgariens in der Schwarzmeerregion sind auf der Grundlage einer breiten und aktiven Teilnahme aller interessierten Länder, der Förderung der Demokratisierungsprozesse und der Stärkung der Sicherheit und Stabilität sowie der Gewährleistung einer möglichst vollwertigen Teilnahme am Prozess der Projektierung und Realisierung von Infrastrukturprojekten nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz auf die Schaffung eines risikofreien Umfelds oder zumindest eines Umfelds mit kontrollierbarem Risiko gerichtet.

Die diesbezüglich von Bulgarien unternommen Schritte werden in unseren Anstrengungen zur Erarbeitung eines verallgemeinernden und systematisierten Expertengutachtens sichtbar, das sich den Problemen der Sicherheit im Schwarzmeerraum zum gegenwärtigen Zeitpunkt widmet, in dessen Rahmen wir die nationalen Interessen Bulgariens klarer und konkreter definieren und einen Komplex von Zielen und Maßnahmen als sicheren Garanten für deren Verwirklichung planen wollen.

Man muss sich der Notwendigkeit der Erarbeitung einer Strategie für die Schwarzmeerregion bewusst werden, die alle grundlegenden Bereiche – Wirtschaft, Politik, Sicherheit, einschließlich Energiesicherheit – umfasst.

Hier möchte ich hervorheben, dass Bulgarien außenpolitisch eine Balance zwischen der globalen und der regionalen Herangehensweise anstrebt. Es ist wahr, dass, ausgehend von den strategischen nationalen Interessen Bulgariens, in den letzten Jahren der Schwerpunkt der außenpolitischen Aktivitäten auf der Integration unseres Landes in die europäischen und euroatlantischen Strukturen, vor allem in die NATO und die Europäische Union, gelegen hat. Die Mitgliedschaft in der NATO ist bereits eine Realität, man könnte auch die EU-Mitgliedschaft ab dem 1. Januar 2007 als real bezeichnen. Mit anderen Worten: Bulgarien wird ein vollwertiges Mitglied und zur Außengrenze zweier der bedeutendsten politischen, militärpolitischen und wirtschaftlichen Strukturen in der Weltpolitik.

Seinen Platz, seine Rolle und seine Bedeutung in diesen Organisationen suchend, konzentriert und intensiviert Bulgarien seine Anstrengungen deutlich sichtbar als positiver regionaler Faktor für Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit sowohl in der Schwarzmeerregion, als auch in Südosteuropa insgesamt. Deshalb sind wir der Meinung, dass es gerade jetzt an der Zeit ist, über eine neue Qualität und einen neuen Effekt der Teilnahme Bulgariens bei der Stärkung der regionalen Sicherheit im Rahmen der gemeinsamen europäischen und euroatlantischen Sicherheit nachzudenken.

In diesem Sinne ist die Schwarzmeerregion mit dem Bei-

tritt Bulgariens und Rumäniens unbestritten zu einem Teil des Verantwortungsbereiches der NATO geworden, mit allen sich aus dieser Tatsache ergebenden Folgen. Die zunehmende Bedeutung des Schwarzmeerraumes für die euroatlantische Sicherheit erfordert, wie bereits im Istanbuler Kommuniqué des NATO-Gipfels 2004 vermerkt wurde, gemeinschaftliche Initiativen und Anstrengungen aller Verbündeten und Partner. Bulgarien hat den politischen Willen, hat das geistige Potential, verfügt aber leider zu diesem Zeitpunkt nur über begrenzte finanzielle Möglichkeiten. Wir hoffen, dass wir im Rahmen eventueller Initiativen auf die Unterstützung Brüssels und Washingtons zählen können, und warum nicht auch auf die Unterstützung der Lokomotiven der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Deutschland und Frankreich -, die parallel zu ihrer Zusammenarbeit mit Russland auch hinsichtlich der Schwarzmeerregion eine effektive und engagierte Politik verfolgen könnten.

Im Einzelnen muss jedes Land der Region danach streben, moderne und effektive Seestreitkräfte zu unterhalten. Gerade hier besteht jedoch die reelle Gefahr, dass bei anhaltendem Geldmangel zu deren Modernisierung und der Unterschätzung der Tatsache, dass wir als Schwarzmeerstaat auch Verpflichtungen haben, es gut möglich ist, dass wir in naher Zukunft nur über symbolische Seestreitkräfte verfügen werden, was nicht unseren nationalen Interessen entsprechen würde. Wir müssen zugeben, dass Rumänien uns in gewissem Sinn eingeholt hat, sowohl hinsichtlich der Modernisierung der Seestreitkräfte, als auch hinsichtlich eines anderen wichtigen Faktors – der Kontrolle und Überwachung des Schwarzmeerraumes. Bulgarien steht jedoch unmittelbar vor dem Start dieses Projekts, genannt „Monitor“, zur Schaffung eines Radarsystems für die Küstenüberwachung, wobei wir für dieses auf finanzielle Unterstützung von außen angewiesen sind. Beim Aufbau der Küstenwache im Rahmen der Strukturen der Nationalen Grenzpolizei haben wir uns von der Erfahrung führender europäischer Staaten leiten lassen. Es wurden die besten Praktiken zur Grenzsicherung und Küstenüberwachung übernommen, einschließlich

Seestreitkräfte, Küstenwacht und Posten zur technischen Überwachung. Das Zentrum für Koordination und Informationsaustausch zwischen den Grenzstreitkräften der Schwarzmeerländer gewährleistet das operative, technische, informationelle und führungspolitische Zusammenspiel zwischen den Küstenwachen der Staaten. All das, von der Festigung demokratischer Regimes bis hin zu militärischen Manövern im Schwarzen Meer sowie zur Kontrolle und zur Überwachung wirken sich unvermeidlich auf die Sicherheit des Energietransportes und den Zugang zu Energieträgern aus.

Das Risiko eingehend, eine allgemein bekannte Wahrheit zu wiederholen, möchte ich noch einmal hervorheben, dass die Gefahren und Herausforderungen für die Sicherheit globalen Charakter tragen und demzufolge auch eine globale Herangehensweise zu deren Lösung angestrebt werden muss. Die Suche nach Lösungen zu Fragen der Sicherheit und Stabilität in der Schwarzmeerregion darf nicht „abgekapselt“ den Anstrengungen der Schwarzmeerstaaten und den bestehenden regionalen militär-technischen Strukturen, wie beispielsweise der bereits gut funktionierenden Operativen Gruppe für Kooperation der Seestreitkräfte der Schwarzmeerränder (BLACKSEAFOR) überlassen werden. Obwohl wir selbst unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen zugeben müssen, dass es keine Organisation für den Austausch von Informationen gibt und der Informationsaustausch zwischen den oben genannten Zentren unzureichend ist. Diesbezüglich steht die Erarbeitung von Standpunkten im Rahmen der Initiative Black Sea Harmony bevor. Hier geht es vor allem um eine bessere Koordination der Seestreitkräfte bei Einhaltung grundlegender Prinzipien des internationalen Seerechts bezüglich der Befugnisse der Küstenstaaten in ihren Hoheitsgewässern.

Für eine nachhaltige Sicherheit in der Region, besonders im nordöstlichen Raum, sind unserer Ansicht nach drei Voraussetzungen von ausschlaggebender Bedeutung:

1. Die Formulierung einer breiten Herangehensweise hinsichtlich der regionalen Sicherheit auf der Grundlage der Zusammenarbeit in allen grundlegenden Problembereichen – von der Entwicklung demokratischer Prozesse und Reformen in den Ländern bis hin zur Bekämpfung des illegalen Handels und des Terrorismus sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.
2. Die Einbindung grundlegender internationaler Akteure, die zur Lösung dieser Probleme beitragen können. Die Formulierung einer einheitlichen Vision und einer komplexen strategischen Herangehensweise zur Lösung von Problemen der regionalen Sicherheit seitens führender Organisationen, wie der NATO, der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist nicht nur im Interesse der Staaten der Region, sondern auch der gesamten euroatlantischen Gemeinschaft. In diesem Sinn möchte ich hervorheben, dass wir die euroatlantische Integration der Staaten der Region als strategische Möglichkeit für mehr Stabilität, Sicherheit und Prosperität erachten. Als Mitgliedsstaat der NATO sind wir entschlossen, den Integrationsprozess auch zukünftig aktiv zu fördern.
3. Auf nationaler Ebene erhöhte Anstrengungen zur vorrangigen Stärkung im Bereich Sicherheit und neue Formen der zweiseitigen Zusammenarbeit mit den Schwarzmeerstaaten, die eine schnellere, effektivere und günstigere finanzielle Verwirklichung gemeinsamer Projekte gewährleisten.

Abschließend möchte ich erneut unterstreichen, dass die Schwarzmeerregion viel versprechende Perspektiven für die Entwicklung der Tourismus-, Verkehrs- und Kommunikationsbranche, für die Schaffung von Energiekorridoren aller Art und die Realisierung weiterer grenzüberschreitender Projekte bietet. Gerade der Ausbau und die

Vertiefung der Schwarzmeerkoooperation können entscheidend dazu beitragen, dass die Region ihrer Rolle als wichtiger Knotenpunkt, als lebenswichtige Brücke zwischen Ost und West, als natürliche „Wasserautobahn“ zwischen Europa und Asien gerecht wird. Eine erhöhte militärische Sicherheit in der Region, die unser erklärtes Ziel ist, wird sich unausweichlich auch auf die wirtschaftliche Prosperität in der Region auswirken, die wiederum in hohem Maße von der Energiesicherheit, unserem heutigen Thema, abhängig ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit  
und wünsche der Konferenz viel Erfolg!

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Regionalbüro Sofia

Internationale Konferenz

**SCHWARZMEERKOOPERATION –  
ENERGIEVERSORGUNG UND ENERGIESICHERHEIT**

Sofia, 13. Oktober 2006

Erste Auflage

Redaktion  
**Hans Schumacher**

Graphisches Design und Druck  
**Grafimax GmbH**

Format 16/60x90